Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1908

104 (31.3.1908) Badischer Landtag. Zweite Kammer. 55. öffentliche Sitzung

Visual Library

Beilage zur Karlsruher Zeitung № 104.
Dienstag, 31. März 1908.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer.

55. öffentliche Sitzung

am Samstag den 28. März 1908.

Tagesordnung:

Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums des Innern für die Jahre 1908 und 1909, Ausgabe Titel VIII: Gewerbeaufsicht, Ausgabe Titel XIV — Einnahme Titel V: Landesstatistik, Ausgabe Titel XV — Einnahme Titel VI: Gewerbe — Drucksache Nr. 12a — Berichterstatter: Abg. Neuhaus,

und damit in Verbindung, und zwar:

bei Beratung von Titel VIII

Besprechung der Interpellation der Abgg. Geck und Gen., die Errichtung von Arbeitskammern betr. — Drucksache Nr. 57 —;

bei Beratung von Titel XV

1. Besprechung der Interpellation der Abgg. Banschbach und Gen., die Kohlennot betr. — Drucksache Nr. 21 —;
2. Besprechung der Interpellation der Abgg. Geck und Gen., die Milderung der Notlage der Arbeitslosen betr. — Drucksache Nr. 58. — (Fortsetzung).

Am Regierungstisch: Präsident des Ministeriums des Innern Wirkl. Geh. Rat Frhr. von und zu Bodman, Ministerialdirektor Geheimer Oberregierungsrat Weingärtner, Geheimer Oberregierungsrat Wiener, die Ministerialräte Frhr. von Reck und Schneider, der Vorstand des Statistischen Landesamts, Oberregierungsrat Lange, der Direktor des Landesgewerbeamts Geheimer Regierungsrat Dr. Cron, Regierungsrat Maier.

Präsident Fehrenbach eröffnet um 9 Uhr 20 Min. die Sitzung.

Es wird der Eingang folgender Petitionen angezeigt:

1. einer Anzahl von Interessenten gegen die Vermögensbesteuerung;
2. des Gemeinderats Niederwasser um Verlegung der Bahnstation (übergeben vom Abg. Meyr-Lahr).

Ziffer 1 wird der Petitionskommission, Ziffer 2 der Kommission für Eisenbahnen und Straßen überwiesen.

Dem Abgeordneten Birkenmayer wird Urlaub zwecks Teilnahme an den Verhandlungen des Reichstages erteilt.

Zur Tagesordnung (Fortsetzung der allgemeinen Beratung und der Besprechung der Interpellationen) erhalten hierauf das Wort

Abg. Kräuter (Soz.): Wie Sie sich erinnern werden, habe ich bei der Beratung der erledigten Petitionen des letzten Landtags erklärt, daß die Gewerbelehrer durch die Art der Behandlung ihrer Petition nicht befriedigt sind, und daß ich mir vorbehalte, bei der Beratung dieses Budgets ausführlicher darauf zurückzukommen. Ich werde mich allerdings einschränken müssen, da schon viel über diese Frage gesprochen worden ist. Ich ärgere mich aber nicht darüber; im Gegenteil, ich freue mich, daß die Wünsche und Klagen der Gewerbelehrer auf verschiedenen Seiten ein so aufmerksames Ohr gefunden haben. Ferner will ich bemerken, daß nicht nur die Klagen der Gewerbelehrer allein es sind, die mich veranlassen, mich mit dieser Frage noch zu beschäftigen, sondern auch die Interessen der Arbeiterschaft kommen dabei in Betracht. Die gesamte Arbeiterschaft, soweit sie sich dem Handwerk zuwendet, ist an einer guten Gewerbeschule interessiert.

Nun dürfte nicht zu viel gesagt sein, wenn ich sage, daß der Dienst der Gewerbelehrer nach meiner Auffassung der schwierigste unter allen Schulfächern ist, weil ihre Tätigkeit eine vielseitigere ist als die in allen anderen Schulfächern zu entfaltende. Seit 10 Jahren schon besteht ein Gewerbelehrermangel, und dadurch sind auch die Gewerbelehrer schon seit 10 Jahren mit Ueberstunden belastet. Während man in allen übrigen Berufen mit Recht von Ueberfüllung spricht — wir haben bei jeder größeren Debatte gehört, wie hauptsächlich die akademischen Berufe überfüllt sind —, ist es doch auffällig, daß gerade im Gewerbelehrerberuf ein so großer chronischer Mangel an Lehrern vorhanden ist. Seit 10 Jahren haben die Gewerbelehrer um Abhilfe und Besserstellung petitioniert, aber vergeblich. Hätte die Regierung ihren Wünschen früher eine größere Aufmerksamkeit zugewendet, dann wären jedenfalls die Zustände nicht so weit gekommen, wie sie heute sind. An Ueberstunden z. B. wird geradezu unglaubliches geleistet. So wurden im Sommerhalbjahr 1906 750 Ueberstunden geleistet, 120 mehr als im vorhergegangenen Winterhalbjahre.

Zum Lehrermangel der Gewerbeschulen liefern die Verhältnisse an der Gewerbeschule in Freiburg ein drastisches Beispiel. Man nimmt dort Lehrer weg, ohne Ersatz zu bieten, einzelne Klassen sind monatelang ohne Klassenlehrer und teilweise wird von uneinge-

arbeiteten Lehrern unterrichtet. Auch haben einige Klassen in wenigen Wochen schon sechs verschiedene Lehrer gehabt.

Die Gewerbelehrer erteilen in ganz Baden in der Woche durchschnittlich 30—40 Stunden Unterricht, die Professoren dagegen nur 20 Stunden. Die Gewerbelehrer nehmen an, daß dieser Unterschied besteht, weil die Professoren eben akademisch gebildet sind und die Gewerbelehrer nicht (Zuruf des Abg. Dr. Heimburger). Im normalen Zustand sind allerdings 22 Stunden angenommen. Aber hier in ihrer Petition sowie in einem Schriftstück, welches früher an mich gelangt ist, haben die Gewerbelehrer schwarz auf weiß nachgewiesen, daß dieser normale Zustand zurzeit nicht besteht. Dazu kommen noch die außerhalb des Unterrichts an sie herantretenden Arbeiten, die Vorbereitung für den Unterricht selbst, und dann möchte ich Ihnen an einigen Zahlen zeigen, was die Gewerbelehrer noch an Nebenarbeiten zu leisten haben. Hier wird gesagt: „In 39 von den 49 Städten, die Gewerbeschulen haben, ist je ein Gewerbelehrer Schriftführer oder Vorstand des Gewerbevereins, welches Amt je nach der Größe des Vereins 1—12 Stunden wöchentliche Arbeit erfordert. 45 Gewerbelehrer haben im letzten Jahre den Unterricht in den Vorbereitungskursen für die Meisterprüfungen erteilt; 66 Gewerbelehrer waren zur Abnahme der Gesellenprüfungen und 20 zur Abnahme der Meisterprüfungen beigezogen und teilweise auch mit der Protokollführung betraut worden. Vorträge in gewerblichen Vereinigungen wurden von Gewerbelehrern im letzten Jahre 180 gehalten." Ich glaube, daß das eine Leistung ist, die alle Anerkennung und Hochachtung verdient. Aber die Leute brechen unter solcher Arbeit zusammen. In Freiburg sind gegenwärtig 3 Gewerbelehrer krank, davon einer schon 1½ Jahre, und da dürfte schon endlich Abhilfe getroffen werden, damit diese Leute nicht noch in größerer Zahl zusammenbrechen und damit nicht diejenigen, die etwa Lust zum Gewerbelehrerstudium haben sollten, noch mehr abgeschreckt werden.

Bei solchen Zuständen ist der Erfolg des Unterrichts im Verhältnis zu den gesetzlich vorgeschriebenen Opfern der Handwerksmeister wie der Lehrlinge wohl kein günstiger. Württembergs Gewerbeschulwesen wird gegenwärtig von einem badischen zum Professor ernannten Gewerbelehrer neu organisiert. Die Gewerbelehrer werden dort in die Reihe der Professoren eingereiht. Darauf hat der Präsident der Handwerkskammer in Freiburg, Bea, in der Ersten Kammer schon hingewiesn. Er sagte u. a.: „Baden war mit seinem Gewerbeschulwesen mustergültig. Württemberg hat das System kopiert, geht aber mit ganz anderen Mitteln vor als wir. An der Gewerbelehrerabteilung unserer Baugewerkeschule sind 52 württemberger und 20 badische Kandidaten. Wir haben also tatsächlich eine württembergische Gewerbelehrerbildungsanstalt in Baden. Es ist ja ganz recht, wenn man sich nachbarlich aushilft. Ich halte es aber für ebenso richtig, daß man von dem Nachbar das annimmt, was lobenswert ist, und da möchte ich das Beispiel Württembergs empfehlen." Das sagte der Präsident einer Handwerkskammer, und ich glaube, es wird sich jeder dem nur anschließen können. Die Kräfte der Gewerbelehrer werden eben viel zu sehr zersplittert, und dadurch wird jedenfalls auch der Unterricht etwas oberflächlich. Die Gewerbelehrer müssen z. B. treiben: technisches Zeichen für 10—15 Gewerbe, Buchführung, Kalkulation, Werkzeuglehre, Materialienlehre und Gesetzeskunde. Eine derartig vielseitige Tätigkeit ist, wie gesagt, geeignet, die Gewerbelehrer in ihrer Gesundheit nach und nach zu ruinieren, wodurch sie auch alle Lust und Freude an ihrem Berufe verlieren. Für die Elementarunterrichtsfächer wäre es besser, wenn man tüchtige Volksschullehrer heranziehen würde. Dann würde für die gewerblichen Fächer Zeit gewonnen, es könnten von den Gewerbelehrern selbst mehr Unterrichtsstunden in den gewerblichen Fächern erteilt werden. Die Regierung gründet zwar ständig neue Schulen, ohne aber die nötige Zahl Gewerbelehrer zu haben.

Warum ist der Zugang zum Gewerbelehrerberuf so gering? Die Gewerbelehrer sagen, das Landesgewerbeamt sehe diesen Zustand schon lange und sei auch gewillt, zu helfen, so weit es möglich ist, aber man könne die Gewerbelehrer nicht aus dem Boden stampfen. Wenn nun auch die Regierung erklärt, daß sie getan habe, was möglich ist, so kann ich dem nicht ganz zustimmen, wenigstens ist in früheren Jahren nicht das Nötigste geschehen. Das beste Mittel nun, um dem Mangel abzuhelfen, wäre, wie ich gesagt habe, daß man zu den Elementarunterrichtsfächern tüchtige Volksschullehrer heranziehen würde. Einerseits besteht doch der Schulzwang, und anderseits hat man immer zu wenig Lehrer. Das muß ausgeglichen werden, und zwar sobald als möglich.

Einfachere Schulpläne wären auch angebracht. Die Gewerbelehrer sagen: Alles Mögliche läßt sich in die 14-, 16jährigen Lehrlinge nicht einimpfen; die Schule des Lebens wird das Ihre noch tun müssen. Denn es ist nicht denkbar, daß die Lehrlinge, nachdem sie den ganzen Tag in der Werkstatt gestanden sind, in der einen oder in den zwei Stunden, wo sie in der Gewerbeschule sitzen, alles richtig aufnehmen können, namentlich dann nicht, wenn sie sich nicht an einen bestimmten Lehrer gewöhnen können, und das ist ebenfalls ein Nachteil für die spätere Zukunft der Lehrlinge und für die Handwerker, die die Lehrlinge aus den Werkstätten hergeben müssen, wenn nachher nicht viel dabei herauskommt.

Im letzten Gewerbelehrerexamen haben nur 14 Kandidaten bestanden, wie mir mitgeteilt wird, trotzdem es so stark wie selten besucht war. Der Bedarf an Gewerbelehrern ist bei weitem nicht gedeckt. Freiburg erhielt zum Beispiel statt vier nur einen Gewerbelehrer, und im ganzen Lande fehlen gegenwärtig 40 Gewerbelehrer. Im kommenden Jahr sollen die Aussichten noch schlimmer sein. Für das nächste Examen im Jahre 1908 sollen 11 Prüflinge vorhanden sein; ebensoviele sollen aber zum Militär eingezogen werden. Für 1909 sollen gar keine Kandidaten zu erwarten sein. Leute aus besser situierten Kreisen wenden sich schon gar nicht mehr dem Gewerbelehrerberuf zu, weil das Studium dafür gerade so viel Unkosten verursacht wie das akademische. Die Gewerbelehrer sagen auch, ihre Studienzeit sei dieselbe wie für akademische Berufe, bei ihnen 12½ bis 13½ Jahre und hier 13 Jahre. Der finanzielle Aufwand wird also wohl derselbe sein. Auf der einen Seite stellt man an die Gewerbelehrer ungeheuere Anforderungen, auf der anderen Seite drückt man sie in eine Klasse herab, die ihrer teueren Vorbildung nicht entspricht. Es wurde mit Recht gesagt, daß es nicht gerecht sei, wenn man die Gewerbelehrer noch unter die Landwirtschaftslehrer herunterdrückt. Es wird geklagt, daß man die Gewerbelehrer nicht mindestens an der Spitze der mittleren Beamten im Gehaltstarif aufführt. Die Leute haben die Empfindung, daß sie deswegen so zurückgesetzt sind, weil sie eben nur Proletarierer zu unterrichten haben. Die Gewerbelehrer haben sich ja schon an die sozialdemokratische Presse gewandt. Am 17. Oktober 1907 ist hier in Karlsruhe ein größerer Artikel unter der Ueberschrift „Proletarierschulen" erschienen. Sie können ihn selbst nachlesen. Da setzt ein Gewerbelehrer auseinander, daß und weshalb sie sich zurückgesetzt fühlen. Der frühere Minister Dr. Schenkel hat im letzten Landtag in der

76. Sitzung gesagt, der Gewerbelehrerberuf erfordere Leute mit technischer, kunstgewerblicher Begabung und großer Berufsliebe. Dem möchte ich hinzufügen, daß hierzu noch eine eiserne Gesundheit gehört, um auszuhalten, was an Anforderungen an die Gewerbelehrer gestellt wird. Solche Leute aber, die diese Eigenschaften besitzen, finden anderwärts Stellungen mit besserer Bezahlung, weshalb der Mangel immer und immer vorhanden ist. Die Gewerbelehrer führen den Mangel auf folgende Gründe zurück: Schlechte Bezahlung, schlechtes Ansehen, Scheu vor dem Umgang mit Lehrlingen, hohe Anforderungen im Dienst und Scheu vor dem Studium an der Baugewerkeschule. Ich bin nun zwar nicht der Ansicht, daß der Titel es bei den Menschen ausmacht; aber es gibt eben doch Menschen, die anders denken, und gerade in den Kreisen der Gewerbelehrer hat man die Empfindung, daß ein Titel dazu beiträgt, den Menschen in seiner Stellung, im Rang zu heben. Wegen des Titels, sagen die Gewerbelehrer, wollen Viele nichts von diesem Berufe wissen, und sie reflektieren weniger darauf, eine größere Bezahlung zu bekommen, als im Rang gehoben zu werden und nicht gar zu sehr mit Arbeit überlastet zu sein. Die Hauptsache ist meiner Ansicht nach jedoch, daß die Gewerbelehrer nicht allzu sehr überlastet werden. Sie bekommen allerdings die Ueberstunden bezahlt, das schützt sie aber nicht davor, krank zu werden.

Es sind dann auch die Lehrlingswerkstätten erwähnt worden. Ich glaube, daß, so wie die Sache jetzt liegt, ihr Zweck nicht erreicht wird, wenn nur da und dort im Lande ein Lehrling zu einem Handwerksmeister gegeben wird. Da ist es schließlich viel besser, wenn in den Gewerbeschulen selbst Fachunterricht erteilt wird, was allerdings an den größeren Gewerbeschulen eher möglich ist als an kleinen. Vielleicht läßt sich die Sache noch in dem Sinne ausbauen, daß in verschiedenen Landesteilen größere Werkstätten mit staatlicher Aufsicht eingerichtet werden, in denen eine größere Anzahl von Lehrlingen untergebracht werden kann. Dort wäre die berufliche Ausbildung jedenfalls eine bessere, und der Zweck wäre damit vollkommen erreicht, und die aufzuwendenden Kosten würden sich rentieren.

Die Arbeit der Gewerbelehrer ist eine so schwierige besonders deshalb, weil viele Lehrlinge, namentlich diejenigen, die vom Lande kommen, in ihrer Schulbildung sehr zurück sind. Das ist schon hie und da durch Handwerksmeister selber bestätigt worden. So hat vor etwa 3 Jahren, als im Bürgermeisterausschuß in Freiburg die Errichtung einer Knabenbürgerschule beraten wurde, ein Handwerksmeister von der Zentrumspartei diese Knabenbürgerschule mit der Begründung befürwortet, daß es unbedingt nötig sei, den Knaben eine bessere Vorbildung zu geben, weil mit den Buben mit bloßer Volksschulbildung nichts zu erreichen sei, namentlich mit denjenigen, die vom Lande kommen. Das ist jedenfalls kein günstiges Zeugnis für die Volksschule.

Nun hat der Herr Abg. Schmidt-Bretten auch auf den Lehrlingsmangel abgehoben und hat gemeint, die Erhöhung der Altersgrenze für den Beginn der Fabrikarbeit wäre ein geeignetes Mittel zur Abhilfe. Ob er sich die Tragweite dieser Aeußerung überlegt hat, weiß ich nicht. Wenn nun gesetzlich festgelegt würde, daß vor dem vollendeten 16. Jahre keine jungen Leute in die Fabrik dürfen, so wäre das zwar in sozialer Beziehung von großem Vorteil, die jungen Leute könnten sich ruhig entwickeln, aber auf der anderen Seite muß doch auch die soziale Lage der betreffenden Bevölkerungsteile berücksichtigt werden. Glauben Sie, daß viele Familien in der Lage wären, zwei Jahre zuwarten zu können, bis sie ihre Söhne in die Fabrik geben? Nein! Tausende von Familien sind genötigt, ihre Kinder in die Fabrik zu schicken, und würden gern ihre Söhne ein Handwerk lernen lassen, wenn sie dazu in der Lage wären. In solchen Werkstätten, wo Kost und Logis vom Handwerksmeister gegeben wird, wird in der Regel Lehrgeld verlangt, und das zu tragen, dazu sind die Eltern in den meisten Fällen nicht in der Lage. Nun wurde auch von dem Herrn Kollegen Neuhaus erwähnt, daß die Zahl derjenigen Handwerksmeister, welche Lehrlinge in Kost und Logis aufnehmen, zurückgegangen sei. Das ist auch ein Zeichen der Zeit! Früher wollten die Meister von diesem Brauch nicht ablassen, und jetzt sind sie froh, wenn die Lehrlinge nicht zu ihnen wollen und wenn sie Kost und Logis bei ihren Eltern erhalten. Der Hauptgrund, weshalb die Handwerksmeister die Lehrlinge nicht mehr in Kost und Logis nehmen wollen, dürfte die Verteuerung der Lebensmittel sein, denn der Lehrling hat, wenn er gesund ist, einen guten Appetit.

Nun hat der Herr Abg. Rebmann auf den Universitätsneubau in Freiburg abgehoben und hat dabei ausgeführt, daß dort die den Bau ausführende Firma der Bauleitung erklärt habe, daß sie nur dann die Bauhütte auf ihre Kosten entfernen werde, deren Entfernung wegen der Verlegung des Baches notwendig ist, wenn sie zugleich die Arbeiten für die Verlegung des Baches übertragen bekomme. Man hat vorher wahrscheinlich nicht genau gewußt, wo der Bach hinkommt, man hätte das aber wissen können. Der Herr Abg. Rebmann hat weiter angeführt, daß die Handwerksmeister in Freiburg sich beschwerten, daß der Staat bei Vergebung seiner großen Bauten die einheimischen Baumeister nicht berücksichtige. Er hat darauf hingewiesen, daß die Stadtverwaltung den größten Bau, der seit Jahren ausgeführt wurde, an dieselbe Firma vergeben habe, und die Meister in Freiburg behaupten, daß ihre Angebote nicht viel höher gewesen seien als die der fremden Firma. Es ist zwar nicht zu verwerfen, wenn eine Baubehörde zu sparen sucht, wenn aber so fortgefahren wird, dann bekommen die Großfirmen in Tief- und Hochbau geradezu ein Monopol und die Gewerbetreibenden am Ort müssen vor einer wandernden Firma zurücktreten. Mir persönlich könnte es ja nun gleich sein, welcher Meister den Bau ausführt, aber die Arbeiter kommen dabei auch noch in Betracht. Eine solche wandernde Firma macht sich, wenn der Bau fertig ist, keine Grillen darüber, ob die Arbeiter ihr einen guten Nachruf geben oder einen bösen, die Hauptsache ist ihr, daß sie möglichst viel verdient. Die Arbeiter haben aber einen direkten Nachteil: Es hat die genannte Baufirma in Freiburg eine eigene Betriebskrankenkasse errichtet; wenn nun der Bau fertig ist, und die Firma fortgeht, so kommen die Arbeiter wieder zu einem Freiburger Meister, werden wieder Mitglieder der dortigen Ortskrankenkasse und müssen dann 13 Wochen warten, bis sie einen Anspruch auf die Krankenunterstützung haben. Der Bezirksrat hat diese Betriebskrankenkasse genehmigt.

Weiter kommt in dieser Beziehung in Betracht die Firma, die in Basel den Bahnhofsbau um ganze 4 oder 5 Millionen unter den Voranschlag herabgedrückt und dadurch die Arbeiten erhalten hat. Das wäre ja an und für sich für den Staat eine schöne Ersparnis, wenn nicht auf der anderen Seite die Arbeiter darunter zu leiden hätten. Wenn eine solche große Arbeit übernommen wird, dann sind viele Arbeiter notwendig, und es wird, abgesehen davon, daß es überhaupt nicht so viel Wohnungen giebt, als besonders für verheiratete Arbeiter notwendig sind, in der ganzen Gegend sofort mit dem Mietzins aufgeschlagen. Da wäre es am Platze, wenn diese Firma wenigstens für Barackenwohnungen sorgen würde. Bei solchen Verhältnissen ist es doch kein Wunder, wenn die einheimischen Arbeiter von dort fern bleiben und den Italienern den Vorzug lassen, die anspruchsloser sind.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Was nun die Arbeitslosenfrage betrifft, so hat der Herr Minister uns mitgeteilt, daß vom Bezirksamt Freiburg berichtet worden sei, daß in Freiburg von von einer Not im wahren Sinne des Wortes nicht gesprochen werden könnte. Man kann hieran sehen, wie die Erhebungen von behördlicher Seite nach Schema F gemacht werden! In Wirklichkeit liegen die Verhältnisse in Freiburg tieftraurig; Sie könnten von jedem Handwerksmeister in Freiburg erfahren, wie das Gewerbe furchtbar darniederliegt, und ich kann nicht verstehen, wie man so berichten kann. Wie groß soll denn das Elend sein, bis man eine Notlage anerkennt! Ich will Ihnen nun an einigen Zahlen zeigen, wie groß die Arbeitslosigkeit ist. Das sicherste Barometer über die Arbeitsverhältnisse an einem Ort sind die Krankenkassen. In Freiburg besteht eine allgemeine Ortskrankenkasse, und da will ich Ihnen nun einige Zahlen über die Verschiebungen anführen. Im Februar 1906 waren da 10 548 männliche Mitglieder angemeldet, im Februar 1907 9 879, im Februar 1908 9 299. In einem Jahr ist also die Zahl um etwa 600 zurückgegangen. Unter dieser letzten Ziffer sind noch 250 Arbeitslose inbegriffen, die Notstandsarbeiten bei der Stadt Freiburg verrichteten. Diese sind als Arbeitslose zu betrachten, und so wäre die obengenannte Zahl also noch bedeutend geringer. Dazu kommt, daß die Ortskrankenkasse in den letzten zwei Jahren noch drei Betriebskrankenkassen aufgenommen hat, sodaß an sich die Mitgliederzahl noch viel größer sein müßte als im Februar 1906. Nun hat die Kasse auch freiwillige Mitglieder. Im Februar 1906 hatte sie 605, im Februar 1907 560, im Februar 1908 1056. Hier kommen die arbeitslosen Arbeiter zum Vorschein; denn die Verheirateten sorgen in der Regel dafür, daß ihnen der Anspruch an die Krankenkasse nicht verloren geht, und setzen die Mitgliedschaft freiwillig fort, wenn sie aus dem Arbeitsverhältnis entlassen werden. Es sind rund 500 männliche Arbeiter, die so freiwillige Mitglieder der Ortskrankenkasse sind. Ich glaube, diese Zahlen sprechen deutlich genug.

Nun hat der Herr Minister einen denkwürdigen Ausspruch getan. Er hat gemeint, die Arbeiter des Baugewerbes sollten im Winter teilweise von ihren Ersparnissen leben können, indem sie im Sommer höhere Löhne erhalten. Das ist ein denkwürdiger Ausspruch. Am 18. März d. J. hat in Freiburg in einer öffentlichen Versammlung ein konservativer Professor den Ausspruch getan, daß man mit dem Durchschnittseinkommen der Mittelbesteuerten in Preußen, mit 3300 Mark Jahreseinkommen nicht viel anfangen könne, und wir ersehen aus den Dutzenden Petitionen unserer badischen Staatsbeamten, daß mit 2000 Mark, die viele haben, noch weniger auszukommen ist. Aber wie viele Arbeiter gibt es, die kaum 1000 Mark im Jahre verdienen! Und der Ausspruch des Herrn Ministers wird nach meiner Empfindung von Tausenden von Arbeitern im Lande, die bestrebt sind, ehrlich durchzukommen, geradezu als Beleidigung empfunden werden! (Lebhafte Unruhe). Wie sollen die Arbeiter Ersparnisse machen? Im Sommer sollen sie zurücklegen auf den Winter, während Leute mit 2000 und 3000 Mark Einkommen lamentieren. daß es nicht mehr reichen wolle! Das Gegenteil ist der Fall. Die Arbeiter kommen im Winter in Schulden hinein und den ganzen Sommer haben sie dann an den Schulden zu zahlen, statt im Winter von den Ersparnissen leben zu können (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Es mag nun einzelne geben (das gebe ich zu), die etwas zurücklegen können, wo die Frau noch mithilft, wo der Mann einen entsprechenden Verdienst hat. Aber so hoch sind die Löhne, namentlich im Baugewerbe, im Sommer nicht, daß sie viel Ersparnisse auf die Seite legen können. Ich will auch unumwunden zugeben, daß es Arbeiter gibt, die etwas leichtfertig mit ihrem Geld umgehen. Die Gewerkschaften sind aber bestrebt, die Leute zu Charaktermenschen, zu willensstarken Menschen, zu Leuten, vor denen jeder Mann Achtung haben kann, zu erzielen. Die Gewerkschaft erstrebt, was die Volksschule vernachlässigt hat. Man möge also über die Arbeiter nicht so hart urteilen; es ist ungerecht. Man möge bedenken, welche mangelhafte Ausbildung sie für das Leben bekommen haben, auf welch niedrigem geistigen Niveau tausende Arbeiter stehen.

Es kommt bei der Frage der Arbeitslosigkeit noch in Betracht, daß gerade in Freiburg von den freien Gewerkschaften allein im letzten Jahr 7600 Mark nur an Reiseunterstützungen ausbezahlt wurden. Die Arbeitslosenunterstützung als solche kann ich noch nicht anführen, weil nur wenige Gewerkschaften das eingeführt haben. Aber große Summen kommen jetzt schon dabei heraus. An dieser großen Summe von Reiseunterstützung können Sie aber sehen, daß die Wanderung der Arbeiter eine größere ist, als der Herr Minister gemeint hat.

Die Lage im Baugewerbe sei deshalb eine gedrückte, weil in den meisten Berufen die Tarifverträge ablaufen, hat der Herr Minister gemeint. Das ist eben auch ein Zeichen dafür, in welcher unsicheren Lage sich die Arbeiter befinden. Wenn die Tarifverträge ablaufen, so halten die Unternehmer mit der Arbeit zurück, wodurch man den Arbeitern zeigen will, daß man Herr im Hause ist; das ist auch bedenklich und gerade für die Arbeiter direkt von Schaden. Die Arbeiter sind eben überall diejenigen, die den Nachteil haben.

Der Herr Minister hat gesagt, daß die Arbeitslosigkeit durch Darbietung von Notstandsarbeit auch durch den Staat, durch die Eisenbahnverwaltung, die Wasser- und Straßenbauverwaltung gemindert werden soll. Ich kann das nur begrüßen und möchte wünschen, daß die Großh. Regierung in dieser Frage ihr Möglichstes tut. Die Notstandsarbeiten, die bisher, z. B. in Freiburg, geschafft wurden, waren nicht von großer Dauer. Die Leute, die dort beschäftigt waren (es waren 250) haben nicht lange ausgehalten. Die meisten sind bald fort und zwar deshalb, weil sie der Arbeit nicht gewachsen waren. Der Herr Abg. Obkircher hat ja vor einigen Tagen darauf hingewiesen, daß man gerne hinausgehen und den Bauern helfen würde, wenn man nicht befürchten müßte, den Hexenschuß zu bekommen. Glauben Sie denn, daß ein Schneider oder Schriftsetzer Erdarbeiten ausführen könnte? Er hält es nicht lange aus, er bricht zusammen, er ist dieser Arbeit nicht gewachsen, denn es gehört eine gewisse Uebung dazu. Deshalb hat es nicht viel Wert, wenn man die Arbeitslosen mit Erdarbeiten beschäftigen will. Da müßte schon der Staat eingreifen, aber früher eingreifen, nicht erst, wenn die Arbeitslosigkeit schon da ist. Und da wäre das Hauptmittel die Einführung einer Arbeitslosenversicherung. Der Herr Minister hat uns verheißen, daß diese im großen Stil von Reichswegen erfolgen soll, und ich habe keinen Augenblick daran gezweifelt, daß der Herr Minister es mit seiner Verheißung vollständig ehrlich meint. Aber allzu optimistisch wird man dabei nicht sein dürfen; denn wenn bei solch wichtigen Vorlagen der große Staat Preußen mit zu beraten hat, dann werden gewöhnlich die kleineren Bundesstaaten ignoriert, dann fällt das Wort eines Ministers eines kleinen Bundesstaates nicht sehr in die Wagschale. Leider liegen die Verhältnisse so. Aber wenn alle Minister der verschiedenen Bundesstaaten im Sinne unseres Ministers im Bundesrate auftreten würden, dann dürfte doch in absehbarer Zeit etwas erreicht werden. Diese Frage

gehört von Reichswegen gelöst. Die Arbeiter selbst sind nicht schuld, daß sie immer arbeitslos werden, sondern die Verhältnisse sind schuld, und warum soll gerade der Aermste der Armen das Opfer dieser immer wiederkehrenden Krisen, dieser Misere sein? Außerdem hat er vom menschlichen Standpunkte aus ein Recht auf Arbeit, und wenn ihm diese nicht gewährt wird, dann hat er mindestens wie alle Menschen ein Recht zu leben. Wenn er dazu noch Beiträge bezahlt, so hat er noch mehr Recht darauf, daß er in der Zeit der Arbeitslosigkeit nicht untergeht. Man darf bei dieser wichtigen Frage nicht an die sogenannten Lumpen denken, nicht an die denken, die auf der Landstraße verderben, weil sie keine Unterkunft finden. Die größte Zahl der Arbeiter strebt darnach, Arbeit zu erhalten, und wenn das nicht möglich ist, muß sobald als möglich dazu geschritten werden, von Reichswegen eine Arbeitslosenversicherung einzuführen. Die Gewerkschaften haben ihr möglichstes getan. Gerade die großen Gewerkschaften leisten schon Riesiges. Aber das trifft nur eine verhältnismäßig geringe Zahl von Arbeitern. Die Arbeiterklasse Deutschlands stellt ja eine ganz enorm große Zahl dar. Da sind noch Hunderttausende, die dem Elend preisgegeben sind, und das sind gerade diejenigen, die keine Erkenntnis von der Organisation besitzen, die nicht einsehen, daß die Organisation ihr bester Schutzwall ist.

Wenn der Herr Minister gemeint hat, daß die Gemeinden in erster Linie eingreifen sollten, so möchte ich dazu bemerken, daß den Gemeinden doch auch gar zu viel zugemutet wird. Die Stadt Straßburg hat in lobenswerter Weise den Anfang gemacht. Der Staat darf schon etwas dazu tun. Die Städte sollten die Kontrolle, die Einrichtung übernehmen und der Staat ihnen einen Zuschuß geben. Auf diese Weise wird man am besten über diese Frage hinwegkommen. Ueber die Frage der Kontrolle wird man auch hinwegkommen. In Straßburg waren nur ganz vereinzelte Fälle zu verzeichnen, wo von den Beteiligten gefehlt wurde. Deshalb darf man nicht die Gesamtheit darunter leiden lassen. Ich glaube also, der beste Weg wird vorerst sein, wenn Staat und Gemeinde gemeinschaftlich diese Frage aufgreifen; so wird jeder Teil nicht zu hart getroffen. Denken Sie, welche Anforderungen an die größeren Städte des Landes herantreten; sie werden hier nicht so tief in den Beutel greifen können und zum Teil werden sie es auch nicht wollen. Ich glaube aber, wenn die Großh. Regierung in dieser Beziehung die ersten Schritte tut und den Stadtverwaltungen einen Zuschuß zukommen läßt, daß damit der Anfang mit der Arbeitslosenunterstützung gemacht wird. Etwas Vollkommenes wird es ja nicht gleich werden, das wird kein Mensch verlangen können. In diesem Sinne wird diese Frage am besten gelöst werden können! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Abgg. Neuhaus (Zentr.), Banschbach (kons.), Wittemann (Zentr.), letzterer auch für den erkrankten Abg. Duffner (Zentr.), verzichten auf das Wort.

Abg. **Venedey** (Dem.): Ich bin zu meinem Bedauern nicht in der Lage, vollständig auf das Wort zu verzichten. Ich werde mich aber möglichst bemühen, die Sache gnädig zu machen.

Zu dem großen Streit, der in den letzten Tagen hier zwischen den christlichen Arbeiterorganisationen und den freien Gewerkschaften getobt hat (man darf wohl sagen, zwischen der Zentrumspartei und der Sozialdemokratie), den der Herr Abg. Belzer hier entfacht und der die Debatten dieses Hauses mehrere Tage lang mit kriegerischem Schall erfüllt hat, will ich des Näheren nicht sprechen. Ich glaube, daß auch in diesem Punkte wie in verschiedenen anderen der Herr Vorstand der Fabrikinspektion, Herr Dr. Bittmann, durchaus das richtige getroffen hat, wenn er gesagt hat: Es wird auf beiden Seiten gefehlt, es kommen auf beiden Seiten grobe Verstöße vor. Es ist das auch begreiflich bei der durch die verschiedenen politischen Ziele, die da mit unterlaufen, hervorgerufenen gegenseitigen Erbitterung dieser beiden Richtungen. Es ist ja auch gerade von Vertretern der Arbeiterschaft hier mehrfach darauf hingewiesen worden, daß auch das Bildungsniveau der in Betracht kommenden Kreise nicht immer ein sehr hohes ist. Es soll das natürlich kein Vorwurf gegen die Arbeiterschaft sein, sondern wenn es ein Vorwurf ist, so richtet er sich vielmehr gegen unsere heutige Gesellschaft, gegen unser mangelhaftes Volksbildungswesen, das diesen Leuten keine bessere Bildung und keine abgeklärteren, ruhigeren Anschauungen und Formen für die Kundgebung ihrer Interessen zu geben in der Lage gewesen ist. Ich glaube also, man sollte lieber diese Vorwürfe auf beiden Seiten unterlassen und sich damit abfinden, daß derartige Dinge eben vorkommen, wo politische Leidenschaften aufeinanderplatzen, und sich vollständig nicht verhindern lassen werden.

Ich will auch das dazu bemerken: Wenn man glaubt, mit derartigen Urteilen, wie sie hier z. B. vom Abg. Belzer vorgebracht worden sind, die irgendwo gegen Arbeiter aufgrund des § 153 der Gewerbeordnung gefällt worden sind, einen großen Eindruck zu machen, so täuscht man sich wenigstens bei den Leuten, die mit der Sache etwas mehr zu tun gehabt haben. Ich will da durchaus nicht den Gerichten einen Vorwurf machen, aber man hört doch oft recht harte Urteile in dieser Beziehung, insbesondere im Osten unseres deutschen Vaterlandes, Urteile, die uns eigentlich nicht recht verständlich sind, wenn ich auch zugeben muß, daß sich bei uns etwas vorurteilslosere Anschauungen im Laufe der Zeit gebildet haben. Den Eindruck kann ich doch nicht verhehlen, daß man bei uns in Deutschland sowohl in der Gesetzgebung als auch in der Praxis den Streikbrecher, den Arbeitswilligen doch etwas sehr bevorzugt und ihn gewissermaßen als einen Arbeiter besserer Art gegenüber den anderen ansieht. Ich erinnere daran, wie man früher nach Schutz der Arbeitswilligen gerufen hat, daß man außerordentlich rigorose Gesetzesvorlagen gemacht hat, die uns heute beinahe unglaublich erscheinen, wie die Zuchthausvorlage. Diese Bestrebungen und Anschauungen sind seitdem durchaus nicht erloschen, sondern machen sich oft da und dort noch geltend. Ich für meine Person muß gestehen, ich halte im allgemeinen einen Arbeiter, der sich in dem Kampfe seiner Fachgenossen zu seinen Brüdern und Kollegen stellt, eigentlich für den besseren, für den vollwertigeren als den anderen, der in derartigen Fällen seinen Kollegen, seinen Freunden in den Rücken fällt. Das wird man in allen Kreisen, in allen Klassen und in allen Ständen annehmen müssen: Derjenige, der in kritischen Zeiten zu seinen Kameraden und Freunden steht, ist im allgemeinen der anständigere. Man kann das natürlich nicht für alle Fälle verallgemeinern; ich denke z. B. an die Leute, die aus Rücksicht auf Weib und Kind sich von den Streiks fernhalten; das wird auch von den Arbeitskollegen genügend berücksichtigt. Ich habe öfter in derartigen Fällen gehört: Der so und so macht nicht mit, aber der hat Weib und Kinder, der kann nicht mitmachen, das nehmen wir ihm nicht übel! Aber wenn etwa mangelhaft ausgelernte, ungeeignete Elemente, die gerade keine Arbeit haben, die sie vielleicht früher wegen Untüchtigkeit verloren hatten, sich bei ausbrechenden Streiks ihren Kameraden gegenüber als Lohndrücker benützen lassen, daß das dann eine gewisse Mißstimmung auf Seiten der Arbeitsgenossen

hervorruft, so finde ich das menschlich durchaus begreiflich, und ich habe oft den Eindruck, als ob diese Momente bei der Würdigung solcher Fragen, wenn sie vor den Strafrichter kommen, nicht genügend berücksichtigt werden. Ich bin also der Meinung, daß die Anschauung des Herrn Dr. Bittmann, daß auf beiden Seiten gefehlt wird, durchaus richtig ist.

Der Herr Kollege Dr. Binz hat sich auch mit dieser Frage befaßt und hat seine Freude darüber ausgesprochen, daß verschiedene Arbeiterorganisationen bestehen, die sich eine „heilsame Konkurrenz" machen, und er hat von diesem Standpunkte auch die Bildung der christlichen Arbeiterorganisationen begrüßt. Ich muß sagen, wenn man bedenkt, daß diese christlichen Arbeiterorganisationen doch im allgemeinen, besonders bei uns, Kampforganisationen derjenigen politischen Richtung sind, die als Todfeind des Nationalliberalismus erscheint und die seit Jahrzehnten mit ihm um die Vorherrschaft in Baden ringt, dann muß anerkannt werden, daß es ein Zug von starkem Altruismus war, der aus den Worten des verehrten Herrn Kollegen Binz hervorgeklungen hat. Aber auch ganz abgesehen von diesem Gesichtspunkte, der ja mehr politischer Natur ist, kann ich mich auch aus einem anderen Grunde nicht sehr über derartige Gründungen freuen: Ich bin der Meinung, daß wir auch hier ein Stück jener unheilvollen Verquickung von Religion, oder sagen wir Konfession, mit wirtschaftlichen und politischen Fragen sehen. Das ist immer eine Verquickung von Dingen, die an und für sich nichts miteinander zu tun haben und über die ich meinerseits keine Freude empfinden kann.

Mit großer Freude dagegen habe ich die Rede des Herrn Vorstands der Fabrikinspektion verfolgt. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß aus ihr ein lebhaftes soziales Empfinden, ein warmes Herz spricht, und daß uns in dem Herrn Vorstande der Fabrikinspektion eine ausgeprägte, starke Persönlichkeit entgegentritt. Das hat er vor allen Dingen auch bei seinem Eingreifen in den Lanz'schen Streik gezeigt; wir müssen dem Herrn Abg. Wittum dankbar sein, daß er dem Herrn Fabrikinspektor Gelegenheit gegeben hat, seinen Standpunkt gegenüber dieser Angelegenheit des näheren darzulegen. Gerade bei diesem Teil seiner Ausführungen ist das warme Herz des Herrn Fabrikinspektors für die Arbeiterschaft am besten in die Erscheinung getreten. Meines Erachtens müssen wir ihm dafür dankbar sein, wenn er bei jener Affäre gesucht hat, (wie er sich ausdrückte) zu retten, was zu retten war und einen anständigen Frieden unter den streitenden Parteien zu vermitteln, der auf der einen Seite die Verbitterung, auf der anderen die Ueberhebung möglichst beseitige und damit wieder den Weg und die Möglichkeit zu einer friedlichen Verständigung und zu einem ersprießlichen Zusammenwirken der beiden streitenden Faktoren in der Zukunft ebne. Wenn er sich dabei auch an den verstorbenen Abg. Dreesbach gewandt hat, so kann ich von meinem Standpunkt aus darin selbstverständlich durchaus nicht zu Beanstandendes finden, sondern ich sage: Wenn er damals in der Anrufung einer Persönlichkeit, die sich einer allgemeinen großen Achtung erfreute, einen geeigneten Weg gesehen hat, um hier etwas Gutes zu schaffen und die beiden streitenden Parteien zu versöhnen, dann hat er meines Erachtens nur seine selbstverständliche Pflicht getan, wenn er diesen Weg gegangen ist und wenn er sich nicht von irgend welchem politischen Vorurteil davon hat zurückhalten lassen. Man hätte ihm auch hier in diesem Hohen Hause einen Vorwurf daraus nicht machen sollen, wie das von dem Herrn Abg. Kopf geschehen ist; dieser hat ihm einen Vorwurf daraus gemacht, daß er zu einem sozialdemokratischen Abgeordneten hingegangen ist. Ich glaube, das ist eine kleine Auffassung (um nicht einen anderen Ausdruck zu gebrauchen) über die Stellung der Regierung zu den einzelnen Abgeordneten und Parteien; ich glaube auch, eine derartige Ansicht, welche einem Fabrikinspektor glaubt einen Tadel aussprechen zu dürfen deswegen, weil er über eine spezielle Frage sich mit einem Führer der Arbeiterschaft ins Benehmen setzt, wäre in einem außerdeutschen Parlament nicht möglich und sie würde dort, wenn sie vielleicht von irgend einem in solchen Dingen etwas rückständigen Abgeordneten vorgetragen würde, nur auf eine gelinde Heiterkeit stoßen.

Auch mit dem, was Herr Bittmann über die Frage der Zentralisation oder Dezentralisation gesagt hat, kann ich mich wohl einverstanden erklären. Er hat uns in einleuchtender und durchschlagender Weise hier die Vorzüge der Zentralisation vorgetragen. Ich muß bekennen, daß ich früher in dieser Beziehung etwas anderer Ansicht war. Ich erinnere daran, daß, als vor einer Reihe von Jahren sich die Petitionskommission mit dieser Frage zu beschäftigen hatte, damals der leider inzwischen verstorbene Abg. Schuler einen ganz vortrefflichen Bericht über diesen Gegenstand erstattet hat, in welchem er eine Dezentralisation der Fabrikinspektion bis zu einem gewissen Grade für geboten erklärte. Nach der Begründung nun, die der Herr Fabrikinspektor für die Zentralisation vorgebracht hat, die es ermöglicht, die ganze Behörde mit einem einheitlichen Geiste zu durchdringen, und die Verständigung ihrer einzelnen Mitglieder über die in Betracht kommenden Fragen erleichtert, muß ich sagen, daß diese Ausführungen mich durchaus überzeugt haben, und daß der bisher eingeschlagene Weg der Zentralisation sich durchaus bewährt hat.

Alles in allem kann ich also nur erklären, daß die Ausführungen des Herrn Bittmann auf uns einen sehr guten Eindruck gemacht haben, und daß wir der Ueberzeugung sind, ihm auf Grund derselben wohl unser volles Vertrauen entgegenbringen können.

Mit wenigen Worten will ich dann noch auf einige Punkte eingehen, die mir bei der Lektüre des Berichtes der Fabrikinspektion besonders ins Auge gefallen sind. Ich habe mich beispielsweise sehr über die Ausführungen auf Seite 75 des Berichtes gefreut, in denen die Fabrikinspektion uns mitteilt, daß die Unternehmer sich immer mehr daran gewöhnen, die Organisation der Arbeiter als deren Vertreter anzuerkennen und mit ihnen zu verhandeln. Es wäre gewiß nur zu begrüßen, wenn die Unternehmer sich auf den Standpunkt einer vollständigen Gleichberechtigung zwischen ihnen und der Arbeiterschaft stellten. Ich halte es für notwendig, die Beziehungen zwischen den Unternehmern und der Arbeiterschaft immer mehr auf eine demokratische Basis zu stellen. Ich möchte in dieser Beziehung auf ein Buch hinweisen, das mir in der letzten Zeit zufällig in die Hände gefallen ist. Es ist ein Werk von Werner Sombart über Arbeiterverhältnisse in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, worin er die Frage aufstellt: Weshalb gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus? Zur Beantwortung dieser Frage weist er, neben anderen Gründen politischer und sozialer Natur, als auf einen Hauptgrund für den bisherigen Mangel an einer starken sozialdemokratischen Partei in den Vereinigten Staaten von Nordamerika insbesondere auf die demokratische Gestaltung des Lebens in Amerika, die dort herrschende vollkommene Gleichberechtigung zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum hin. Er führt in dieser Beziehung sehr lehrreiche und interessante Beispiele an; er führt im einzelnen aus, wie in Amerika die Unternehmer alles mögliche tun, um den Arbeitern den Aufenthalt in der Fa-

brik und im Geschäft angenehm zu machen, damit er persönlich mit seinem ganzen Interessenkreis, mit seinem Fühlen und Empfinden mit dem Unternehmen oder der Fabrik verwachse, mehr oder weniger die Ansicht bekomme, das ist auch mein Unternehmen, auch meine Fabrik, in der ich hier arbeite. Er führt uns u. a. auch Beispiele an, die uns zwar ganz fremdartig anmuten, aber doch sympathisch berühren, in welcher Weise dort für die persönlichen Wünsche, ja für den Komfort der Arbeiter gesorgt wird; u. a. weist er darauf hin, daß auch den einzelnen Anregungen, Wünschen und Beschwerden der Arbeiter stets mit größter Bereitwilligkeit entgegengekommen wird, daß größere Fabriken z. B. sogar in Form besonderer Kästchen, die mit Abreißblocks versehen sind, eigene Vorrichtungen haben, durch welche derartige Wünsche und Anregungen angebracht und übermittelt werden können, und daß der Unternehmer am Schlusse des Jahres nach Prüfung dieser verschiedenen Wünsche und Anregungen gewisse Prämien für diejenigen unter ihnen aussetzt, die sich als am meisten im Interesse des ganzen Betriebs gelegen, als die vorteilhaftesten und zweckmäßigsten erweisen. Ich muß sagen, das hat mir sehr eingeleuchtet; diese Art und Weise, wie sich das Verhältnis zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum in Amerika entwickelt hat, finde ich sehr erfreulich, und wenn Werner Sombart in Gegensatz dazu stellt das vielfach unerfreuliche Verhältnis zwischen den beiden Parteien (wenn man sich so ausdrücken darf), das bei uns in Deutschland herrscht, wo die Arbeiter vielfach einen gedrückten und nervösen Eindruck machen im Gegensatz zu dem frischen Selbstbewußtsein, das die Amerikaner an den Tag legen, so sind das Dinge, die uns sehr zu denken geben. Ich bin der Meinung, daß auf dem bezeichneten, in dem Sombartschen Buch geschilderten Wege sehr viel geschehen könnte, um die Gegensätze zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum auf richtige Weise auszugleichen und sie möglichst einer Verständigung entgegenzuführen.

Ebenso haben mich auch manche anderen Ausführungen des Fabrikinspektionsberichtes sehr sympathisch berührt, beispielsweise diejenigen über die weitere Verkürzung der Arbeitszeit, welche in einer Reihe von Betrieben eingeführt worden ist und sich durchaus gut bewährt hat.

Bei dieser Gelegenheit kann ich auch ein Wort über die Sonntagsruhe speziell im Gewerbe sprechen, die ja auch mehrfach zur Sprache gekommen ist. Ich muß mich persönlich als einen ganz entschiedenen Anhänger einer möglichst weit ausgedehnten Sonntagsruhe bekennen. Ich verkenne nicht die Schwierigkeiten, die augenblicklich der Lösung dieser Frage bei uns entgegenstehen würden. Aber daß das der Zug der Zeit, das Ideal ist, daß eine vollständige Sonntagsruhe ebenso wie in Amerika und wie in England auch bei uns eingeführt wird, das ist meine persönliche Ueberzeugung. Man muß diese Sache nicht so ansehen, als ob sie in England etwa einer törichten Muckerei der Leute entspräche, sondern das ist eine Einrichtung, die sich aus sehr gesunden sozialen Anschauungen und Gründen herausgewachsen hat. Wenn man sie vielleicht mit einem gewissen religiösen oder rituellen Gepränge umgeben hat, so ist das ja auch bei anderen sozialen, hygienischen oder sonstigen Maßregeln öfters der Fall gewesen, wie große Gesetzgeber des Altertums es für notwendig befunden haben, gewisse Anordnungen, die im Interesse der Gesundheit oder im Interesse der Ordnung des Staates getroffen werden mußten, mit religiösem oder rituellem Gepränge zu umgeben, das aber mit dem Kern der Sache sehr wenig zu tun hat. Der Kern der Sache ist in diesem Falle das natürliche Empfinden, daß der Mensch, wenn er die Woche hindurch tüchtig gearbeitet hat, nun einen vollen freien Tag erhält, um auszuruhen, sich auszuspannen und um sich sonst weiterzubilden, um auch etwas Freude und Schönheit in sein Leben hineinzubekommen. Ich glaube deshalb, daß man sich auch bei uns in Deutschland nach und nach daran gewöhnen sollte. Man überschätzt wohl auch die Schwierigkeiten, die einer weiteren Ausdehnung der Sonntagsruhe entgegenstehen. Ich kann auf ein kleines Beispiel aus unserem Beruf hinweisen: Es ist ja vielleicht bekannt, daß die Anwälte schon seit einer Reihe von Jahren die vollständige Sonntagsruhe eingeführt haben. Ich weiß, daß, als sie eingeführt wurde, diese Neuerung auch auf große Bedenken, besonders seitens der älteren Kollegen, gestoßen ist, ich erinnere mich, daß ein älterer Kollege in Konstanz damals darin auch eine Konnivenz gegen gewisse muckerische Bestrebungen erblickte und daß er außerdem seiner Skepsis gegen die Sache dadurch Ausdruck gab, daß er sagte: „Den Advokaten möchte ich sehen, der sich einen fetten Prozeß entgehen läßt, weil es gerade zufällig Sonntag ist." (Heiterkeit.) Aber die Sache hat sich sehr gut eingeführt. Das Publikum hat sich daran gewöhnt, und die Anwälte und ganz besonders ihr Personal — das war für mich eine besondere Ursache — fühlen sich wohl dabei. Der selbständige Unternehmer kann sich selber zumuten, so viel er will, und schließlich auch seine Gesundheit ruinieren; das ist seine Privatsache. Aber es ist etwas anderes, was er seinem Personal zumuten kann. Die Einrichtung der Sonntagsruhe hat sich also bei uns höchst segensreich geltend gemacht. Wenn man nun unsere Verhältnisse auch nicht mit den viel schwierigeren, verwickelteren Verhältnissen in Gewerbe, Industrie usw. vergleichen kann — wir haben damals in Konstanz 15 bis 20 Kollegen gehabt, hier in Karlsruhe werden es vielleicht 70 bis 80, in Mannheim etwas über 100 sein, während hier Zehntausende, Hunderttausende in Betracht kommen —, so glaube ich doch immerhin, daß das ein kleines Beispiel dafür ist, wie die Schwierigkeiten der Sonntagsruhe überschätzt werden, und ich meine, daß wohl auch bei uns der Zug der Zeit dahin geht, die Sonntagsruhe im Gewerbe in erster Linie im Interesse der Angestellten weiter auszudehnen, als dies bisher der Fall war.

Sehr gefreut hat es mich auch, aus dem Fabrikinspektionsbericht zu ersehen, daß einzelne große Unternehmer mit Urlaubserteilungen an ihre Angestellten in durchaus loyaler, anerkennenswerter Weise vorangegangen sind. Wenn wir z. B. lesen, daß die Firma Maggi in Singen schon nach dreijähriger Dienstzeit einen achttägigen Urlaub ohne jeden Lohnabzug gibt, so ist das ein sehr schönes soziales Vorgehen, das sich unter Umständen unsere Staatsbetriebe wirklich zum Vorbild nehmen könnten; denn meines Erachtens ist es z. B. gerade bei unseren Eisenbahnarbeitern usw. mit dem Urlaub durchaus nicht so gut bestellt, wie das nach diesen Mitteilungen des Fabrikinspektionsberichts bei einzelnen größeren Privatunternehmungen jetzt schon der Fall ist.

Sehr traurig haben dagegen mich, wie auch wohl jeden andern, die Schilderungen des Berichts über die Zustände in der Hausindustrie berührt. Es ist ja schon darüber sehr viel gesprochen worden. Wenn man da liest, daß noch 14, 16, 18 Stunden, von morgens früh 4 Uhr bis nachts 12 Uhr oder von morgens 5 Uhr bis nachts 1 Uhr, je nach der Jahreszeit, gearbeitet wird, um dann eine ganz kümmerliche Entlohnung von 1 M., 1,20 M., 1,30 M. herauszuschlagen, so ist das doch wirklich im höchsten Grade traurig. Es ist vielleicht schwierig, wie das auch schon ausgesprochen worden ist, hier eine Besserung herbeizuführen. Aber ich meine, daß der Staat in derartigen Dingen mit einer gewissen Energie einschreiten sollte. Das könnte durch Festsetzung eines gewissen Minimallohnes geschehen. Dann würde auf diese Weise eine bes-

sere Entlohnung erzielt und es würden dann die Leute wohl auch nicht gezwungen werden, in dieser furchtbaren Weise ihre Arbeitskraft auszunützen. Ich wollte nur auf diesen Gesichtspunkt hinweisen.

Mit dem, was der Herr Minister über die Arbeiterkammer gesagt hat, indem er sich für Arbeiterkammern an Stelle von Arbeitskammern ausgesprochen hat, können wir durchaus einverstanden sein, und wir freuen uns, daß er diesen Standpunkt, der sich mit dem unserigen deckt, hier vertreten hat. Dasselbe gilt von seinen Ausführungen bezüglich der Arbeitslosenversicherung, und ich kann wohl darauf hinweisen, ohne für unsere Partei ruhmredig zu sein, daß die Deutsche Volkspartei die erste deutsche Partei war, die dieser Frage nähergetreten ist, daß speziell der Begründer der „Frankfurter Zeitung", Leopold Sonnemann, diese Frage sehr eingehnd behandelt und schon vor längerer Zeit einen Gesetzentwurf in dieser Beziehung ausgearbeitet hat. Es freut uns also aufrichtig, daß der Herr Minister auch in dieser Beziehung einen unserem Standpunkt ähnlichen eingenommen hat.

Damit will ich mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit die allgeminen Bemerkungen — ich hätte noch verschiedenes beifügen können — verlassen und nur noch zu einer Spezialfrage übergehen. Ich bin ebenfalls gebeten worden, mich der Lage und der Verhältnisse der badischen Handelslehrer anzunehmen. Es ist ja von verschiedenen Herren Kollegen, speziell von unserem Freund Vogel, schon darüber gesprochen worden, und ich kann vollständig darauf Bezug nehmen, was er gesagt hat. Ich will aber auch meinerseits nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß auch mir große Klagen über den Lehrermangel von seiten der Handelslehrer zugekommen sind. Das ist die erste Klage, die hier erhoben wird: Es wird mir mitgeteilt, daß allein in Karlsruhe, Mannheim und Pforzheim zurzeit 7 Handelslehrer fehlen. Dabei wird in vielen Orten nur während 6 Wochenstunden unterrichtet, während man bis zu 9 Stunden gehen könnte, und es sind die weiblichen Handlungsbeflissenen bis jetzt nur an wenigen Plätzen schulpflichtig. Wenn das durchgeführt würde, was vorgesehen ist, daß die Zahl der Wochenstunden auf 9 erhöht und die weiblichen Handlungsbeflissenen zugezogen werden, so würden dazu etwa zwei Dutzend Handelslehrer fehlen. Auch der Zugang zu den Handelslehrerkursen ist ein sehr geringer. In Karlsruhe wurde z. B. letzte Ostern ein Kursus eingerichtet, bei dem man auf eine Beteiligung von 12—15 Herren rechnete. Es kamen aber nur sechs Teilnehmer, und an Weihnachten waren es nur noch drei, so daß der Kurs vollständig geschlossen werden mußte.

Wenn wir uns fragen, woher diese traurige Erscheinung kommt, so ist die Antwort darauf eine ziemlich einfache. Auf der einen Seite eine verhältnismäßig schlechte Bezahlung und auf der andern Seite eine übermäßige Arbeit und Inanspruchnahme der Handelslehrer. Es ist ja schon auf diese schlechte Bezahlung hingewiesen worden, und es wird wohl anläßlich der Beratung über den Gehaltstarif notwendig sein, näher darauf einzugehen. Ich will aber doch nur ganz kurz hervorheben, daß unsere Handelslehrer in den größeren Städten sich teilweise erheblich besser stellen würden, wenn sie nicht Handelslehrer geworden wären, sondern wenn sie ihre Bezüge als Hauptlehrer weiter erhalten würden. Wenn z. B. die Handelslehrer der hiesigen Handelsschule als Handelslehrer den Hauptlehrergehalt wie in Mannheim weiter bezögen, so würden sie ganz erheblich höhere Bezüge bekommen. Ich habe hier eine Zusammenstellung, nach welcher die Handelslehrer der hiesigen Handelsschule zwischen 820 und 1550 M. jährlich weniger beziehen, als sie als Hauptlehrer an der Mannheimer Volksschule beziehen würden. Auf der anderen Seite werden die Handelslehrer ganz ungewöhnlich in Anspruch genommen. In erster Reihe ist die Anzahl ihrer Pflichtstunden schon eine größere wie bei den Volksschullehrern. Während die Volksschullehrer an den städtischen Knaben- und Fortbildungsschulen ein wöchentliches Deputat von 24 Stunden haben, haben die Handelslehrer ein solches von 25 Stunden, so daß sie in der Tat mehr arbeiten müssen und weniger Gehalt beziehen. Dabei muß auch gesagt werden, daß ihre Arbeit eine sehr schwere und der von ihnen zu bewältigende Lehrstoff ein sehr umfangreicher ist. Sie müssen in 10 Fächern unterrichten, darunter in zwei Fremdsprachen. Infolge Lehrermangels ist es dann auch dazu gekommen, daß sie übermäßig viele Ueberstunden machen müssen. Es wird mir mitgetilt, daß einzelne von ihnen mit 32—38 Wochenstunden belastet sind, daß sie also eine ganz ungewöhnliche Anzahl von Ueberstunden machen müssen, die weit über die Kräfte eines Mannes hinausgehen, besonders wenn man noch in Betracht zieht, daß das Schülermaterial, mit dem sie es zu tun haben, junge Leute von 14—18 Jahren, viel schwieriger zu behandeln ist als in der Volksschule. Dann ist die Entlohnung für die Ueberstunden auch keine entsprechende. Die Handelslehrer bekommen für die Wochenüberstunden jährlich 80 M., während die akademisch gebildeten Lehrer 120 M. bekommen. Ich sehe nicht ein, warum ein so großer Unterschied gemacht wird. Ich meine, man müßte den Handelslehrern doch mindestens in der Weise entgegenkommen, daß man ihnen die Ueberstunden entsprechend bezahlt und damit einen gewissen Ausgleich schafft.

Im übrigen wird man durch eine entsprechende Besserstellung (das ist in erster Linie Sache des Gehaltstarifs) darauf hinwirken müssen, daß man den Zugang zu diesen Fächern wieder vermehrt und damit dem Lehrermangel und der Ueberlastung der Lehrer abhilft. Es wird mir auch mitgeteilt, daß, obwohl der Mangel an Lehrern ein sehr empfindlicher ist und nicht nur von den Lehrern sondern auch von den Handelskammern des Landes hervorgehoben und betont wird, daß die ganze Aufgabe und der Zweck der Schule durch den Mangel an Lehrkräften und die Ueberbürdung der einzelnen Lehrer beeinträchtigt wird, trotzdem verschiedene ausgebildete Lehrer vorhanden sind, die nicht angestellt werden, die vergeblich auf Anstellung warten. Zum Beispiel wurde in den Monaten August und September 1905 ein Kurs zur Ausbildung von Handelslehrern an der Mannheimer Handelsschule abgehalten, und es hat sich im Frühjahr 1906 ein weiterer Kurs angeschlossen. Es sind Handelslehrer da, die diese Kurse mitgemacht, ihr Examen gemacht haben und trotz der Bemühung darum bis jetzt nicht als Handelslehrer angestellt worden sind. Ich meine, wenn ein derart großer Mangel vorhanden ist, sollte man auf das vorhandene Material doch greifen, die vorhandenen Kräfte tunlichst bald verwenden, um dem Mangel abzuhelfen.

Ich hatte auch beabsichtigt, über die Lage der Gewerbelehrer zu sprechen. Aber es hat unmittelbar vor mir Herr Kollege Kräuter diese Frage so eingehend behandelt, daß ich das Hohe Haus nicht damit aufhalten will. Ich kann mich all dem anschließen, was er gesagt hat. Auch hier ist dieselbe Klage: Auf der einen Seite zu schlechte Bezahlung, auf der anderen Seite zu große Belastung. Deshalb wird auch der Weg der Abhilfe derselbe sein müssen, hier wie dort. (Beifall bei den Demokraten.)

Die Abgg. Blümmel (Zentr.), Kramer (Soz.) und Süßkind (Soz.) verzichten auf das Wort.

Abg. **Belzer** (Zentr.): Sie werden es begreiflich finden, wenn ich nach der „Extratour", die mir der Herr Abg. Geck gestern Abend gewidmet hat, noch einmal das Wort ergreife. Der „Volksfreund" hat mir nach meiner Rede vom letzten Samstag angekündigt und zwar pompös angekündigt, daß im Landtag mit mir abgerechnet und zwar gründlich abgerechnet wird. Die Extratour ist nun gekommen, und wenn ich eitel wäre, könnte ich es mir noch zur Ehre anrechnen, daß mir die sozialdemokratische Fraktion tatsächlich ihren besten Tänzer zugewiesen hat. (Heiterkeit im Zentrum.) Der Tanz ist aber nicht so gefährlich ausgefallen, wie vorher das Geschrei gewesen ist. Offenbar wird Mancher von diesem Tanz enttäuscht gewesen sein. Mancher wird sich wohl gedacht haben, es wird ein Kriegstanz stattfinden, wie ihn die Sioux-Indianer auf dem Kriegspfad ausführen.

Der Herr Abg. Geck hat 6 Tage Zeit gehabt, das Material, das ich vorgebracht habe, durchzustudieren und sich Material zu sammeln. Er hat gestern Abend erst zu später Stunde gesprochen, mir ist daher zur Vorbereitung der Erwiderung keine Zeit zur Verfügung gestanden als die Nacht, und Jedermann weiß, daß die Nacht auch zum Schlafen da ist; ich will auch gleich erklären, daß ich gut geschlafen habe. (Heiterkeit im Zentrum.) Ich bin selbstverständlich nicht in der Lage gewesen, in dieser kurzen Zeit das Material, das der Herr Abg. Geck vorgebracht hat, auf seine Richtigkeit zu prüfen. In einem Punkte, den er erwähnt hat, in dem Punkte, bei dem mir auch durch einen offenen Brief der „Volksstimme" zur Kenntnis gekommen ist, daß er unrichtig wäre, nehme ich meine Behauptung ohne weiteres zurück. Ich will aber zunächst den stenographischen Wortlaut verlesen, wie ich ihn nach dem Bericht der „Karlsruher Zeitung" gebraucht habe. Es heißt da in bezug auf den Mannheimer Hafenarbeiterstreik: „Die Mannheimer „Volksstimme" schrieb anläßlich des dortigen Hafenarbeiterstreiks: Sie — die Christlichen — verdienen nicht, unter die ehrlichen Arbeiter gezählt zu werden (der Herr Abg. Süßkind hat dazu gerufen: Sehr richtig!, also das anerkannt), sondern es muß endlich einmal begonnen werden, mit dieser Gesellschaft aufzuräumen. — Und weiter: Dem christlichen Arbeiter muß das letzte Stück Brot aus der Hand geschlagen werden!" Ueber diesen letzten Satz war ich falsch informiert. Es ist vielmehr richtig, was die „Volksstimme" schreibt, daß das „Brot aus der Hand schlagen" sich nicht auf die christlichen Arbeiter sondern auf die Unternehmer bezieht. Ich nehme das also zurück, aber ich will bemerken, der erste Satz der „Volksstimme", den ich eben zitiert habe, ist schon schlimm genug. Unter dem: „Es muß mit dieser Gesellschaft einmal aufgeräumt werden", kann man vieles verstehen. Diesem Satz ist von der „Volksstimme" und vom Herrn Abg. Geck nicht widersprochen worden, und der Abg. Süßkind hat bei seiner Zitierung gesagt: „Sehr richtig!" Das wird genügen.

Die „Volksstimme" hätte gar keinen Anlaß, sich so sehr zu entrüsten. Es ist noch gar nicht lange her, da hat die „Volksstimme" in Mannheim einen Artikel gebracht über den Abg. Belzer, derselbe habe oben im Wiesental in Atzenbach anläßlich der Landtagswahl den Sozialdemokraten das Lokal abgetrieben. Nun war ich überhaupt nicht in Atzenbach! Trotzdem hat die „Volksstimme" geschrieben: „Der Abg. Belzer hat den Sozialdemokraten das Versammlungslokal abgetrieben." Ich glaube, das gleicht sich aus, und die „Volksstimme" hat durchaus keinen Anlaß, auf mich einzuhauen. (Zwischenruf bei den Sozialdemokraten.) Ich habe dann eine ganz kurze Berichtigung an die „Volksstimme" gesandt, allerdings ohne dazu zu schreiben, auf Grund des § 11 des Preßgesetzes, denn ich dachte, die „Volksstimme" würde diese Berichtigung ohne weiteres aufnehmen. Ich habe darin der „Volksstimme" geschrieben, daß ich weder in Atzenbach gewesen sei, noch dort ein Versammlungslokal abgetrieben habe, und daß ich nicht auf dem Standpunkt stehe, daß ein Gegner auf diese Weise zu bekämpfen sei. Die „Volksstimme" hat dann nur kurz bemerkt: „Der Abg. Belzer bestreitet, uns das Versammlungslokal abgetrieben zu haben." (Zwischenruf des Abg. Süßkind.) Der Herr Abg. Süßkind meint, das wäre genügend.

Uebrigens ist es bei der Behandlung, wie sie mir immer in der sozialdemokratischen Presse zuteil wird, wohl selbstverständlich nicht so, daß ich besonders günstig auf die Sozialdemokratie zu sprechen sein könnte. Es kann doch von mir nicht verlangt werden, daß ich, wenn ich hier das Wort ergreifen will, vorher bei den Herren Sozialdemokraten um Erlaubnis zu fragen habe. Ich bin hier als Abgeordneter gerade so gut wie die Sozialdemokraten, und ich nehme auch kein Blatt vor den Mund, wenn es gilt, gegen andere aufzutreten, um wichtige Interessen zu wahren.

Nun wieder zur Sache. Der Herr Abg. Geck hat dann noch den Fall in Delmenhorst erwähnt, wo ich gesagt habe, daß ein mißhandelter Arbeiter an der Verletzung gestorben sei. Er hat gesagt, daß das kein christlich organisierter sondern ein freiorganisierter Arbeiter gewesen sei. Nun, ich kann dieses Material nicht prüfen, aber jedenfalls ist festgestellt worden, daß der Betreffende nicht von christlichen Arbeitern mißhandelt worden ist. Wenn es gewöhnliche Arbeiterhändel waren, so ist auch das nur zu bedauern, und daß der Täter seine Strafe bekommen hat und mit Recht bekommen hat, das habe ich bereits anerkannt. (Abg. Kolb: Es war eine ganz gewöhnliche Prügelei, sonst nichts!)

Ich will nun keine neuen Terrorismusfälle vorführen, obschon ich noch eine ganze Anzahl hier habe (Abg. Süßkind: Wir haben noch viel mehr! Heiterkeit), da allgemein der Wunsch laut wird, daß die Debatte heute noch fertig werden soll. Was vorhin der Herr Kollege Venedey gesagt hat, daß meine Rede einen trügerischen Schall im Landtag hinterlassen hätte, geht offenbar darauf hinaus, daß er meint, mein Material sei nicht stichhaltig und es sei von den Sozialdemokraten ganz und gar zerzaust worden. Hier habe ich den Fabrikinspektionsbericht in der Hand, amtliches Material, das er wohl nicht als trügerisch bezeichnen wird. Darin heißt es: „Unverständlich erscheint es, wie die Organisationen durch gegenseitiges Sichbekämpfen ihre Position schwächen können. Im vorigen Jahresbericht ist hiervon schon gesprochen worden. Verwerflich ist der Egoismus, der in Friedensverträgen die Bedingung aufgenommen wissen will, daß die Vorteile des Vertrages nicht der Arbeiterschaft sondern nur den Mitgliedern einer gewissen Organisation zugute kommen solle. So wurden im Lohntarif der Glaser zu Heidelberg und im Arbeitsvertrag für das Zimmergewerbe zu Mannheim die Arbeitergeber verpflichtet, nur Angehörige eines bestimmten Verbandes in die Arbeit einzustellen. Die Vereinigungen der Unternehmer unterwarfen sich dieser Forderung. Dadurch wurden in Heidelberg 20 nicht der dominierenden Organisation angehörende Gesellen brotlos; in Mannheim wurden die Angehörigen anderer Organisationen in kleinere Geschäfte getrieben, soweit sie nicht der im Vertrag bestimmten Organisation beitraten. Daß der Zuwachs an solchen Zwangsmitgliedern, die nicht mit ihren Ueberzeugungen, sondern nur vermöge ihrer Beiträge der Organisation angehören, für diese kein usw. usw." Welches die dominierenden Organisationen in Baden sind, das hat uns wieder der amtliche Fabrik-

*

inspektor gesagt; es sind die freien Gewerkschaften. Und das ist doch sicher ein Terrorismusfall und zwar ein amtlich festgestellter. Solche Fälle müssen doch von Allen verurteilt werden. Wir wollen doch auf dem Boden stehen, daß jeder Arbeiter (wie auch der Herr Abg. Kräuter hervorgehoben hat) das Recht auf Arbeit und das Recht auf Brot hat. Also bleiben Sie doch mit uns auf dem Boden der Freiheit für jedermann, der individuellen Freiheit, wie der Herr Abg. Dr. Binz gestern ausgeführt hat.

Der Herr Abg. Geck hat sich dann redlich bemüht, Material zusammen zu tragen gegen christliche Gewerkschaften, und der Abgeordnete Süßkind hat ihm hierbei hilfreiche Hand geleistet. Er hat angeführt, es wäre ein krasser Terrorismusfall von Cöln zu verzeichnen, der von seiten der christlichen Hirsch-Dunckerschen Arbeiter ausgeübt worden sei. Nun, dieser Fall hat die Gerichte beschäftigt, das ist Tatsache. Die angegriffenen christlichen Gewerkschaftsführer haben die Verleumder verklagt, und diese sind dann wegen Beleidigung bestraft worden. Das ist der eine Fall. Dann hat der Herr Abg. Geck insbesondere den schweren Fall Kevelaer hervorgehoben und hat gesagt, christliche Arbeiter hätten dort die Stricke zerschnitten. Wenn das christliche Arbeiter, Hirsch-Dunckersche Arbeiter oder Andere tun, so ist das eine verwerfliche Tat und keine Strafe ist zu hoch dafür. Das verurteilen wir ohne Weiteres. Aber der Herr Abg. Geck hat aus dem gerichtlichen Urteil auch hervorheben müssen, daß der sehr stark angegriffene christliche Gewerkschaftsführer freigesprochen worden ist, daß die beiden anderen nur wegen Sachbeschädigung verurteilt worden sind. Wo bleibt denn da der Terrorismus? (Lachen). Das ist also der andere Fall, den der Herr Abg. Geck vorgebracht hat. Ich weiß nun nicht, ob der Herr Abg. Venedey auch das als trügerischen Schall bezeichnet.

Der Herr Abg. Geck hat dann gestern Abend eine Person angegriffen, die sich nicht hier im Hause verteidigen kann, nämlich den christlichen Arbeitersekretär Tremmel aus Mannheim. Ich muß diese Angriffe zurückweisen. Wäre Herr Tremmel hier anwesend, so würde er wohl in der Lage sein, die Angriffe selbst zurückzuweisen. Es hat sich damals um den Hafenarbeiterstreik gedreht. Die Hafenarbeiter sind tatsächlich schlecht bezahlt gewesen, nach dem mir vorliegenden Material haben sie 35 Pfennig Stundenlohn gehabt, und da ist es selbstverständlich, daß sie berechtigt waren, einen höheren Lohn zu verlangen. Die freien Gewerkschaften haben dann, ohne die anderen Organisationen zu fragen, einen Lohntarif an die Unternehmer eingereicht. (Zwischenrufe.) Die Unternehmer sind nicht auf diesen Lohntarif eingegangen und daraufhin haben in zwei Betrieben die Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Die anderen Unternehmer haben sich dann mit diesen Firmen, wo die Arbeiter gestreikt haben, solidarisch erklärt und ihre Arbeiter ausgesperrt. Die christlichen wie die freien und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, alle sind auf das Pflaster geworfen worden. Nun sind auch Verhandlungen gepflogen worden, und auch die ausgesperrten christlichen Arbeiter sind zu ihrem Bezirksleiter, dem Arbeitersekretär Tremmel gegangen und haben ihn gebeten, er solle ihre Interessen in dieser Lohnangelegenheit wahrnehmen. Tremmel hat dann die Streikleitung und zwar den Bauleiter Seidel gefragt, ob die Christlichen als gleichberechtigt anerkannt werden. Er hat darauf eine verneinende Antwort bekommen, und zwar ist ihm, wie mir von dem Arbeitersekretär Tremmel versichert wird, entgegengehalten worden: „Eure Leute sollen nur arbeiten; es sind doch lauter Halunken!" Es ist das wieder eine sehr schöne Bezeichnung! (Abgeordneter Süßkind: Beweis?) Es ist mir das von Herrn Tremmel bestimmt versichert worden. Nun ist es selbstverständlich, daß der von den christlichen Arbeitern angerufene Arbeitersekretär Tremmel Schritte tut, um für die christlichen Arbeiter zu sorgen, damit sie, wenn der Streik beendigt sei, auch wieder ihr Brot verdienen können. Er ist also zu den Unternehmern gegangen und hat verlangt, daß man auch die Vertretung der christlichen Arbeiter zu den Verhandlungen zulasse, was von den Unternehmern auch gewährt worden ist. Ich begrüße es, daß die Unternehmer keinen Unterschied machten, sondern nach dem Grundsatz handelten: Uns ist es einerlei, ob rot oder christlich, wir unterhandeln mit Allen. Bei den Unternehmern hat aber Herr Tremmel auch erfahren, daß in den Vertrag aufgenommen werden sollte, daß sie den Arbeitsnachweis des freien Verbandes anerkennen. Damit wären selbstverständlich die Christlichen abgesägt gewesen. Daß, wenn solche Dinge vorliegen, ein christlicher Arbeitersekretär für seine Schutzbefohlenen Alles daran setzen muß, das ist wohl selbstverständlich. Auch bei den weiteren Verhandlungen verlangten die Arbeitgeber, daß Tremmel zu den Verhandlungen zugelassen werde. Seidel, der Führer der freien Gewerkschaften, ging aber nicht darauf ein, und so sind die Verhandlungen gescheitert. Dann waren die Arbeitgeber bereit, mit den Christlichen allein einen Vertrag abzuschließen. (Zurufe von den Soz.-Dem.) Um wieviele Arbeiter es sich handelte, das kann Herr Tremmel nachweisen. Er hat Material zuhause, wonach ihm Arbeiter zur Verfügung gestellt worden seien. Zirka 200, also nicht nur 7 Arbeiter waren es. (Zuruf von seiten der Sozialdemokraten: Sie sind aber nicht gekommen!) Es war das gar nicht verlangt. Er hat in seinem Schreiben nur gefragt, wie viel Arbeiter zu haben seien, er hat noch nicht verlangt, daß sie auch kommen sollen. Der Herr Abg. Geck hat nun gesagt, daß Tremmel von einem Arbeiter, der gekommen sei, verklagt worden sei und er dann diesen Arbeiter habe bezahlen müssen. Nun Tatsache ist, daß der betr. Arbeiter Tremmel aufsuchen wollte, daß aber Tremmel garnicht zuhause war, daß der Arbeiter dann von den „Freien" aufgefischt worden und ihm von diesen das Geld gegeben worden ist, und daß dieses Geld dann bei einem anderen Arbeitersekretär, nicht bei Tremmel, wieder rückerhoben wurde. Der Streik ist dann zu Ende gegangen, und die Bestimmung in dem Vertrag ist gefallen. Die Christlichen haben auch wieder untergebracht werden können, und da war es selbstverständlich nicht notwendig, von auswärts Arbeiter zuzuziehen.

Soviel über den Hafenarbeiterstreik und über die Angriffe gegen den christlichen Gewerkschaftssekretär Tremmel.

Nun hat der Herr Abg. Geck aber auch noch den Streikbruch der christlichen Arbeiter besonders in den Vordergrund gestellt und es so dargestellt, als ob die christlichen Arbeiterorganisationen sich fast nur damit befassen würden, den anderen in den Rücken zu fallen, und bei Streiks die Arbeitswilligen zu spielen. Ich will nur ganz Weniges hierüber sagen; ich fühle mich aber doch nach den Ausführungen des Herrn Kollegen Geck für verpflichtet, die christlichen Gewerkschaften in Schutz zu nehmen und Ihnen auch zu sagen, was vonseiten der freien Gewerkschaften in dieser Beziehung gesündigt wird und gesündigt worden ist.

Ueber den Streik in Regensburg schreibt „Der Grundstein" (das Organ des freien Maurerverbandes), in Nummer 26 vom Jahre 1906: „Die Sache ist die, daß die im (sozialdemokratischen) Stukkateurverband organisierten Fassaden- und Innenputzer als Streikbrecher auf-

treten." (Abg. Kolb: Das haben Sie jetzt aus der Broschüre herausgeschnitten, derselbe Schwindel!) Und „Der sozialdemokratische Bauhilfsarbeiter" schreibt in seiner Nummer 27 vom 7. Juli 1906: „Als einen Skandal bezeichnet der „Grundstein" die Tatsache, daß Mitglieder des Stukkateurverbandes streikenden Maurern in den Rücken fallen und die Arbeit der Streikenden fortsetzen."

Nun eine Anzahl anderer Fälle aus verschiedenen Zeitungen. (Zuruf von seiten der Sozialdemokraten.) Ich muß mich auch an das Material halten, an das sich auch der Herr Abg. Geck hält. Wenn Herr Kollege Kolb sagt, diese aus den Zeitungen und in einem zusammengefaßten Artikel seien alle Schwindel, so kann ich das einfach nicht verstehen. (Zurufe von seiten der Sozialdemokraten.) Wieviel Punkte müssen denn jeweils in der sozialdemokratischen Presse als unrichtig bezeichnet werden! Ich kenne eine sozialdemokratische Zeitung, der der Herr Abg. Kolb ganz nahe steht, die im Monat Januar etwa ein Dutzend Berichtigungen gebracht hat. Ich hätte das dem Herrn Abg. Kolb geschenkt, aber dagegen, daß er immer Schwindel dazwischen ruft, muß ich mich doch energisch verwahren. Habe ich vielleicht dem Herrn Abg. Geck auch „Schwindel" dazwischen gerufen? (Abg. Kolb: Ich meine doch, das was in der Broschüre steht! Ich habe sie gelesen.)

Präsident Fehrenbach (unterbrechend): Ich habe es nicht so aufgefaßt, als ob durch diesen Zwischenruf dem Herrn Abgeordneten Belzer ein Vorwurf gemacht werden wollte (Zuruf von den Sozialdemokraten: Nein!), sondern nur dem Material, auf das er sich stützte. (Abg. Süßkind: Sehr richtig! Heiterkeit). Deshalb hatte ich keinen Anlaß, dagegen einzuschreiten.

Abg. **Belzer** (fortfahrend): Ich habe sogar dem Herrn Abg. Kolb mein Material in die Hände gegeben. Ob das die Herren Sozialdemokraten mir gegenüber auch tun, ist eine andere Frage. Jedenfalls habe ich gezeigt, daß ich durchaus objektiv gegenüber der Sozialdemokratie vorzugehen gewillt war.

Der Herr Abg. Geck hat dann auch vom Terrorismus der Zentrumsbauern bei der Wahl gesprochen. Will denn Herr Geck eine Schlägerei, welche Zentrumsbauern bei einer Wahl gehabt haben sollen, den christlichen Gewerkschaften (um diese dreht es sich doch) an die Rockschösse hängen? Soviel mir bekannt ist, gehören die Zentrumsbauern nicht in die christlichen Gewerkschaften. Allerdings können sie einem Bauernverein angehören. Aber der Bauernverein ist ein politisch vollständig neutraler Verein, wie auch die christlichen Gewerkschaften politisch vollständig neutral sind; denn ich darf auch hier hervorheben, daß wir in den christlichen Gewerkschaften Zentrumsleute, Nationalliberale und Konservative, allerdings keine Sozialdemokraten haben. (Zuruf von seiten der Sozialdemokraten: Doch, auch!) Also, wenn solche auch darunter sind, dann haben Sie gar keinen Grund, sie etwa Zentrumsgewerkschaften zu nennen. Ich habe hier eine offizielle Kundgebung, wie sie von einer Führerin der Sozialdemokratie, Ottilie Baader, in einem geheimen Rundschreiben ergangen ist. Das ist Terrorismus bei der Wahl, der auf der anderen Seite allerdings — das will ich gleich von vornherein anerkennen — auch ein grelles Licht auf die Zustände wirft, die in Preußen in bezug auf das Landtagswahlrecht herrschen; wäre die Stimmabgabe bei den Landtagswahlen dort nicht öffentlich, so könnte da Terrorismus nicht in dieser Weise ausgeübt werden. Hier heißt es: „Eben weil noch diese gesetzlichen Bestimmungen herrschen, werden sie dazu dienen, eine scharfe Kontrolle über die Stimmabgabe der Milchhändler, Krämer-, Fleisch-, Kohlen-, Holz- und Grünkramhändler usw. auszuüben. Alle die betreffenden Geschäfte existieren meist nur dank der Arbeiterkundschaft. Stimmen ihre Inhaber gegen uns, d. h. nicht für Sozialdemokraten, so beweisen sie damit, daß sie bemüht sind, sich Bourgeoiskundschaft zu erobern. Helfen wir ihnen, daß sie auf unsere Kundschaft verzichten. Gerade die Frauen sind bei der Durchführung dieser Maßregeln ausschlaggebend, sie sind es ja, welche die Einkäufe besorgen, sie müssen die in Betracht kommenden Geschäftsleute auf ihre politische Pflicht hinweisen, bei der Wahl für sozialdemokratische Wahlmänner zu stimmen, sie müssen ihnen klar machen, daß wir durch die öffentliche Stimmabgabe leicht erfahren, weß Geistes Kind sie politisch sind." Dann heißt es weiter: „Sie werden des weiteren solche Wahlmänner, die vermutlich entgegenstimmen würden, so zu beeinflussen suchen, daß sie sich an der Wahl von Abgeordneten nicht beteiligen. Kurz, sie müssen auf die betreffenden Kreise einen Terrorismus ausüben, der so stark wie nur möglich ist. Die Tagespresse muß uns dabei zur Seite stehen. In jeder öffentlichen Versammlung muß diesem Terrorismus das Wort geredet werden. (Hört, hört! beim Zentrum.) Es gilt, ihn energisch durchzuführen."

Das sind keine Zentrumsbauern, sondern das ist eine Führerin der Sozialdemokratie, und die Weiber haben bekanntlich innerhalb der Sozialdemokratie so viel Recht wie die Männer, ja, ich glaube, manchmal sogar mehr! (Heiterkeit.)

Der Herr Abg. Kolb hat vorhin gesagt, es seien in den christlichen Gewerkschaften auch Sozialdemokraten. Damit ist ja gerade der Beweis erbracht, daß die christlichen Gewerkschaften neutral sind, daß jeder ohne Rücksicht auf seine politische Gesinnung darin unterkommen kann. Aber wie sieht es damit aus in den sozialdemokratischen, in den „freien" Gewerkschaften! Da habe ich eine Annonce, die im „Bauhilfsarbeiter", Nr. 43 vom Jahre 1907, erschienen ist; darin heißt es: „Lokalbeamter gesucht! — Der Zweigverein Breslau sucht einen Lokalbeamten, der die Geschäfte als erster Vorsitzender zu führen hat. Kollegen, welche sich um diesen Posten bewerben, müssen 5 Jahre unserem Verbande angehören und mindestens 3 Jahre Mitglied der sozialdemokratischen Partei sein. Ferner wird von dem Bewerber verlangt, daß selbiger eine tüchtige rednerische Kraft und überhaupt den Arbeiten, die dem ersten Vorsitzenden zukommen, gewachsen sein muß." Hier wird gerade darauf abgehoben, daß kein Anderer als ein Sozialdemokrat in eine führende Stellung kommen kann bei den freien Gewerkschaften.

Nun hätte ich mich noch mit einigen Worten mit dem Herrn Vorstand der Fabrikinspektion zu beschäftigen, der allerdings in den letzten Sitzungen nicht mehr anwesend war und auch heute nicht anwesend ist. Der Herr Fabrikinspektor hat es für besonders wichtig befunden, sofort zu berichtigen, was ich gesagt habe, daß nämlich im Fabrikinspektionsberichte lobend anerkannt sei, daß die christlichen Gewerkschaften oben im Wiesentale Fortschritte für die Arbeiter errungen haben. Er hat also gesagt, er habe damit der christlichen Gewerkschaft kein Lob aussprechen wollen, und er spreche überhaupt kein Lob aus, sondern er registriere nur. Ich nehme hiervon Kenntnis und erkläre offen, daß ich niemals mehr sagen werde, daß der Herr Fabrikinspektor jemals die christlichen Gewerkschaften, auch wenn sie noch so viel für die Arbeiter erringen, lobt. Wenn er aber die Tätigkeit des Abg. Dreesbach so hervorgehoben hat, wie wir es gehört haben, ist das doch auch ein Lob gewesen? Aber, wie gesagt, ich werde niemals mehr sagen, daß der Fabrikinspektor Dr. Bittmann die christlichen Gewerkschaften lobt, wegen ihrer Errungenschaften für die Arbeiterschaft. (Abg. Kolb: Sie werden auch nicht viel Gelegenheit dazu haben!)

Es ist dann von dem Abg. Geck gesagt worden, daß der Badische Eisenbahnerverband unter dem Protektorat der Zentrumspartei stehe. Es ist das das erste Wort, das ich davon erfahre, daß der Badische Eisenbahnerverband eine Zentrumsorganisation sein soll. Wenn ein Verband neutral ist, so ist es der Badische Eisenbahnerverband. Die Großh. Generaldirektion dürfte aber sicher zufrieden sein, wenn der Badische Eisenbahnerverband wirklich auf dem Boden der Zentrumspartei stehen würde (Lachen bei den Sozialdemokraten), denn dann wäre sicher, daß die Zahl der Sozialdemokraten bei der badischen Eisenbahnverwaltung nicht so groß wäre. Der Badische Eisenbahnerverband hatte früher einen Sekretär, der — ich erkenne das mit Freuden an — auch politisch für die Zentrumspartei tätig war. Ich glaube, es ist aber jedem Menschen erlaubt, seine politische Gesinnung zu verwerten. Aber er hat diese politische Gesinnung nicht innerhalb dieses Verbandes sondern nur in Wahlversammlungen betätigt. Nun hat der Verband aber diesen Sekretär nicht mehr, und von seinem Nachfolger habe ich bis jetzt nicht erfahren, daß er schon für die Zentrumspartei politisch tätig war. Wenn er das aber tun sollte, so würde mich das außerordentlich freuen, wir nehmen jeden gern auf, der unser Programm annehmen will.

Der Herr Abg. Geck hat gesagt, der Terrorismus würde auch auf unserer Seite geübt. Ich habe nicht jeden Fall nachprüfen können, seine Beweise scheinen mir nicht stichhaltig, aber ich fasse zusammen: Nieder mit dem Terrorismus, werde er geübt, wo er wolle! Und in diesem Sinne ist gerade von unserer Seite immer gesprochen worden, während wir von der anderen Seite, auf der sozialdemokratischen Seite gehört haben, wie ein über das andere Mal Zustimmungsrufe laut wurden, wenn ein besonders krasser Fall vorgelesen worden ist. Ich habe aber diese Fälle insbesondere deshalb vorgebracht, damit in dem Fabrikinspektionsbericht solche Sachen genau registriert werden. Ich glaube, dadurch sind wohl am ehesten diese Mißstände aus der Welt zu schaffen; denn wenn der Fabrikinspektionsbericht solche Fälle festnagelt, dann werden sich alle diejenigen, welche Terrorismus ausüben wollen, sich mehr davor scheuen.

Ich habe nun noch ein Wort auf die Ausführungen des Herrn Kollegen Pfeiffle zu erwidern, der gestern abend gesagt hat, es wäre von Zentrumsseite der Wunsch geäußert worden, daß die Unfallrenten von 20 und 25 Proz. abgeschafft werden sollen. Ich habe, anläßlich einer früheren Debatte, auf eine Rede des Herrn Kollegen Neck, der gewünscht hat, die Renten mit 10 Proz. sollen nicht mehr ausbezahlt werden, gesagt, die Leute bekämen so schon zu wenig, man solle daher das nicht auch noch abschaffen. Und wenn die von 10 Proz. bleiben sollen, dann werden wir vom Zentrum es doch nur begrüßen, wenn die von 20 und 25 Proz. auch bleiben.

Der Herr Kollege Venedey hat dann auf die Arbeitslosenversicherung hingewiesen und gesagt, daß ein Parteigenosse von ihm im Reichstag, der Herr Abg. Sonnemann, die Sache angeregt habe. Ich darf aber hier bemerken, daß der ausgesprochene Grundsatz ein alter, schon lange vorher auch auf Katholikenversammlungen behandelter ist. Darüber sind wir wohl alle einig, und es ist in dieser Beziehung ja auch kein Widerspruch laut geworden, daß wir in bezug auf die Arbeitslosenversicherung zusammenarbeiten wollen, damit endlich einmal der langersehnte Gesetzentwurf kommt. Der Großh. Regierung möchte ich empfehlen, im Bundesrat darauf hinzuwirken, daß die Vorarbeiten zu diesem Gesetz bald in Angriff genommen werden möchten (Beifall beim Zentrum).

Abg. **Hilbert** (natl.) verzichtet auf das Wort.

Abg. **Wittum** (natl.): Wenn ich Ihnen sage, ich bin gleich fertig, dann werden Sie in mein Versprechen gewiß keinen Zweifel setzen. Ich hatte mich im Anschluß an die Darlegungen des Herrn Vorstandes der Gr. Fabrikinspektion zum Wort gemeldet, um einige weitere Aufklärungen von ihm zu verlangen, weil ich seinen Vortrag nicht in allen seinen Teilen verstanden habe. Inzwischen habe ich aber den Amtlichen Bericht über seine Darlegungen genau gelesen und bin über diese einzelnen Punkte aufgeklärt worden. Ich kann nur sagen: Der gedruckte Bericht liest sich sehr schön, und ich kann im großen und ganzen diesen Ausführungen nur meine Anerkennung zollen.

Ich wollte mich sodann noch etwas über die seltene Tugend der Sparsamkeit verbreiten, allein von Sparen darf man in heutiger Zeit überhaupt nicht mehr reden, das ist nicht mehr modern, und deshalb schweige ich darüber (Heiterkeit).

Ich hatte weiterhin noch die Absicht, mich etwas eingehender mit dem sozialdemokratischen Terrorismus zu beschäftigen, allein jetzt fürchte ich, daß ich damit den Widerspruch und vielleicht mehrere lange Reden der Herren Kollegen aus der sozialdemokratischen Fraktion entfesseln würde. Das aber will ich bei der Geschäftslage dieses Hauses, nachdem wir uns schon in der zweiten Woche mit dem Gewerbewesen beschäftigen, unter allen Umständen vermeiden. Ich schließe deshalb meine Rede in der Ueberzeugung, damit der Großh. Regierung und dem Hohen Hause einen größeren Dienst geleistet zu haben als durch lange Ausführungen. (Heiterkeit und Beifall auf verschiedenen Seiten des Hauses.)

Abg. Dr. **Schneider** (natl.): Ich möchte eine Angelegenheit zur Sprache bringen, die für unsere badische Industrie, für unsern Handel, für unser Gewerbe, ja für unsere ganze badische Kreditwirtschaft von hoher Bedeutung ist: das ist die Frage der Aufrechterhaltung des Notenprivilegs unserer heimischen Notenbank, der Badischen Bank. Bekanntlich läuft das Privilegium der deutschen Notenbanken am 1. Januar 1911 ab; die Angelegenheit muß daher schon jetzt erörtert werden, denn da der nächste Landtag erst gegen Ende des nächsten Jahres zusammentreten wird, so könnte die künftige Volksvertretung ihre Stimme in dieser wichtigen Angelegenheit erst erheben, wenn sie bereits materiell entschieden ist. Unsere badischen Handelskammern erkennen die hohe Bedeutung dieser Frage; die Handelskammern in Mannheim und Karlsruhe haben sich bereits darüber geäußert, und es hat insbesondere die Handelskammer in Karlsruhe in ihrer Sitzung am 5. März dieses Jahres beschlossen, bei der Großh. Regierung die Erneuerung des Notenprivilegiums der Badischen Bank zu befürworten im Hinblick auf die Verdienste, welche sich die Bank seit ihrem Bestehen und besonders auch während der letzten Geldkrisis um den Handel und die Industrie Badens erworben hat. Es erscheint mir sehr zweckmäßig, daß auch die Volksvertretung in dieser Sache im Sinne der Aufrechterhaltung des Privilegs unserer heimischen Notenbank ihre Stimme erhebt, und ich bitte die Großh. Regierung, sich darüber zu äußern, welche Stellung sie in dieser Angelegenheit einnimmt.

Ich kann mich sachlich demjenigen, was die Handelskammer Karlsruhe zugunsten der Badischen Bank gesagt hat, nur durchaus anschließen. Die Reichsbank hätte bei der letzten schweren Geldkrisis ohne die Hilfe der Notenbanken kaum das leisten können, was sie tatsächlich geleistet hat, ihr Risiko wäre viel zu groß gewesen. Es war sehr gut, daß sie damals das Risiko mit den andern Notenbanken teilen konnte. Diese Teilung des Risikos kommt aber nicht nur der Reichsbank, sondern, wie jede

Konkurrenz von Großbanken untereinander, auch der Industrie und dem Handel, überhaupt dem geldsuchenden Publikum zugute. Für unsere heimische Notenbank spricht weiter, daß sie ausschließlich unserem Lande zugute kommt. Ich möchte daher die Großh. Regierung bitten, nicht nur dafür zu wirken, daß unsere heimische Notenbank überhaupt aufrecht erhalten wird, sondern insbesondere auch dafür, daß dies unter solchen Bedingungen geschieht, daß die Bank auch wirklich existenzfähig bleibt. Es ist ein anderes um die Existenzfähigkeit einer Notenbank eines großen Staates, wie Preußen oder Bayern, als um diejenige in einem kleinen Staate wie Baden. Wir haben in Industrie, Handel und Gewerbe ein solches Kreditbedürfnis, daß wir unbedingt Gewicht auf eine leistungsfähige Notenbank legen müssen. Zu den lästigen Beschränkungen rechne ich insbesondere auch die den Notenbanken auferlegten Beschränkungen der Diskontfestlegung gegenüber dem Diskontsatz der Reichsbank, die man seinerzeit für erforderlich hielt, um nicht durch die übrigen Notenbanken die Diskontpolitik der Reichsbank durchkreuzen zu lassen. Die Entwicklung unseres Bankwesens, insbesondere die Entstehung zahlreicher Großbanken mit enormen Grundkapital hat aber dahin geführt, daß unsere Notenbanken mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Kapital auf die Gestaltung des Privatdiskontes nur einen sehr beschränkten Einfluß ausüben können. Der Privatdiskontsatz wird im wesentlichen von den übrigen Großbanken an den großen Börsen nach Maßgabe des Geldmarktes gemacht.

Die Tätigkeit unseres Landesgewerbeamtes wird von Handwerker- und Gewerbekreisen durchaus günstig beurteilt. Es wird aber von ihnen bedauert, daß die Stellung des Landesgewerbeamtes gegen früher insofern eine Verschlechterung erfahren hat, als der Vorsitzende desselben nicht Sitz und Stimme im Ministerium erhalten hat. Früher war der Referent für Gewerbewesen im Ministerium, Herr Geh. Rat Braun, zugleich Vorsitzender des Gewerbeschulrates. In Handwerkerkreisen hat man daher die Auffassung, daß daraus, daß der Vorsitzende des Landesgewerbeamtes nicht zugleich Sitz und Stimme im Ministerium hat, nicht blos Weitläufigkeiten in der Geschäftsführung entstehen, sondern daß die Tätigkeit des Landesgewerbeamts überhaupt eine Abschwächung erfahre, indem der Vorsitzende des Landesgewerbeamtes bei den entscheidenden Sitzungen im Ministerium für die Anträge des Landesgewerbeamtes wieder seine Stimme in die Wagschale werfen, noch in der Lage sein kann, gegenüber abweichenden Auffassungen die Ansicht des Landesgewerbeamts persönlich zu vertreten. Bei der großen Bedeutung der in Betracht kommenden Fragen für das gesamte Gewerbe, bei den großen Kenntnissen und der reichen Erfahrung, die naturgemäß dem Vorsitzenden des Landesgewerbeamtes innewohnen müssen, wäre es nach der Auffassung sehr einsichtiger Handwerkerkreise, insbesondere meines Wahlkreises, durchaus wünschenswert, wenn der Vorsitzende des Landesgewerbeamtes Sitz und Stimme im Ministerium erhielte.

Die Neugestaltung des Submissionswesens ist seitens der beteiligten Handwerkerkreise begrüßt worden. Es wird dabei aber auch der Wunsch ausgesprochen, es möge das Ministerium darüber wachen, daß die Bestimmungen der Verordnung seitens der Baubehörden auch wirklich durchgeführt werden. Dagegen hat man es in Handwerkerkreisen durchaus bedauert, daß man den Handwerkern bei der Preisbemessung der zur Submission auszuschreibenden Arbeiten keinen Einfluß eingeräumt hat. Man hätte erwartet, daß das Ministerium ähnlich verfahren würde, wie dies in Hessen geschehen ist. In Hessen ziehen die Bauämter drei tüchtige Meister zu, um so im Benehmen zwischen Bauamt und Gewerbetreibenden wenigstens für die Unterhaltungsarbeiten amtlich festgesetzte Preisverzeichnisse zu gewinnen. Diese Preisverzeichnisse finden dann auch bei der Veranschlagung der zur Submission ausgeschriebenen Arbeiten sinngemäße Anwendung. Bei der Vielgestaltigkeit unseres wirtschaftlichen Lebens und den rasch wechselnden Preisen sind nach der Auffassung unserer Handwerkerkreise die Bauinspektionen kaum mehr in der Lage, der rasch wechselnden Preisentwicklung genau zu folgen. Besitzen wir doch nach dem seinerzeitigen Berlepschen Gesetzentwurf über die Handwerkerorganisationen etwa 76 Gewerbe, darunter 40 Hauptgewerbe. Wie ist es da möglich, immer genau Schritt zu halten? Sind aber die unserer Handwerker —, so sind unsere Handwerker eben unserer Handwerker — so sind unsere Handwerker eben einfach genötigt, zu ihrem Nachteil von diesen Preisen herunterzubieten, um die Arbeit zu erlangen.

Es ist auf eine aus Gewerbekreisen in Lahr ergangene Anregung von der Regierung die Anordnung getroffen worden, daß bei Ausschreibungen von Bauarbeiten die Arbeiten nicht nach Gesamtbranchen sondern nach Einzelbranchen zu vergeben seien, insbesondere sollen Maurer-, Zement- und Asphaltarbeiten getrennt vergeben werden. Es wird aber von den beteiligten Kreisen schwer empfunden, daß die kirchlichen Baubehörden, insbesondere auch im Bezirk Lahr, ihre Kirchen- und Pfarrhausbauten usw. in der früheren Weise ausschreiben. Ich möchte daher der Gr. Regierung die Bitte vortragen, ihren Einfluß gegenüber den kirchlichen Behörden in dem Sinne geltend zu machen, daß auch die kirchlichen Baubehörden bei ihren Arbeitsausschreibungen die neuen staatlichen Submissionsbedingungen zugrunde legen und namentlich ihre Arbeiten nach Teillosen und nach den Einzelbranchen, insbesondere was die Maurer-, Zement- und Asphaltarbeiten betrifft, ausschreiben. Angesichts der Unterstützung, die der Staat der Kirche zuteil werden läßt, und da ja die Kirchenbauten aus Mitteln ausgeführt werden, die durch die vom Staat eingeführte Kirchensteuer aufgebracht werden, dürfte es der Großh. Regierung nicht schwer fallen, ihren Einfluß auf die Kirchenbehörde im Sinne unserer Gewerbekreise auszuüben, zumal ich überzeugt bin, daß auch die Kirchenbehörden den Wunsch hegen, unseren Gewerbekreisen entgegenzukommen.

Ich habe bereits auf dem letzten Landtag den Wunsch ausgesprochen, daß das Landesgewerbeamt die Meisterkurse nicht nur in Karlsruhe sondern auch auswärts abhalten möge. Ich verstehe nicht, warum man diesem billigen, von zahlreichen Handwerkern geteilten Wunsch so wenig Rechnung trägt. Es wäre doch sachgemäßer, wenn ein Lehrer zur Abhaltung von Kursen in das Oberland und in das Unterland reiste, anstatt daß man 100 und mehr Handwerksleute aus dem ganzen Lande auf Wochen nach Karlsruhe kommen läßt. Wenn man auch jetzt den unbemittelten Handwerkern auf Grund einer bürgermeisteramtlichen Bescheinigung eine tägliche Vergütung von 1,70 M. zuteil werden läßt, so ist diese eben doch nicht ausreichend. Die kleinen Handwerker können eben nicht auf mehrere Wochen nach Karlsruhe reisen. Es wäre daher viel zweckmäßiger, die Kurse wandern zu lassen. Die Tatsache, daß man jetzt schon zwei und mehr Meisterkurse in einzelnen Branchen abhalten muß, beweist doch, wie groß das Interesse unserer Meister im Lande an diesen Meisterkursen ist. Es sehen sich jetzt schon einzelne Handwerkerorganisationen gezwungen, mit erheblichen Kosten und mit Unterstützung der Städte solche Meisterkurse auswärts abzuhalten. Z. B. soll in Freiburg

die Schuhmacherinnung einen solchen Meisterkurs abgehalten haben. Das ist aber nur in einzelnen Fällen, insbesondere bei besonders leistungsfähigen Organisationen und in größeren Städten möglich. Man sollte an diesen Meisterkursen auch schlechthin unsere Gesellen, insbesondere diejenigen, welche die Meisterprüfung gemacht haben, teilnehmen lassen. Denn gerade durch unsere Gesellen, welche doch die Stellen wechseln, werden die neuen Fortschritte und Betriebsarten draußen im Lande verbreitet.

Ich möchte sodann der Großh. Regierung dafür danken, daß sie es sich so angelegen sein läßt, das Genossenschaftswesen der Handwerker im Lande zu fördern, und ich möchte wünschen, daß diese Bestrebungen mehr Verständnis fänden, als das bis jetzt der Fall ist. Es ist doch eigentlich eine recht bescheidene Anzahl von Genossenschaften und ein recht kleiner Kreis von Handwerkern und Gewerbetreibenden die sich bis jetzt in solchen Genossenschaften zusammengefunden haben. Der Grund liegt meiner Auffassung nach darin, daß die jetzige Generation der Handwerker zu wenig kaufmännischen Sinn besitzt, und ich habe es daher freudig begrüßt, daß die Reichsregierung einen Gesetzentwurf vorgelegt hat, wonach die Haltung von Lehrlingen an die Ablegung der Meisterprüfung geknüpft ist. Dadurch werden unsere Handwerker mehr wie bisher dazu angeregt, sich der Meisterprüfung zu unterziehen, und sie werden in der Ausbildung für diese Prüfung auch in den kaufmännischen Zweigen mehr ausgebildet wie bisher.

Daß die Bedeutung des Genossenschaftswesens für den Handwerker- und Gewerbestand noch nicht genügend gewürdigt wird, ist im wesentlichen auch darauf zurückzuführen, daß die finanziell besser situierten und leistungsfähigeren Handwerker, auf die es doch bei der Gründung von Genossenschaften ankommt, zu sehr die Auffassung haben, sie fänden in einer Genossenschaft keine Förderung ihrer Interessen und würden sich nur eine Konkurrenz der minderbemittelten Kollegen heranziehen. Sie glauben, die Vorteile, die die Genossenschaft ihnen bietet, könnten sie durch eine stille Gesellschaft mit einigen anderen leistungsfähigen Kollegen erreichen. Es ist das aber eine irrige Auffassung; denn wenn auch die kapitalkräftigen, größeren Handwerker schon jetzt billiger einkaufen als ihre kleineren Kollegen, so werden sie eben bei der Genossenschaft wegen des noch größeren Bedarfs doch noch erheblich billiger einkaufen, und es wird ihnen namentlich auch die Warendividende für ihre größeren Bezüge zufließen.

Ich habe die Auffassung, daß unser Genossenschaftswesen übrigens für die Folge schon dadurch gefördert werden wird, daß die Entwickelung der Kartelle der Großindustrie und des Großhandels unsere Handwerker schon in gewerbliche Gegenorganisationen hineinzwingen wird. Wir haben jetzt schon nach der letzten Reichsenquete etwa 385 Kartelle. Das Publikum steht natürlich den Kartellen wehrlos gegenüber. Aber unsere Handwerker werden, ob gern oder ungern, in ihrem eigenen Interesse gegenüber diesen mächtigen Kartellen immer mehr Gegengenossenschaften gründen müssen. Was gewerbliche Genossenschaften in dieser Richtung leisten können, das beweist die Bäckergenossenschaft Süddeutschlands, die sich gegenüber dem mächtigen Preßhefering unserer großen Spiritus- und Preßhefe Gesellschaften zu helfen gewußt hat. Die badische, württembergische und elsaß-lothringische Bäckergenossenschaft hat in Mannheim eine genossenschaftliche Preßhefefabrik eingerichtet und hat es dadurch gegenüber dem Druck des Preßheferings ermöglicht, einen Einfluß auf die Preisgestaltung zum Vorteil unseres Bäckergewerbes zu erreichen. Das sollte auch auf die übrigen Handwerker anregend wirken, und ich möchte wünschen, daß unsere Handwerker bald zum vollen Verständnis der Bedeutung des Genossenschaftswesens gelangen möchten, und daß sie nicht erst ein weiterer Kartelldruck zu ihrem Nachteil erst zu spät in die Genossenschaft hineinzwingt (Beifall bei den Nationalliberalen).

Ministerialdirektor Geh. Oberregierungsrat **Weingärtner**: Es ist sehr dankenswert, daß seitens des Hohen Hauses die Anregung gegeben worden ist, für die Interessen unserer privaten Notenbanken einzutreten. Wir benützen gerne diese Anregung, um zum Ausdruck zu bringen, daß wir von jeher mit aller Entschiedenheit dafür eingetreten sind, unser privates Noteninstitut zu erhalten, und wir werden auch bei der Erneuerung des Privilegs mit Nachdruck darauf hinwirken, daß dieses Institut, welches sich in schweren Zeiten als sehr segensreich für unsere Handel- und Gewerbetreibenden erwiesen hat, erhalten bleibt, und zwar unter Bedingungen, welche ihm seine Existenz fernerhin möglich machen. Wenn auch unser Land klein ist und bei der außerordentlichen Entwicklung des privaten Bankwesens Einrichtungen nicht in dem Maße getroffen werden konnten, wie es etwa die bayerische Notenbank mit der Errichtung ihrer 81 Filialen getan hat, und wenn es der Badischen Bank auch nicht mehr möglich ist, wieder Agenturen und weitere Filialen einzurichten, so hat sie doch in anderer Weise dafür Ersatz geschaffen durch die Errichtung einer großen Anzahl von Pariplätzen im ganzen Lande, welche es unseren Handel- und Gewerbetreibenden ermöglichen, fast unter den gleichen günstigen Bedingungen, wie wenn dort eine Bankniederlassung wäre, ihre Wechsel zu diskontieren.

Die Anregungen bezüglich des Submissionswesens, welche von dem geehrten Herrn Vorredner gegeben worden sind, werden wir an das zuständige Ministerium der Finanzen weitergeben. Ich füge aber bei, daß ein großer Teil der Anregungen bereits erfüllt ist.

Was die Stellung des Vorsitzenden des Landesgewerbeamtes anlangt, so mache ich darauf aufmerksam, daß sich bis jetzt Schwierigkeiten in keiner Weise daraus ergeben haben, daß dieser Vorsitzende nicht mehr Mitglied des Ministeriums ist. Dieser Vorsitzende hat sein Bureau im gleichen Hause wie das Ministerium, und dadurch ist ein sehr leichter Verkehr ermöglicht, es kann jederzeit über etwaige Meinungsverschiedenheiten eine Aussprache stattfinden. Es ist aber auch ferner im Auge zu behalten, daß die Selbständigkeit dieser Stelle eine wesentlich größere ist, wenn der Vorsitzende nicht in Personalunion mit dem Ministerium steht, und es kommt ferner in Betracht, daß dadurch auch eine freiere Zwischeninstanz geschaffen worden ist, wodurch es leichter möglich wird, gegebenenfalls auch einmal eine Nachprüfung der Verhältnisse eintreten zu lassen. Ich glaube also, es kann bei der bisher bestehenden Organisation wohl belassen bleiben.

Abg. **Ihrig** (Dem.) verzichtet auf das Wort, behält sich aber vor, über die Verhältnisse der Gewerbe- und Handelslehrer in der Spezialdebatte zu sprechen.

Abg. **Pfefferle** (natl.): Es war meine Absicht, unter verschiedenen andern Angelegenheiten des Gewerbes und Handwerks auch ein Wort einzulegen für die Erwerbs- u. Wirtschaftsgenossenschaften nach Schulze-Delitzschem System, insbesondere für die Vorschuß- und Kreditvereine, welche in unserem Lande seit vielen Jahren zur Förderung des Handels und des Gewerbes, wie für die Landwirtschaft, auf dem Gebiete des Personalkredites eine segensreiche Tätigkeit entfaltet haben.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Allein nachdem der Wunsch herangetreten ist, daß die jetzige Generaldebatte baldigst zu Ende geführt werden soll, und anderseits eine Petition dieser Vereine wegen Aenderung der Besteuerung vorliegt, so will ich jene Beratung abwarten und heute auf das Wort verzichten.

Dabei verwahre ich mich aber ausdrücklich vor den möglicherweise außerhalb dieses Hauses durch diese Verzichtleistung herantretenden Vermutungen, als ob ich für das Gewerbe und das Handwerk nicht die gleichen warmen Interessen hege wie jene Herren Redner, welche in Längerem zum Wort gekommen sind.

Abg. **Gierich** (kons.): Dem löblichen Beispiele verschiedener Herren, die vor mir auf der Rednerliste standen, hätte auch ich gerne entsprochen, aber da ich zu der Interpellation über die Kohlennot das Wort genommen habe, sei mir gestattet, gleichzeitig auch noch einige andere Angelegenheiten zu berühren. Auf dem vorigen Landtag habe ich bei dieser Debatte an die Großh. Regierung den Antrag gerichtet, ob sie die Zeit nicht für gekommen erachte, wieder einmal eine Erhebung über die Lage des Handwerks zu veranlassen, ähnlich wie solche im Jahr 1885 stattfand. Der Zeitabschnitt seit damals ist ein großer, es haben sich seitdem auf allen Gebieten des volkswirtschaftlichen, gewerblichen und industriellen Lebens große Wandlungen vollzogen, und da wäre es interessant, in zuverlässiger Weise zu erfahren, inwieweit auch das Handwerk davon betroffen wurde, und wie die Gesamtverhältnisse hier sich darstellen.

Bei gleicher Gelegenheit habe ich auch angeregt, ob es nicht für zweckmäßig befunden werden möchte, für Lehrlinge und Handwerker einen Leitfaden über das, was von der Großh. Regierung für das Handwerk geschieht, ähnlich wie das in Württemberg bereits der Fall ist, herauszugeben. In dieser Hinsicht besteht in interessierten Kreisen noch große Unkenntnis. Der Herr Regierungsvertreter hat damals erklärt, es sei auch für Baden beabsichtigt, einen solchen Führer durch das Handwerk zu schaffen. Ich gestatte mir heute an die Großh. Regierung die Anfrage zu richten, was inzwischen nach beiden Richtungen geschehen ist.

In dem Geschäftsberichte der Handwerkskammer für Freiburg (Seite 160) finde ich die Bemerkung, daß die Handwerker glauben, für die Unfallversicherung mehr Beiträge aufbringen zu müssen, als ihnen nach Verursachung der Unfälle verhältnismäßig zukomme, daß sie also zugunsten der Großindustrie über Gebühr belastet würden. Diese Meinung ist mir auch schon anderwärts entgegen getreten, und glaube ich deshalb, es würde zur Beruhigung und zur Klärung beitragen, wenn die Großh. Regierung beim Reichsversicherungsamt dahingehende Erhebungen machen wollte.

Aus meinem Wahlkreis sind mir Wünsche zugekommen, die an dieser Stelle wohl besprochen werden dürften.

Ittersbach, im oberen Pfinztal, ist in seinem Erwerb außer auf die Landwirtschaft auf die Ausbeute seiner Steinbrüche angewiesen, es wird dort der rote Pfinztalsandstein gewonnen, der sich besonders zum Hauftein eignet und gerade hier in Karlsruhe auch gern verwendet wird. Durch die im Baugewerbe eingetretene Stockung sind nun auch diese Steinbruchbetriebe sehr in Mitleidenschaft gezogen, es fehlt seit längerer Zeit an den nötigen Aufträgen. Man hatte nun die Hoffnung auf den Karlsruher Bahnhofneubau gesetzt. Die Vergebungen dieser Arbeiten haben aber sehr enttäuscht. Bis jetzt seien, wie man mir sagte, zwar nur die Tiefbauarbeiten vergeben; aber gerade hierbei habe sich der Vorgang, den auch der Herr Kollege Kopf schon beklagte, wiederholt, daß nämlich sämtliche Arbeiten an eine Unternehmerfirma verdungen wurden. Diese Firma habe nun aber ihren Bedarf an roten Hausteinen zur Lieferung nach der Pfalz vergeben, und die Pfinztäler hatten das Nachsehen. Das wäre vielleicht noch zu ertragen, wenn gesagt werden könnte, daß die Pfälzer Steine besser als die Pfinztäler sind (aber das Umgekehrte ist der Fall, die Pfinztäler sind die besseren), oder wenn sonst irgendwo in den Städten der Umgegend eine nennenswerte Bautätigkeit herrschte; das ist indes nicht der Fall und die Folge davon ist, daß, wenn sonstwo eine derartige Arbeit zur Ausschreibung kommt, sich alles darauf stürzt, sie zu erhalten und, nur um beschäftigt zu sein, unglaublich niedere Preise eingibt, bei denen ein einigermaßen auskömmlicher Arbeitslohn nicht zu erzielen ist. Ich glaube, es dürfte sich empfehlen, in die Submissionsvorschriften die Bestimmung aufzunehmen, daß die Großunternehmer verpflichtet sein sollen, bei der Beschaffung ihrer Materialien in erster Linie heimische Gebiete zu berücksichtigen. Die Hauptlieferungen zum Karlsruher Bahnhofbau sind ja noch nicht ausgeschrieben, und es wäre nur zu wünschen, daß bei deren Vergebung die Interessen der eigenen Landesbewohner bessere Berücksichtigung fänden.

Das uns von der Großh. Regierung zugänglich gemachte Statistische Jahrbuch für das Großherzogtum Baden halte ich für ein sehr nützliches Werk. Wenn dieser Tage auch von einer Seite gesagt wurde, alle Statistik hinke, so kann man aber doch aus einer systematischen, durch mehrere Jahre fortgesetzten Zusammenstellung, wie sie uns dieses Buch gibt, die Dinge besser beurteilen und zuverlässigere Schlüsse ziehen, als es sonst möglich wäre. Einen Wunsch hätte ich dabei, daß das Jahrbuch jeweils tunlichst bis kurz vor der Zeit seines Erscheinens nachgeführt sein möge. Auf der Decke steht zwar 1906 und 1907, aber die Nachweise reichen bis zum Jahr 1905, bei manchen Tabellen nicht einmal soweit. Auch bei den uns zukommenden „Statistischen Mitteilungen" wache ich dieselbe Beobachtung. Es wurde erst neuerdings ein Heft „Jahrgang 1905" mit Vorgängen von 1904 übergeben! Wäre es nicht möglich, diese interessanten Arbeiten so zu fördern, daß jeweils auch der neueste Stand ersehen werden könnte?

Mit der Aufnahme unserer Interpellation über die Kohlennot seitens der Großh. Regierung und des Hohen Hauses können wir zufrieden sein. Aus allen Aeußerungen, die gefallen sind, ist zu entnehmen, daß die Mißstände, die im vergangenen Jahre in der Kohlenversorgung zutage getreten sind, voll anerkannt wurden und deren alsbaldige Beseitigung für dringend erforderlich gehalten wird. Der Weg hierzu mag ja schwierig sein, man hat sich aber zu lange davor gescheut, ihn zu betreten. Es ist aber sehr anzuerkennen, daß die Großh. Regierung alsbald diejenigen Maßregeln ergriffen hat, die nach Lage der Dinge von ihr ergriffen werden konnten, nämlich die Herabsetzung der Einfuhrtarife und derjenigen für den inländischen Verkehr überhaupt. Wir glauben aber, daß mit tarifarischen Maßregeln allein die Misere im Kohlenbezug nicht für die Dauer beseitigt werden kann, und vertrauen der Großh. Regierung, sie werde nach ihrer Erklärung, „wie bisher so auch künftig der volkswirtschaftlich so außerordentlich wichtigen Frage einer ausreichenden Kohlenversorgung zu angemessenen Preisen ihre stete Aufmerksamkeit zuwenden zu wollen", auch andern als den auf dem Gebiet des Tarifwesens liegenden Vorschlägen ihre Beachtung nicht versagen.

Ueber die Stellungnahme der Regierung bezüglich meiner weiteren Frage, wie und in welcher Weise der Staat seinen eigenen Bedarf an Kohlen beschafft, und ob

die Großh. Regierung nicht daran denke, der Erwerbung von eigenen Steinkohlengruben näher zu treten, eine besondere Anfrage einzureichen, wollen wir vorerst unterlassen, da ich hoffe, daß die mit dieser Frage gegebene Anregung trotzdem nicht ohne Beachtung bleiben wird. Ueber die angebliche Verteuerung der Kohlen durch etwaige Einführung der Schiffahrtsabgaben will ich mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit nur das betonen, daß diese Schiffahrtsabgaben wegen der Schwankungen in der Wasserfracht und des Preises des Produkts selbst als verteuernd gar nicht in Betracht kommen können.

Abg. Meyr-Lahr (natl.) verzichtet auf das Wort.

Abg. **Kolb** (Soz.): Die Vereinbarung unter den Parteien wegen der Verzichtleistung verschiedener Redner, die sich gemeldet haben, um die Verhandlungen abzukürzen, wurde von mir lebhaft unterstützt, und ich selbst habe zwei Parteigenossen veranlaßt, auf das Wort zu verzichten, wir haben aber sofort erklärt, daß wir diese Vereinbarung nicht aufrecht erhalten können, wenn der Herr Abg. Belzer seinerseits wieder eine provozierende Rede hält. Nun hat sich der Herr Abg. Belzer nicht verkneifen können, uns abermals in einer Weise zu provozieren, die eine Antwort nötig macht. Allerdings kann sie in sehr engen Grenzen gehalten werden, weil wir eben tatsächlich Rücksicht nehmen wollen auf die Länge der Zeit, welche die Gewerbedebatte in Anspruch genommen hat, und auch in Anbetracht dessen, daß sich derartige Geschichtchen immer wiederholen.

Der Herr Abg. Belzer hat zunächst in ganz eigenartigen Worten seiner Verwunderung darüber Ausdruck gegeben, daß der Herr Kollege Geck sechs Tage gebraucht hätte, um das Material zu sammeln. Wenn der Herr Abg. Geck nicht schon früher sprach, so ist das nicht aus diesem Grunde geschehen, das Material, das er vorbringen wollte, lag bereits vor, als der Herr Abg. Belzer hier gesprochen hat. Wir haben selbstverständlich auch noch andere Dinge zu tun, als die Lügen der christlichen Gewerkschaften und die Lügen aus München-Gladbach zu widerlegen und Material dagegen zu sammeln. Das ist ganz nebensächlich. Wenn aber der Herr Abg. Belzer kommt und hier diese Lügen verbreitet, dann sehen wir uns veranlaßt, dieselben zurückzuweisen. (Der Präsident rügt den Ausdruck, daß ein Abgeordneter Lügen verbreite.) Abgeordneter Dr. Schofer: Weisen Sie doch einmal nach, daß das eine Lüge ist!) Ich habe gesagt, daß das eine Unwahrheit ist, und die nennt man im gewöhnlichen Leben eine Lüge (Unruhe und Widerspruch im Zentrum). Ich will das sofort feststellen. Der Herr Abg. Belzer hat gesagt, er sei falsch informiert gewesen, er habe sich aber nachträglich besser informiert, und er müsse zugeben, daß einiges von ihm Vorgetragene falsch sei. Hier, Herr Belzer, haben Sie selbst etwas getan, was nicht ganz in der Ordnung ist. Sie konnten sich gar nicht informieren, Sie haben vom ersten bis zum letzten Fall nur vorgetragen, was in dieser Broschüre des Münchener christlichen Gewerkschaftskartells steht (Zwischenrufe im Zentrum), mit Ausnahme von dem, was Sie aus dem Bericht der Fabrikinspektion vorgetragen haben, und da sind Sie von dem Herrn Vorstand der Fabrikinspektion selbst berichtigt worden. Die Vorwürfe sind, soweit sie der ersteren Quelle entstammen, durchaus unwahr, es ist ein direkter Schwindel, die Tatsachen sind entstellt worden! In 90 von 100 Fällen sind diese Geschichten erlogen. Mein Kollege Geck hat ja schon gestern Gelegenheit genommen, das aus der „Volksstimme" Verlesene richtigzustellen und festzulegen, daß das direkte Gegenteil wahr ist. Hier habe ich den amtlichen Bericht, wonach Sie erklärt haben: „Durch einen Zwischenruf ist vorhin gesagt worden, daß dieser Terrorismus nur so in die Welt hinausposaunt werde, daß es in Wirklichkeit gar nicht so schlimm wäre." Darauf hat Ihnen der Abg. Kramer zugerufen, das Meiste sei Schwindel, und darauf fahren Sie fort: „Ob das Meiste Schwindel ist, werden Sie gleich sehen! Ich habe hier nur dreißig Gerichtsurteile, welche zusammengestellt sind, wo sozialdemokratische Terrorismusfälle bestraft worden sind. Ich will, um nicht die Zeit zu sehr in Anspruch zu nehmen, nur einige wenige zu Ihrer Kenntnis bringen." Dann behandeln Sie gleich den Fall, wo der Arbeiter Flügge von anderen Arbeitern totgeschlagen worden ist, das sei wieder ein Fall von Terrorismus, das seien wieder sozialdemokratische Arbeiter gewesen. Diese Angelegenheit ist durch Gerichtsurteil längst erledigt, schon im Reichstag ist wiederholt festgestellt worden und auch wiederholt in der sozialdemokratischen Presse, daß es sich um sechs ganz junge Leute von 18—20 Jahren gehandelt hat, die in einer Wirtschaft miteinander Streit bekommen haben, wobei dann der Arbeiter Flügge von einem anderen — er soll dem Transportarbeiterverband angehören — totgestochen worden ist. Daraus machen Sie dann einen Fall von Terrorismus. So machen es die christlichen Gewerkschaften trotz ihrer vielen Religion, die sie in den Kopf hineinbekommen, in 99 von 100 Fällen, und dann wird noch so und so viel hinzugelogen und hinzugeschrieben, es werden Broschüren verfaßt, und diese Geschichten gehen dann in Tausenden von Exemplaren hinaus. Es wird Spektakel gemacht und die Sache so hingestellt, als sei da von Sozialdemokraten Terrorismus ausgeübt worden! Ich will zugeben, daß Ausschreitungen manchmal in erheblicher Weise vorkommen, ich will sogar zugeben, daß Dinge vorkommen, die bestraft werden müssen, namentlich wenn diese Taten vorsätzlich ausgeführt worden sind. Aber wo kommen solche Ausschreitungen nicht vor? Was will es hier heißen, wenn bei diesen heftigen Kämpfen, die zu Hunderttausenden jedes Jahr vorkommen, ein Dutzend solcher Fälle passieren? Nehmen Sie einmal 100 oder 1000 Militärvereine zusammen, lassen Sie diese ein Fest feiern und sehen Sie dann, was dabei vorkommt! Aber wenn einmal bei den Sozialdemokraten solche Dinge sich ereignen, dann werden sie aufgebauscht, und es bleibt dann einem Arbeiter vorbehalten, sie hier im Landtag in entstellter Weise zum Gaudium der Gegner der Arbeiter auszuschlachten! Ich muß Ihnen, Herr Belzer, die Qualifikation absprechen, hier sich in dieser Weise als Arbeitervertreter zu gerieren. Sie waren viele Jahre Arbeiter, Sie sind aber erst seit 14 Tagen in einer Gewerkschaft organisiert, obwohl Sie das seit Jahren hätten sein sollen, Sie haben das nicht getan!

Präsident **Fehrenbach** (unterbrechend): Ich habe gestern schon darauf hingewiesen, daß es unzulässig ist, daß die privaten Angelegenheiten eines Abgeordneten hier in die Erörterung hereingezogen werden. Ich bitte den Redner, sich nach der Uebung des Hauses zu richten.

Abg. **Kolb** (fortfahrend): Ich bedauere, den Herrn Präsidenten zum Einschreiten veranlaßt zu haben, allein diese Dinge mußten einmal gesagt werden, da der Herr Abg. Belzer hier in dieser Weise sich als Arbeitervertreter zu gerieren versucht.

Der Herr Abg. Belzer hat dann gesagt, daß der „Volksfreund" Dutzende von Berichtigungen brächte. Was kann ich als Redakteur dafür, der ich von so und so vielen Korrespondenten Nachrichten bekomme und der ich sie immer auffordere, genau und richtig zu berichten? Solche Berichtigungen kommen bei vielen Zeitungen vor. das kommt in der Zentrumspresse auch vor. Bei der Zen-

trumspresse wird nur deshalb nicht so viel berichtigt, weil man es nicht für der Mühe wert hält, jede Lüge, die dort verbreitet wird, zu berichtigen. Da müßten wir jeden Tag Berichtigungen senden (Widerspruch im Zentrum). Verschiedene Kollegen haben neulich zu mir gesagt: Senden Sie doch dem „Badischen Beobachter", der mir eine vollständig unwahre Tatsache in den Mund gelegt hatte, eine Berichtigung. Ich habe es nicht getan, weil es mir zu dumm ist, darauf einzugehen. Solche Leute, die mich kennen, wissen, was ich gesagt habe, und solche, die es nicht wissen, namentlich Zentrumsleute, werden durch eine Berichtigung auch nicht belehrt.

Mit Recht ist hervorgehoben worden, daß der Terrorismus nicht bloß von sozialdemokratischer Seite sondern auch von christlicher Seite geübt wird, und daß da sehr schlimme Fälle von Terrorismus vorkommen. Ich will nur einen solchen Fall zu Ihrer Kenntnis bringen, an dem Sie wahrhaftig genug haben könnten. Dieser Fall stammt nicht aus einer sozialdemokratischen Zeitung sondern aus dem „Arbeiter", dem Verbandsorgan der süddeutschen katholischen Arbeitervereine. Dieses Blatt schreibt in seiner Nummer 2 des laufenden Jahrgangs wörtlich: „Frau Johann Graf hatte in Gemeinschaft mit der Hebamme Verwiang aus Steinbach und des Ackerers Johann Hoffmann am 2. Weihnachtsfeiertage von Dörsdorf aus ein Kind zur Taufe in die Pfarrkirche nach Thalerweiler (Saargebiet) gebracht. Die dazu benutzten Wagen hatten sie in der Gastwirtschaft Schmidt in Thalerweiler untergebracht. Als sie nach der heiligen Handlung zum Wagen zurückkehrten, trafen sie dort die 4 christlichen Gewerkschafter Heinrich M., Johann R., Bergmann K. und Knappschaftsältester B., die sofort mit Fragen über die Frauen herfielen: „Ist der Getaufte ein christlicher oder ein katholischer Fachabteiler?" Als die Frauen schließlich, weil der Vater Mitglied unseres Arbeitervereins und der Bergarbeiterfachabteilung ist, sagten, er sei wohl Fachabteiler, erklärten die christlichen Gewerkschafter nach einander folgendes: R.: „Dann sollten sie ihm, dem Täufling, lieber den Hals abschneiden." — Knappschaftsältester B.: „Sie sollten ihm den Hals zuhalten." — M.: Gebt mir doch das Kind einmal her, ich nehme es an den Beinen und schlage es mit dem Kopf gegen die Wand." — Bergmann K.: „Laßt es mich mal in die Augen gucken." Darauf: „Ja, es ist nicht mehr wert!" Die Frauen konnten sich und das Kind vor weiteren Beschimpfungen nur dadurch retten, daß sie schleunigst die Gastwirtschaft verließen." Und nun schreibt der „Arbeiter", er hätte das nicht für möglich gehalten, er habe sich aber an Ort und Stelle genau erkundigt und müsse zugeben, daß es auf Wahrheit beruhe.

Diesen Terrorismus üben christliche Arbeiter unter sich, die auf der einen Seite auf dem Standpunkt stehen, Fachabteilungen in katholischen Vereinigungen und auf der anderen Seite sogenannte christliche Gewerkschaften zu gründen. So bekämpfen sich diese untereinander. Das tun gutkatholische Leute, die das ganze Jahr in die Kirche laufen und jeden Tag mit dem Pfarrer in Berührung kommen!

Ich könnte diese Fälle zu Dutzenden erweitern, aber es hat ja keinen Zweck, hier im badischen Landtag diese Dinge in extenso tagelang zu behandeln, wo Jedermann, der sich mit solchen Fragen beschäftigt, weiß, daß sie überall vorkommen können, und daß Sie auf jener Seite gar keinen Anlaß haben, sich besonders in die Brust zu werfen und Andere des Terrorismus anzuklagen. Wenn Sie, Herr Kollege Belzer, gewerkschaftlich organisiert gewesen wären und jemals Gelegenheit gehabt hätten, einen solchen Kampf mitzumachen, dann hätten Sie das garnicht getan, was Sie getan haben; Sie hätten das nicht übers Herz gebracht als Arbeiter. Das kommt nur daher, weil Sie selber gar keine Erfahrung in solchen Dingen haben und glaubten, nach außen den Anschein erwecken zu müssen, als wären Sie Wunder was für die Interessen der Arbeiter eingetreten. Und die Zentrumspresse hat das Nötige besorgt und hat hinausposaunt, was Sie für einen kolossalen Triumph erlebt und welche Niederlage wir erlebt hätten, wie das eben jeden Tag in der Zentrumspresse gemacht wird.

Sie haben wiederum einen Fall angeführt: Frau Ottilie Baader soll ein Flugblatt verfaßt haben, worin steht, daß man die Wirte, Metzger usw. boykottieren solle. Ich kenne dieses Flugblatt nicht, ich weiß nicht, woher es stammt. Wenn es aber tatsächlich da ist, so ist es jedenfalls in Preußen durchaus erklärlich, wenn in Preußen, nachdem die Regierung gar keine Miene macht, das Wahlrecht abzuändern, zu solchen Mitteln gegriffen wird. Wenn damit der Terrorismus von oben herunter bekämpft wird, so ist das verständlich. Ich persönlich verteidige derartige Mittel nicht, weil ich es nicht für notwendig halte, mit derartigen Mitteln im Kampfe zu operieren. Aber wenn Sie von solchen Dingen sprechen, dann erinnere ich Sie an den Terrorismus, der Jahr aus Jahr ein von Ihrer Seite geübt wird, wo Sie die Mehrheit haben. Treiben Ihre Geistlichen uns nicht Jahr aus Jahr ein die Wahllokale ab? (Widerspruch im Zentrum). Was machen Sie in der Beichte? (Lebhafte Entrüstung im Zentrum). Ja, Sie haben es da sehr gut! Der Geistliche darf natürlich nichts sagen, und was die Beichtlinge sagen, das wird einfach bestritten! Und damit ist für Sie die Sache erledigt, für uns aber nicht! Ich bin auch katholisch gewesen und weiß, was da passieren kann und wie einem da in manchen Dingen ins Gewissen geredet wird. Tatsache ist, daß in der Beziehung Terrorismus geübt wird. Ich erinnere auch an das Rundschreiben Wackers wegen Verbreitung der Presse. Das sind auch Terrorismusfälle unter dem Gesichtspunkte betrachtet, wie Sie das im badischen Landtag tun.

Den Mannheimer Fall will ich kurz abtun. Was Herr Kollege Belzer hier vorgebracht hat, war jedenfalls zum großen Teil entstellt.

Ich will dartun, wie die Dinge in Wirklichkeit liegen, Sie wissen es ja nicht, Herr Kollege Belzer, weil Sie keine Erfahrung darin haben. Weitaus die meisten christlichen Gewerkschaften entstehen dort, wo das Gebiet hauptsächlich mit katholischer Bevölkerung durchsetzt ist; da haben Sie leichtes Spiel. Wo aber die freien Gewerkschaften vorgedrungen sind, entstehen christliche Gewerkschaften immer erst, wenn ein Lohnkampf ausbricht. Da kommen die christlichen Agitatoren und organisieren die Streikbrecher! Da ist natürlich sofort der Zwiespalt da und er bleibt Jahre lang, bis endlich durch ein geschicktes Vorgehen eine gegenseitige Verständigung herbeigeführt wird. Wenn aber solche Dinge passieren (und sie passieren massenhaft, in München, in Karlsruhe, überall), dann wird über Terrorismus geklagt. Da sind 6 oder 7 Schneider auf der einen Seite und 400 oder 500 Organisierte auf der anderen Seite, und diese 7 Leutchen maßen sich dann an, daß die 400 nach ihrer Pfeife tanzen sollen. Wenn nun die frei Organisierten sagen: Ihr habt Euch uns zu unterwerfen, wir führen die Sache, wir werden dafür sorgen, daß die Interessen der Arbeiter richtig vertreten werden, dann tun sie doch nichts Schlimmes. Aber die Christlichen gehen und brechen uns den Streik, sie treten in die Arbeit ein und schreiben Briefe, wie wir es erlebt haben. Hintennach kommen sie und nehmen die Sache allerdings zurück; aber mittlerweile ist die Angelegenheit in die katholische Presse übergegangen, es wird über Terrorismus geklagt,

und selbst wenn die Nachricht von den Christlichen selbst als Unwahrheit widerlegt wurde, wird es doch immer wieder weiter verbreitet.

Damit will ich die Sache bewenden lassen und nur noch eines bemerken. Sie (zum Zentrum) arbeiten mit dem Vorwurf des Terrorismus, noch vor 6 Jahren haben Sie mit anderen Vorwürfen gearbeitet. Da waren es unsere hohen Beiträge, die Mittel, die wir für unsere Beamten, für die Agitation, für die Zeitungen ausgegeben haben, und nachdem Sie uns alles das bis ins Kleinste nachgeäfft haben, um auch Anklang zu finden, und nachdem Sie selbst verhältnismäßig mehr Beamte anstellen müssen als wir, um agitieren zu können, weil Ihre Fassungskraft gering ist in gewissen Gegenden, nun sind auf einmal diese Vorwürfe alle verstummt! Davon hört man jetzt nichts mehr, daß die Arbeitergroschen verpraßt werden. Jetzt ist es der Terrorismus, und wenn noch ein paar Jahre herum sind und dadurch, daß die Christlichen gezwungen werden, mit uns zu kämpfen, wie es jetzt bei dem Berliner Bauarbeiterstreik der Fall ist, sie sich mit uns verständigt haben und von ihrer Seite nicht mehr die Geschäfte des Zentrums besorgt werden, dann hört das auch auf. Es muß ja auch so kommen! Die Arbeiter müßten ja töricht sein, wenn sie noch weiter jahrelang sich zu Waschlappen der Zentrumspartei hergeben würden wie bisher. Daran hat nur die Zentrumspresse und haben nur die von der Zentrumspartei abhängigen Agitatoren der christlichen Organisationen ein Interesse; aber die nichtchristlichen Arbeiter haben die feste Ueberzeugung, daß die christlichen Arbeiter und die anderen sich verständigen werden, u. was in meiner Kraft liegt, in der Richtung zu wirken, das werde ich tun. Diese Streitigkeiten kommen auch nicht von den Arbeitern selbst, denn das sind die Irregeführten, sondern von den bezahlten Agitatoren, die ein Interesse an diesen Streitigkeiten haben; denn wenn diese Streitigkeiten aufhören, dann haben sie ihre Rolle ausgespielt, dann kommen andere Leute an die Spitze, die etwas mehr leisten können und auch leisten müssen als diese Leute, die mit diesen Lügen seit Jahren hausieren und krebsen gehen.

Herr Abg. Belzer hat gefragt: Was ist in Kevelaer übrig geblieben? Haben Sie nicht den Mut, zuzugeben, daß genug übrig geblieben ist, um zu zeigen, daß von Ihrer Seite mindestens dasselbe geschieht wie von unserer Seite Weil einer der Angeklagten freigesprochen worden ist und die anderen nicht wegen Mordversuchs sondern nur wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung verurteilt wurden, deshalb soll nichts vorgekommen sein, was etwa als Beweis dienen könnte, daß von Ihrer Seite Terrorismus geübt wird! Wenn ich Geschworener gewesen wäre, hätte ich meine Stimme auch nicht dafür gegeben, daß ein Arbeiter wegen etwas derartigem zu schwerer Zuchthausstrafe (und eine solche hätte ausgesprochen werden müssen, wenn man die Leute des Totschlagsversuchs schuldig gesprochen hätte) verurteilt wird. Ich hätte nur dafür plädiert, daß sie einen Denkzettel bekommen; denn ich habe auch die Ueberzeugung, sie haben nicht absichtlich einen Totschlagsversuch gemacht, sondern die Tat ist ohne Ueberlegung geschehen, es ist ein Fehler gemacht worden, wie sie leider bei solchen Bewegungen oft vorkommen. Aber Sie kommen sofort und sagen: „Was ist übrig geblieben? Gar nichts ist übrig geblieben, die Leute sind ja nur wegen Sachbeschädigung verurteilt worden!“ Das ist so die Methode von München-Gladbach! Dort werden die Herrschaften geradezu auf diese Methode dressiert und auf die Methode, solche Flugblätter zu schreiben, wie es hier von dem Münchener Gewerkschaftskartell geschehen ist! Das ist das, was wir die München-Gladbacher Lügenfabrik nennen! So wird es gemacht, und so wird es auch im politischen Leben gemacht! So hat man es meinem Kollegen Rösch gemacht, und so macht man es mir! Und wenn man ertappt wird, so sagt man: Das ist ein Druckfehler gewesen, damit ist die Sache erledigt, am anderen Tage aber bringt man wieder ganz die gleichen Lügen! Wenn man sich jeden Tag dagegen mit einer Berichtigung wehren wollte, dann hätte man überhaupt gar nichts Anderes zu tun, als Berichtigungen an die Zentrumsblätter zu senden. Aber wir brauchen unsere Zeit besser, wir können sie nicht bloß damit verbringen!

Zum Schlusse noch etwas, wovon der Herr Abg. Belzer, wie es scheint, auch nicht unterrichtet ist. Das betrifft die Kürzung oder den Wegfall der kleinen Renten. Da haben die Vertreter der Zentrumsfraktion in der Petitionskommission des Reichstages etwas gesagt, wovon der Herr Abg. Belzer, wie es scheint, auch nichts gehört hat. Bei der Verhandlung über eine Petition aus Landwirtschaftskreisen, die Renten zu kürzen und die kleinen überhaupt zu beseitigen, da war es allerdings der Arbeitervertreter Giesbert, der ganz entschieden dagegen aufgetreten ist; aber die übrigen Zentrumsmitglieder waren dafür, daß diese Petition der Regierung als Material überwiesen wurde! (Abg. Schmuck: Und die Anderen? [auf die Nationalliberalen weisend]). Je nun, die Herren machen ja auch Alles Derartige mit. Da hat sich auch wieder einmal der Gegensatz zwischen Kapitalismus und Proletariat in der Zentrumspartei gezeigt! Der Abg. Belzer ist über diesen Fall nicht unterrichtet. Es zeigt sich hier, wie in vielen anderen Dingen, daß katholische Arbeiter beim besten Willen mit dem Zentrum keine Arbeit machen können, wie sie im Interesse der Arbeiter geleistet werden muß. Da scheiden sich die Gegensätze, sobald die große prinzipielle Frage in Erscheinung tritt. Und wenn Sie (zum Zentrum) auch heute noch mit Mühe und Not die Dinge überkleistern und mit Geschrei über angeblichen Kulturkampf Eindruck zu machen suchen, so werden Sie doch niemals die Arbeiter von ihren großen Gesichtspunkten ablenken! Die Zeit wird kommen, wo Ihre Kunststücke bei den katholischen Arbeitern nicht mehr ziehen, und dann wird kein Abg. Belzer mehr in den Badischen Landtag gewählt werden, um als Arbeiter derartige Konflikte breitzutreten und zu beweisen, welches Interesse er an der sozialpolitischen Debatte im Badischen Landtage hat! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Direktor des Landesgewerbeamtes Geh. Regierungsrat Dr. **Cron**: Es sind im Laufe der Debatte wiederholt auf dem Gebiete der Gewerbeförderung, auf Gebieten, welche speziell zu der Tätigkeit des Landesgewerbeamtes gehören, Anregungen gegeben worden, und ich nehme deshalb Veranlassung, auf die verschiedenen Wünsche und Anträge etwas näher einzugehen.

Es ist zunächst seitens des Herrn Berichterstatters Neuhaus, dem ich namens des Gewerbeamtes für die wohlwollende Auffassung in seinem Berichte den verbindlichsten Dank abstatte, hervorgehoben worden, es solle in dem neuen Landesgewerbeamtsgebäude, das im Laufe der Zeit erstellt werden wird, jedenfalls wieder eine Ausstellung eingerichtet werden, man solle aber dann die Ausstellung etwas moderner als die jetzige gestalten und einen häufigeren Wechsel der Ausstellungsgegenstände, als dies jetzt geschieht, vornehmen. Wir haben die Ausstellung, wie sie früher bestanden hat, vor jetzt etwa anderthalb Jahren vollständig umgestaltet, so daß sie jetzt gegen früher ein wesentlich moderneres Bild bietet. Ich will damit nun allerdings keineswegs sagen, daß sie schon allen Ansprüchen genügt, welche man an eine moderne Gewerbeförderungsanstalt zu stellen berech-

tigt ist, aber jedenfalls ist sie sehr viel besser und zweckmäßiger, als sie früher war. Wir sind vollständig davon abgekommen, die auszustellenden Sachen anzukaufen, sondern beschränken uns darauf, den im Eigentum der Aussteller verbleibenden Sachen einen Platz in der Ausstellung anzuweisen und die letztere dadurch stets auf modernem Stand zu erhalten, daß wir überall in den Fachzeitschriften darnach Ausschau halten, wo etwas Neues empfohlen wird, die empfohlenen Sachen prüfen, und, wenn diese Prüfung die Ausstellungswürdigkeit ergibt, die Fabrikanten oder Händler auffordern, die Gegenstände in unserer Ausstellung zur Schau zu stellen. Dadurch erhalten wir stets eine große Anzahl ganz moderner Sachen. Der Wechsel der Ausstellungsgegenstände wird ein sehr viel schnelleres Tempo, als er jetzt hat, auch später nicht einschlagen können, denn man muß den Fabrikanten, die auf Absatz der Gegenstände hoffen, Gelegenheit geben, ihre Sachen ein viertel oder ein halbes Jahr, ausnahmsweise auch noch länger bei uns unterzubringen. Die Ausstellung ist mit gewissen Kosten für die Fabrikanten verknüpft. Jedenfalls werden wir uns bemühen, die Ausstellung auf dem modernen Standpunkt, auf den wir sie jetzt gebracht haben, zu erhalten.

Wenn man freilich eine gewerbliche Ausstellung sieht wie die der Rheinischen Gewerbeförderungsanstalt in Cöln, beschleicht einen ein gewisser Neid. Es ist zu hoffen, daß wir später auch in der Lage sein werden, hinsichtlich unserer Ausstellung mit anderen großen Anstalten zu konkurrieren.

Es hat dann der Herr Abg. Görlacher davon gesprochen, daß die ausgestellten Maschinen auch von Zeit zu Zeit in Betrieb gesetzt werden sollten, und daß die Zeit in welcher diese Inbetriebsetzung erfolgt, bekannt gegeben werden sollte. Ich kann darauf nur erwidern, daß die Inbetriebsetzung der Maschinen, und zwar so ziemlich aller, die sich überhaupt zur Vorführung im Betriebe für unsere Verhältnisse eignen, im Sommer einmal und im Winter zweimal wöchentlich geschieht. Sie geschieht an jedem Sonntag, damit besonders auch die Leute, die von auswärts kommen, Gelegenheit haben, die Maschinen im Betriebe zu sehen; im Winter geschieht sie auch an den Freitagabenden, was wir jeweils noch besonders bekannt machen. Die bezügliche Bekanntmachung erfolgt mehrmals in der „Gewerbezeitung", dann auch in dem Organe des Landesverbandes der Badischen Gewerbe- und Handwerkervereinigungen. Des weiteren bringen wir von Zeit zu Zeit Berichte über die neuen Zugänge der Ausstellung und versehen diese mit einem Vordruck, worin die Zeiten, zu welchen die Inbetriebsetzung erfolgt, angeführt sind. Diesen Berichten verschaffen wir in den Tageszeitungen tunlichste Verbreitung. Allerdings wird die Anregung des Herrn Abg. Görlacher immerhin noch Früchte tragen können, wir werden dafür sorgen, daß man im Karlsruher Adreßbuch einen Vermerk hierüber findet, und daß eine entsprechende Notiz in dem Verzeichnis der Karlsruher Sehenswürdigkeiten, die von Zeit zu Zeit in den Karlsruher Organen veröffentlicht wird, aufgenommen wird.

Ich füge übrigens bei, daß in allen Fällen, in welchen Interessenten den Wunsch hegen, eine Maschine in Betrieb zu sehen, auch außerhalb der übrigen Besuchszeiten eine solche Inbetriebsetzung bereitwillig stattfindet.

Der Herr Abg. Vogel hat den Wunsch ausgesprochen, es möchten noch mehr Spezialausstellungen veranstaltet werden, die auch anderen Städten zur Verfügung gestellt werden. Das ist ein sehr beachtenswerter Wunsch, dem wir übrigens schon bisher, soweit als möglich, entsprochen haben. Wir haben z. B. eine Ausstellung für Spiritus- und Petroleumglühlicht veranstaltet und diese sodann auch der Mannheimer Handwerkskammer zur Verfügung gestellt; sie hat auch, wie ich weiß, dort guten Anklang gefunden. Wenn wir wieder derartige Ausstellungen veranstalten, was beabsichtigt ist, sind wir je nach den Umständen gerne bereit, sie auch an anderen Orten vorzuzeigen. Es sind damit aber immerhin einige Schwierigkeiten und Kosten verknüpft. Es müssen an den Orten, wohin die Sachen geschickt werden sollen, geeignete Lokale dafür zur Verfügung stehen, es muß dort für Aufsicht und Ueberwachung gesorgt und für Instandhaltung und Inbetriebsetzung der Objekte Sorge getragen werden.

In letzter Zeit haben wir eine in dieses Gebiet gehörige Einrichtung wieder aufgegriffen, die vor längeren Jahren schon von der ehemaligen Landesgewerbehalle gepflegt wurde; wir schicken nämlich die neueren Instrumente, Werkzeuge und Arbeitsbehelfe, die in unserer Ausstellung vorgeführt werden und die sich zum einfachen Transport eignen, ins Land hinaus und lassen durch einen Sachverständigen, in der Regel durch den technischen Beamten des Landesgewerbeamtes Abteilung I darüber Vorträge halten: die Werkzeuge usw. werden dabei den Leuten zunächst einmal in die Hand gegeben, so daß sie sie selber genau ansehen und beurteilen können, sodann wird der Nutzen, der Zweck und der Fortschritt des Werkzeugs noch des näheren erläutert. Derlei Vorträge haben bisher sehr guten Anklang gefunden und werden auch in der nächsten Zeit noch da und dort abgehalten werden.

Die Herren Abgg. Görlacher und Vogel haben auch über die Meisterkurse gesprochen, und es hat mich gefreut, daß sie dieser Einrichtung Anerkennung gezollt haben. Wir haben lange daran herumlaboriert, wie wir den Handwerkern überhaupt das Bestehen und den Zweck der Meisterkurse und das darin Gebotene zur Kenntnis bringen könnten, denn es ist geradezu merkwürdig, wie absolut unerreichbar oft der kleine Handwerker draußen im Lande für unsere Bestrebungen ist, er liest oft gar keine Zeitung, hat oft auch kein großes Interesse an den Sachen, die ihn doch zunächst angehen, so daß es uns oft mit dem besten Willen nicht möglich ist, die Förderungsmittel, die die Regierung den Leuten bietet, ihnen überhaupt nur zur Kenntnis zu bringen. (Sehr richtig!) Neuerdings aber haben wir in dieser Beziehung dadurch einen Fortschritt erzielt, daß wir uns, und zwar im breitesten Rahmen, an die gewerblichen Vereine, die Fachvereinigungen, Genossenschaften und Innungen gewendet und diese gebeten haben, landauf, landab für das Bekanntwerden der Meisterkurse zu sorgen. Dieses Vorgehen hat außerordentlich viele Anmeldungen zur Folge gehabt. Während wir im Winter 1906/07 186 Anmeldungen und 55 Kursteilnehmer hatten, zählen wir im laufenden Winter bisher nahezu 400 Anmeldungen und 199 Teilnehmer, also mehr als dreimal so viel als im letzten Jahre. Das hat nun allerdings die unangenehme Folge gehabt, daß die Sache etwas kostspieliger geworden ist, als vorherzusehen war; infolgedessen haben wir; da die für diesen Zweck der Gewerbeförderung bestimmten Mittel ausgingen, notgedrungen bremsen und drei Kurse, für die die Anmeldungen ohnehin zum Teil weniger zahlreich waren, ausfallen lassen müssen. Im nächsten Jahre werden wir nun unter allen Umständen für jeden einzelnen überhaupt in Betracht kommenden Gewerbezweig nur einen einzigen Kurs abhalten und davon absehen, Doppelkurse oder Wiederholungskurse zu veranstalten, wie wir das bisher bei besonders zahlreichen Anmeldungen getan haben. Diese Minderung ist freilich zu bedauern, vielleicht gelingt es aber auch, in den anderen Budgetpositionen Ersparnisse zu machen, die dann für die Meisterkurse Verwendung finden können.

Im allgemeinen werden die Grundsätze, nach denen wir bisher bei Einrichtung und Abhaltung der Meisterkurse verfuhren, unvermindert bleiben. Wir werden uns auf die kleineren Kurse von 1 bis 4 Wochen beschränken und von langen Kursen mit einer Dauer bis zu drei oder mehr Monaten absehen. Wir verfolgen bei unseren Kursen im allgemeinen einen anderen Zweck, als dies anderwärts geschieht. Wir wollen die Meister und älteren Gesellen in denjenigen Techniken ausbilden, zu deren Erlernung sie während der Lehre keine Gelegenheit gehabt haben, wobei insbesondere technische Neuerungen oder Spezialitäten in Betracht kommen. Demgegenüber verfolgt man in Preußen und Oesterreich mit den langen Meisterkursen daneben noch den Zweck, einen Teil dessen nachzuholen, was die Teilnehmer in der Lehre hätten lernen müssen. Allerdings werden auch wir dazu übergehen müssen, einzelne Kurse, die besonders schwierige Materien behandeln, etwas länger auszudehnen, als das bisher geschehen ist; darin ist in diesem Frühjahr beim Maler- und Schneiderkurs der Anfang gemacht worden.

Der Herr Abg. Görlacher hat über die wenig günstige Beschaffenheit der Räume geklagt, in welchen die Meisterkurse stattfinden. Das ist ein Bedauern, dem die Berechtigung nicht abzusprechen ist und das wir selbst am meisten empfinden. Es wird aber, wie der Herr Präsident des Ministeriums des Innern bereits mitgeteilt hat, vielleicht eine bauliche Veränderung in unserem Dienstgebäude vorgenommen, die es ermöglicht, auch schon vor Erstellung eines neuen Landesgewerbeamts den Meisterkursen etwas bessere Unterkunft zu bieten.

Der Herr Abg. Schneider hat befürwortet, daß auch auswärtige Meisterkurse abgehalten werden. Ich kann hierauf erwidern, daß ein Anfang damit bereits gemacht ist. Es ist für das laufende Jahr ein Schnitzereikurs in Furtwangen und ein Meisterkurs für Buchbinder in Freiburg vorgesehen, für letzteren liegen schon zahlreiche Anmeldungen vor; es wird im Laufe der Zeit noch da und dort ein derartiger Kurs auswärts veranstaltet werden können. Derartige Kurse wurden auch schon an Gewerbeschulen angegliedert. So ist es in Baden mit einem Schuhmacherkurs, in Karlsruhe mit einem Schneiderkurs usw. gehalten und gute Erfolge erzielt worden. Diese Kurse haben übrigens eine etwas andere Einrichtung als jene des Landesgewerbeamts; sie finden nämlich bloß abends statt; besonders soll es sich bei dem Schuhmacherkurs in Baden bewährt haben, daß der Meisterlehrer, der den Unterricht gab, untertags auf Wunsch die Werkstätten aufsuchte und den Kursteilnehmern während ihrer Arbeit über einzelne praktische Fragen des Gewerbes Auskunft erteilte.

Ich komme nun auf das Schmerzenskind des Landesgewerbeamtes, auf unser amtliches Organ, die „Badische Gewerbezeitung". Der Herr Abg. Wiedemann hat davon gesprochen, daß das Organ des Landesverbandes der badischen Gewerbe- und Handwerkervereinigungen, die „Badische Gewerbe- und Handwerkerzeitung" und die „Badische Gewerbezeitung" sich gegenseitig Konkurrenz machen und daß keine so recht lebensfähig sei; er hält deshalb eine Verschmelzung der beiden Zeitungen für wünschenswert und hat angefragt, ob eine Vereinigung in Aussicht stehe. Die Redaktion der „Badischen Gewerbezeitung" hat eine außerordentlich schwierige und undankbare Aufgabe. Wir statten unsere Zeitung zwar nach Kräften literarisch und zeichnerisch aus, haben einen Stamm tüchtiger Mitarbeiter und die Veröffentlichungen, die in der Zeitung enthalten sind und die sich auf alle Gebiete, die dem Handwerker Interesse bieten könnten, erstrecken, finden fast durchgängig volle Anerkennung. Wir bekommen sehr häufig von Fachblättern und gewerblichen Zeitschriften Bitten um Erlaubnis zum Abdruck von Artikeln und um Ueberlassung von Klischees aus unserer Zeitung, wir haben auch außerhalb unseres Landes manchen langjährigen und treuen Abonnenten unseres Blattes, und es ist auch bei ruhiger Würdigung desselben zweifellos zuzugeben, daß es den Lesern aus dem Gebiet der Volkswirtschaft, der Technik und des Kunstgewerbes, in Standes- und Berufsangelegenheiten usw., viel Interessantes und Neues bietet. Aber es ist überhaupt die Wahrnehmung zu machen, daß derlei allgemein gehaltene Blätter nicht den Anklang wie eine Fachzeitung finden, und das ist ja auch durchaus verständlich. Eine Fachzeitung kann natürlich dem speziellen Gewerbe, dem sie dient, viel mehr bieten als eine Zeitung, die für alle Gewerbe gleichmäßig bestimmt ist; außerdem ist aber unser Handwerker durchschnittlich überhaupt kein Freund des Lesens; das ist sehr zu bedauern, denn daraus resultiert häufig ein Mangel an der Kenntnis auch der nötigsten Dinge, wie man ihn gar nicht für möglich halten sollte.

Es besteht deshalb, und da das Organ des Landesverbands unter den gleichen Schwierigkeiten leidet, in der Tat die Absicht, eine Verschmelzung der beiden Blätter in die Wege zu leiten, das vom Landesgewerbeamt und dem Landesverband gemeinschaftlich herauszugebende Blatt soll sämtlichen Mitgliedern der gewerblichen Vereine als Verbandszeitung geliefert werden und ist ihm damit die weiteste Verbreitung gesichert. Es haben darüber auch schon Verhandlungen stattgefunden und das Landesgewerbeamt hat im Benehmen mit den Vertretern des Landesverbandes ein vorläufiges Programm für die Vereinigung der beiden Blätter aufgestellt.

Ich komme nunmehr zu den Lehrlingswerkstätten und damit auf ein Gebiet, das hier mehrfach berührt worden ist. Zunächst hat der Herr Abg. Görlacher den Vorschlag gemacht, man solle überhaupt keine Lehrlingswerkstätten mehr errichten, sondern den jungen Männern, die Lust zum Handwerk haben, finanziell unter die Arme greifen. Der Herr Abg. Vogel hat die Frage aufgeworfen, ob nicht im Hinblick auf die kleine Zahl der Lehrlinge in diesen Werkstätten eine wirksamere Verwendung der dafür aufgewendeten Mittel stattfinden könne. Auch der Herr Abg. Kräuter hat die Zweckmäßigkeit der Lehrlingswerkstätten bezweifelt. Diese Stimmen stehen nicht allein, vielmehr sind auch früher schon da und dort Zweifel an der Zweckmäßigkeit der Einrichtung laut geworden. Um Klarheit in die Frage zu bringen, wurde sie im Dezember vorigen Jahres auf Grund einer vom Landesgewerbeamt ausgearbeiteten Denkschrift einer eingehenden Beratung im Landesgewerberat unterworfen. Es wurden auch in jener Sitzung Stimmen laut, die für die Abschaffung der Lehrlingswerkstätten sprachen. Zu meiner Ueberraschung aber zeigte es sich, daß diese Stimmen ganz vereinzelt blieben und daß fast die ganze Versammlung sich mit Einmütigkeit dahin aussprach, man solle grundsätzlich an den Lehrlingswerkstätten festhalten, die Einrichtung aber in einzelnen Punkten einer Umgestaltung unterziehen, wie sie den jetzigen Zeitverhältnissen entspreche.

Die vom Landesgewerbeamt ausgearbeitete Denkschrift geht von dem Grundsatz aus, daß es nicht bloß darauf ankommt, unseren Lehrlingen eine gewisse Summe fachtechnischen und theoretischen Wissens zu verschaffen, wie sie es in der Werkstatt und der gewerblichen Schule erwerben können, sondern daß es nicht minder not tut, auch die erzieherische Seite nicht außer acht zu lassen. Darüber kann doch kein Zweifel bestehen, daß bei der Gefahr der Verwilderung und Verrohung, der unsere Jugend an manchen

Orten ausgesetzt ist, es als ein großes Glück zu betrachten ist, wenn die Ordnung des Meisterhauses einem jungen Manne Schutz gewährt und wenn bis zu einem gewissen Maß Garantie dafür geboten wird, daß er unter Zucht und Aufsicht bleibt.

Ich will die einzelnen Punkte, welche für die Behandlung der Lehrlingswerkstätten nach der Meinung des Landesgewerberats in Zukunft maßgebend sein sollen, kurz erwähnen.

Als Orte für die Errichtung sollen nur solche in Betracht kommen, in welchen sich gute gewerbliche Schulen befinden, damit es den jungen Leuten nicht an der nötigen theoretischen Ausbildung fehlt.

Ferner sollen nur in denjenigen Gewerben Lehrlingswerkstätten errichtet werden, die gute Aussichten für das Fortkommen der jungen Leute bieten und bei welchen eine Hebung des Lehrlingswesens besonders wünschenswert erscheint.

Besonderer Wert soll auf die gute persönliche Vereigenschaftung der Meister und auf geordnete häusliche Verhältnisse derselben gelegt werden. Der Wunsch des Herrn Abg. Görlacher, es möchte bloß an solche Leute eine Werkstätte übertragen werden, die im Besitze des Meistertitels sind, ist vollkommen berechtigt. Wir sind aber auch bisher nicht anders verfahren und haben vor einiger Zeit einem Handwerker, dem der Meistertitel seitens der Handwerkskammer strittig gemacht wurde, auf erhaltene Kenntnis hiervon die Lehrlingswerkstätte sofort wieder abgenommen.

Hinsichtlich der persönlichen Vereigenschaftung der Lehrlinge soll künftig eine Garantie durch Beschaffung eines ärztlichen Zeugnisses eingeführt werden. Es muß verhütet werden, daß die Staatsbeihilfe für solche junge Leute gewährt wird, die sich vielleicht für den gewählten Beruf absolut nicht eignen. Diese Anordnung besteht auch anderwärts und hat bisher zu Schwierigkeiten nicht geführt. Außerdem aber soll in Zukunft auch darauf geachtet werden, daß man nicht unterschiedslos jeden jungen Mann in einer Lehrlingswerkstätte unterbringt, den der Meister gerade findet, sondern daß auch bezüglich der Charaktereigenschaften und der Intelligenz der jungen Leute gewisse Anforderungen gestellt werden.

Die durchgreifendste Aenderung betrifft die Dauer der Verträge. Während nämlich bisher die Verträge über die Uebertragung einer Lehrlingswerkstätte immer auf mindestens 7 Jahre abgeschlossen wurden, was zur Folge hatte, daß die Meister, um die Bedingung hinsichtlich der Zahl der einzustellenden Lehrlinge einhalten zu können, nun blindlings nach jedem Lehrling griffen, den sie gerade fanden, ob er sich qualifizierte oder nicht, soll künftighin der Vertrag auf die Dauer der Lehrzeit eines einzelnen Lehrlings abgeschlossen werden. Es sollen zunächst die Verhältnisse des Meisters und Lehrlings einer eingehenden Prüfung unterzogen und der Vertrag nur abgeschlossen werden, wenn auf beiden Seiten alle Garantien für einen guten Erfolg der Lehre vorliegen. Das wird dann auch die gute Folge haben, daß ein rascherer Wechsel bei Verteilung der Werkstätten unter den einzelnen Handwerkern wird Platz greifen können.

Die Aufsicht über die Lehrlingswerkstätten wird wie bisher zunächst seitens des Beamten des Landesgewerbeamts ausgeübt werden. Es werden sich aber daran in Zukunft auch die Beauftragten der Handwerkskammern beteiligen. Auch die gewerbliche Schule, die der Lehrling besucht, wird in der für sie geeigneten Weise zu Mitwirkung bei der Durchführung der Lehre berufen sein.

Auf die Auszahlung der Staatsvergütung, auch ihrer ersten Hälfte, soll der Meister nur Anwartschaft haben, wenn nachgewiesen ist, daß er seine Pflicht in jeder Beziehung getan hat, und insbesondere wird die zweite Hälfte des Staatsbeitrags erst ausbezahlt werden, wenn der betreffende Lehrling die Gesellenprüfung abgelegt hat. Das wird allerdings manchmal zu Schwierigkeiten führen, weil unter Umständen der Lehrling zu einer Zeit zur Entlassung kommt, in welcher keine Gesellenprüfung stattfindet. Der Meister muß eben entweder dafür sorgen, daß der Lehrling schon zur vorhergehenden Gesellenprüfung zugelassen wird oder daß gegebenenfalls, wenn mehrere Lehrlinge zusammenkommen, eine besondere Prüfung veranstaltet wird, oder er muß seinen Einfluß auf den Lehrling nach der Richtung geltend machen, daß dieser nach vollendeter Lehre und eventuell noch nach Verlassen des Meisterhauses die Gesellenprüfung ablegt. Geschieht dies nicht, so wird die Staatsbeihilfe versagt werden, wenn nicht ganz besondere Umstände eine Ausnahme gerechtfertigt erscheinen lassen.

Der Herr Abg. Gierich hat bereits im letzten Landtag die Herausgabe eines Führers durch das Handwerk beantragt. Ein derartiger Führer ist vor kurzem von der Handwerkskammer in Mannheim bearbeitet und durch die badischen Handwerkskammern in einigen tausend Exemplaren zur Erleichterung der Berufswahl für die an Ostern dieses Jahres von der Volksschule zur Entlassung kommenden jungen Leute an die Schulen versendet worden. Dieser Führer ist kurz gefaßt, so daß ihn die jungen Leute und die Eltern auch wirklich lesen. Er enthält das Wissenswerteste, was für einen jungen Mann, der sich dem Handwerk zuwenden will, not tut.

Um eine weitere Anregung des Herrn Abg. Gierich zu erledigen, will ich erwähnen, daß seine Beschwerde bezüglich der Verwendung von Steinen aus der Pfalz an Stelle von solchen aus Baden bei dem Bahnhofsneubau hier zur Zuständigkeit des Eisenbahnministeriums gehört.

Ich komme zum Handwerkergenossenschaftswesen. Die Herren Abgg. Görlacher, Vogel und Dr. Schneider haben über diesen Gegenstand gesprochen. Herr Vogel hat insbesondere davor gewarnt, die Handwerkergenossenschaften zu forcieren. Ich kann Herrn Vogel hierüber beruhigen. Der Verband hat es sich von vornherein zur Pflicht gemacht, bei der Gründung von neuen Genossenschaften ganz besonders vorsichtig vorzugehen. Wenn das nicht geschehen wäre, so könnten wir zweifellos mehr Genossenschaften haben. Der Verband wie auch das Landesgewerbeamt sind der Ueberzeugung, daß eine Genossenschaft, die infolge schlechter Führung zugrunde geht, dem Genossenschaftswesen mehr schadet, als 10 oder 20 Genossenschaften, die neu gegründet werden, wieder gut machen können. Es ist eigentlich zu verwundern, daß, da die Vorteile der Genossenschaften doch klar zutage liegen, da sich der Handwerker doch ohne weiteres ausrechnen kann, daß er beim Großbezug durch die Genossenschaft viel billiger und besser einkauft als im Zwischenhandel beim Händler, das Genossenschaftswesen doch so langsam vorwärts geht. Einen gewichtigen Grund hierfür hat der Herr Abg. Schneider schon angeführt, nämlich das unsoziale Denken vieler besser gestellten Handwerker. Die größte Schwierigkeit bereitet beim Genossenschaftswesen die Gewinnung der zur Leitung geeigneten und bereiten Persönlichkeiten. Es sind eben mit der Leitung einer Handwerkergenossenschaft sehr viel mehr Unannehmlichkeiten und Umständlichkeiten verknüpft, als der Fernstehende denkt. Häufig bildet der Grund, daß eine Genossenschaft trotz im übrigen günstiger Verhältnisse nicht zustande kommt, die finanzielle Abhängigkeit der Handwerker vom

bisherigen Lieferanten, verbunden mit den Quertreibereien der Händler, sowie der Mangel an Unternehmungsgeist, Mißstände, die im Handwerk tief eingewurzelt sind und nicht so bald wieder beseitigt werden können. Trotzdem aber können wir feststellen, daß die Genossenschaften im allgemeinen befriedigende Erfolge aufzuweisen haben; einzelne haben sich zu sehr schöner Blüte herausgearbeitet. Immerhin wird der Verband der bad. Handwerkergenossenschaften, der seit etwas mehr als einem Jahre besteht und gute Früchte gezeitigt hat, sich noch auf viele Schwierigkeiten gefaßt machen müssen, bis er einmal die Blüte erreicht hat, die wir ihm alle von Herzen wünschen. Ich möchte nicht ermangeln, an dieser Stelle und gerade im Hinblick auf die vielen Schwierigkeiten, die die im Genossenschaftswesen Tätigen zu überwinden haben, den Leitern der einzelnen Genossenschaften sowohl als der Verbandsleitung besonderen Dank und Anerkennung auszusprechen.

Ein Unterweisungskurs über die allgemeineren Fragen des Genossenschaftswesens hat im Jahre 1906 in Karlsruhe unter starker Beteiligung stattgefunden, und im Sommer d. J. soll ein Kurs in Buchführung und für genossenschaftliche Fragen speziell für Schuhmacher und verwandte Gewerbe veranstaltet werden.

Damit verlasse ich das Genossenschaftswesen und wende mich einer Beschwerde zu, die der Herr Abg. Dr. Schofer vorgebracht hat. Dieselbe betrifft einen bei der Gesellenprüfung hier angeblich vorgekommenen Verstoß. Der Fall hat die Handwerkskammer hier, das Landesgewerbeamt und schließlich wiederholt das Ministerium beschäftigt und ist auf das Gründlichste untersucht worden. Der junge Mann, um den es sich handelt, behauptet, man habe den Lehrmeister eines andern Lehrlings, der sich gleichzeitig der Prüfung unterzog, zur Prüfung dieses Konkurrenten zugelassen und dieser habe dadurch einen Vorsprung vor ihm gehabt. Das ist aber nicht richtig. Der Lehrmeister jenes Lehrlings war allerdings bei der Prüfung zugegen und hat auch den Beschwerdeführer geprüft. Er hat aber entsprechend der Bestimmung der Gesellenprüfungsordnung seinen eigenen Lehrling nicht geprüft. Der Beschwerdeführer hat ein tadelloses Gesellenstück geliefert, war aber in seinen theoretischen Leistungen nicht ganz auf der Höhe. Er hat infolgedessen die Note „sehr gut", auf die er nach seinem Gesellenstück allerdings Anspruch gehabt hätte, nicht bekommen können. Es ist bei der Prüfung ganz in Ordnung zugegangen.

Dann hat der Herr Abg. Dr. Schofer davon gesprochen, daß zwei Lehrlinge aus der Anstalt Flehingen nicht zur Gesellenprüfung zugelassen worden seien. Ich habe, da mir der Fall nicht bekannt war, gestern bei der Handwerkskammer Erkundigungen eingezogen und heute morgen die Mitteilung erhalten, daß ihr von einer Nichtzulassung nichts bekannt sei; wohl aber glaubt sie, daß es sich um folgenden Fall handle: Es sei für zwei Lehrlinge aus Flehingen der Antrag auf Zulassung zur Gesellenprüfung zu einer Zeit gestellt worden, in der keine solche stattfand; es sei der Anstalt darauf mitgeteilt worden, daß die Lehrlinge erst zur nächsten Prüfung zugelassen werden könnten. Vom Vorsteher der Anstalt in Flehingen ist vermutlich aus diesem Anlaß in diesem Frühjahr das Ersuchen gestellt worden, daß die Prüfungen künftig innerhalb der Anstalt abgenommen werden sollten. Ob diesem Gesuch entsprochen werden kann, unterliegt zur Zeit noch der Prüfung.

Ich gehe zu den die 2. Abteilung des Landesgewerbeamtes berührenden Angelegenheiten über. Die von seiten des Hohen Hauses gestellten Anfragen und geäußerten Wünsche haben sich hauptsächlich auf dem Gebiet der Ausbildung und Anstellung der Gewerbe- und Handelslehrer bewegt. Es ist, da diese Angelegenheiten zum Geschäftskreis des Großh. Ministeriums des Innern gehören, darüber seitens des Herrn Ministerialreferenten schon eingehend Auskunft erteilt worden, sodaß ich mir über diese Punkte eine Erörterung im allgemeinen sparen kann. Es genügt also, auf nur einige Punkte einzugehen, die die Zuständigkeit der Abteilung 2 des Landesgewerbeamtes berühren oder die in den letzten Tagen nach der Rede des Herrn Ministerialrats Dr Schneider vorgebracht worden sind. Seitens des Herrn Abg. Kräuter ist die Anstellung von Volksschullehrern an Gewerbeschulen behandelt worden. Wir sind dieser Anregung auch schon nähergetreten. Bei dem Mangel an Gewerbelehrern, von dem in dem Hohen Hause wiederholt die Rede gewesen ist, erschien es zweckmäßig, für einzelne einfachere Fächer, für den Realienunterricht, insbesondere für das einfache Zeichnen, für kaufmännisches und gewerbliches Rechnen und für Geschäftsaufsatz Kräfte zu gewinnen, die durch ihre Vorbildung zur Erteilung derartigen Unterrichts befähigt sind, damit wir in die Lage kamen, die Gewerbelehrer, die doch eine besondere fachtechnische Ausbildung erhalten haben, für diese schwereren Aufgaben, die sie allein erfüllen können, aufzusparen. Wir sind an diese Einführung von Volksschullehrern in die Gewerbeschule mit einer gewissen Vorsicht herangetreten, da wir befürchtet haben, es würde seitens der Gewerbelehrer dieses Vorgehen so aufgefaßt werden, als wollten wir durch ein Hintertürchen Volksschulhauptlehrer an die Stelle von Gewerbelehrern bringen. Diese Absicht hat uns gänzlich ferngelegen, und ich habe aus den Aeußerungen des Herrn Abg. Kräuter entnommen, daß auch die Gewerbelehrer selbst von dieser Auffassung zurückgekommen sind, und daß diese Einrichtung, die sich an einigen Orten ganz gut bewährt hat, auch von den Gewerbelehrern selbst jetzt willkommen geheißen wird. Es ist auch in der Tat nicht einzusehen, warum in derlei einfachen Fächern nicht auch Volksschulhauptlehrer dieselben Erfolge erzielen können wie die Gewerbelehrer. Wenn es ein älterer Hauptlehrer ist, der gut zu lehren versteht, so wird er in derartigen einfachen Fächern noch Besseres zu Wege bringen als ein jüngerer im Unterrichten noch weniger geübter Gewerbelehrer (Abg. Ihrig: Sehr richtig!).

Der Herr Abg. Wiedemann hat angeregt — ob er es direkt so gemeint hat, kann ich nicht genau feststellen —, wir sollten an die gewerblichen Fortbildungsschulen Lehrkräfte zu bringen suchen, die ausschließlich diesen Schulen ihre Tätigkeit widmen. Seitens des Großh. Oberschulrates werden zwar die Lehrkräfte für gewerblichen Unterricht, soweit es der Mangel an Volksschullehrern überhaupt zuläßt, mit großem Entgegenkommen zur Verfügung gestellt — ich möchte an dieser Stelle insbesondere auch des kürzlich verstorbenen Geh. Hofrat Dr. Weygoldt und seiner aufopfernden und erfolgreichen Bemühungen auf diesem Gebiete in Dankbarkeit gedenken —, aber der Großh. Oberschulrat ist eben häufig nicht in der Lage, die Lehrer so lange an den gewerblichen Fortbildungsschulen zu lassen, als erwünscht wäre, denn infolge häuslicher Verhältnisse und des Strebens vieler Lehrer, in größere Städte zu kommen, findet ein ziemlich häufiger Wechsel der Lehrkräfte statt, der natürlich nicht zum Segen dieser Schulen ausschlagen kann. Deswegen ist in Erwägung gezogen, für einzelne gewerbliche Fortbildungschulen, an welchen die Unterrichtserteilung die volle Kraft eines Hauptlehrers in Anspruch nimmt, oder für mehrere nahe beieinander gelegene Fortbildungsschulen solche Lehrer im Hauptamt anzustellen. Diese Lehrer könnten dann auch dem gewerblichen Unterricht erhalten bleiben und würden mit der Zeit eine größere Gewandheit erlangen und bessere Unterrichtserfolge zeitigen können, als das unter den jetzigen Verhältnissen der Fall ist.

Ueber die zwangsweise Einführung des gewerblichen Fortbildungsunterrichts ist bereits seitens des Vertreters des Gr. Ministeriums gesprochen worden, und ich möchte hieran bloß die Bemerkung anknüpfen, daß mir eigentlich nicht so sehr ein Bedürfnis nach der Errichtung neuer Schulen obzuwalten scheint, denn wir haben bis jetzt die Wahrnehmung gemacht, daß überall da, wo ein wirkliches Bedürfnis nach einer gewerblichen Fortbildungsschule besteht, und wo es die Handwerker selbst richtig anfangen, auch bei anfänglicher Abneigung der Gemeinden das Zustandekommen einer derartigen Schule schließlich erreicht worden ist; die verhältnismäßig wenigen Ausnahmen bestätigen die Regel. Es würde nach meiner Ueberzeugung viel mehr darauf ankommen, daß man eine allgemeine Beteiligung an den bestehenden Schulen zu Wege brächte, und zwar dadurch, daß man die jungen Leute der Orte, in welchen die geringe Zahl von Lehrlingen die Errichtung einer eigenen Fortbildungsschule nicht erlaubt, dazu bringen könnte, die in benachbarten Orten bestehende Schule zu besuchen. Das geschieht ja an vielen Orten jetzt schon, und es haben auch viele Gemeinden hierüber gemeinschaftliche Statuten abgeschlossen, aber immer noch ist die Zahl der Orte sehr beträchtlich, deren Lehrlingen der Besuch benachbarter gewerblicher Schulen leicht möglich wäre. Vielleicht wird es gelingen — eine Bestrebung, die in der allerletzten Zeit besonders im Oberland hervorgetreten ist —, auch die Kreise zu einer Mitwirkung an der Förderung des gewerblichen Unterrichts nach der Richtung zu bewegen, daß sie Mittel zur Erleichterung des Schulbesuchs in geeigneten Fällen zur Verfügung stellen. Eine Besserung dieser Verhältnisse würde auch zur Steuerung der Lehrlingsnot auf dem Lande beitragen.

Der Herr Abg. Vogel hat es als eine unbedingte Notwendigkeit bezeichnet, daß der Handwerksmeister im Rechnungswesen und in der Buchführung besser ausgebildet werde. Dem kann ich nur beipflichten, es ist damit eine schwache Seite des Handwerks gekennzeichnet. Es ist deshalb auch neuerdings im Landesgewerbeamt ein Lehrgang für den Buchführungsunterricht ausgearbeitet worden, der an den Gewerbeschulen bereits zur Einführung gelangt ist und der auch, soweit noch nicht geschehen, in den gewerblichen Fortbildungsschulen eingeführt werden soll; es soll damit insbesondere ermöglicht werden, daß der Handwerker sich zu jeder Zeit einen klareren Ueberblick über sein Geschäft verschaffen kann, als das bei der bisher üblichen „einfachen" Buchführung der Fall ist; das wird hoffentlich auch dazu beitragen, daß richtiger kalkuliert wird. Den Gesellen und Meistern auf dem Lande und deren Frauen wird alljährlich Gelegenheit zur Erlernung der Buchführung in einer großen Anzahl von Kursen gegeben, die während des Winters besonders als Vorbereitungskurse für die Meisterprüfungen im ganzen Lande veranstaltet werden, und zu denen die Handwerkskammern, das Landesgewerbeamt, die Vereine und die Gemeinden gemeinschaftlich beisteuern. Wir werden es uns angelegen sein lassen, die Lehrkräfte für derartige Kurse auch sobald als möglich mit der neuen Buchführung bekannt zu machen.

Der Herr Abg. Vogel hat dann von der Ausschreibung der Handelslehrerstellen in Mannheim gesprochen und erwähnt, dieselbe habe bei den Mannheimer Lehrern Beunruhigung hervorgerufen. Die Ausschreibung der im gewerblichen oder kaufmännischen Schuldienst zu besetzenden Stellen war von jeher üblich; sie hat den Vorteil, daß die Behörde sowohl als die Anstellungsgemeinden darüber orientiert werden, wo die einzelnen Lehrer angestellt zu werden wünschen; sie schafft für alle Teile klare Verhältnisse. Die Ausschreibung war hinsichtlich der Mannheimer Stellen schon aus dem Grund notwendig, weil uns bekannt geworden war, daß eine Anzahl von Handelslehrern in Mannheim die Absicht haben, sich zu verändern, während anderseits da und dort bei den Lehrern Neigung besteht, an die Handelsschule in Mannheim zu kommen. Außerdem diente die Ausschreibung, die übrigens nicht blos für Mannheim sondern auch für Stellen in Lahr, Lörrach, Konstanz und Karlsruhe geschehen ist, dazu, tüchtigen Lehrkräften außerhalb des Landes Gelegenheit zu geben, sich um Verwendung im badischen Schuldienst zu bewerben, was im Hinblick auf den von verschiedenen Seiten beklagten Lehrermangel willkommen zu heißen ist. Wir haben dann auch eine größere Anzahl von Bewerbungen aus ganz Deutschland bekommen. Eine Verminderung der Anwartschaft der Mannheimer Lehrer auf ihre bisherigen Stellen und eine Gefährdung ihrer Gehaltsansprüche, die sie sich durch ihre Tätigkeit in Mannheim erworben haben, ist durch das Ausschreiben weder beabsichtigt noch wird sie eintreten. Wenn für eine Anzahl zu besetzende Stellen, darunter für jene in Heidelberg, von der Ausschreibung abgesehen worden ist, so hat dies seinen Grund darin, daß in diesen Fällen seitens der Anstellungsgemeinde bereits bindende Abmachungen mit Lehrkräften abgeschlossen worden sind.

Der Herr Berichterstatter Neuhaus ist der Meinung, daß wir in Baden einen vollständigen Mangel an Anwärtern für den Stand der Handelslehrer haben. Diese Meinung ist glücklicherweise nicht richtig. Wir haben im Budget eine Anforderung von 2000 M. zur Heranbildung von Handelslehrern, und die Zahl der Bewerbungen von Lehrern aus Baden, die gegenwärtig an den Handelshochschulen studieren, um Stipendien ist nicht gering. Ich schätze die Zahl badischer Lehrer, die sich gegenwärtig für den Handelslehrerberuf auf Handelshochschulen vorbereiten, auf mindestens zehn.

Der Herr Abg. Venedey hat davon gesprochen, es sei eine Anzahl von Lehrern vorhanden, die als Handelslehrer ausgebildet sind und die gern als solche angestellt sein möchten, und er hat angefragt, worauf es beruhe, daß dies bisher nicht geschehen ist. Die betreffenden Herren sind auf etatmäßigen Schulstellen angestellt; sie können deshalb im Handelsschuldienst ebenfalls nur für etatmäßige Stellen in Betracht kommen und sie konnten bisher nicht verwendet werden, weil etatmäßige Stellen nicht zu besetzen waren. Es steht den Herren selbstverständlich frei, sich um die ausgeschriebenen Stellen zu bewerben.

Seitens des Herrn Abg. Franz war davon die Rede, es sei seinerzeit bei der Prüfung an der Gewerbeschule in Rastatt angeregt worden, für den Handelsunterricht derselben einen besonderen Lehrer anzustellen, diesem Antrag sei bisher keine Folge gegeben worden. Allerdings war für die Gewerbeschule in Rastatt, an welche eine Handelsabteilung angegliedert ist, die etatmäßige Anstellung eines Handelslehrers in Aussicht genommen. Dann aber wurde ein jüngerer Gewerbelehrer, der unmittelbar vor der Anstellung stand und welcher der Schule erhalten bleiben sollte, seitens des Gemeinderats in Rastatt für die Besetzung dieser etatmäßigen Stelle in Vorschlag gebracht, und es wurde jenem Wunsche auch entsprochen. Neuerdings ist wieder der Antrag gestellt worden, man möge einen Kandidaten für den Handelsunterricht nach Rastatt setzen. Das Ministerium war aber nicht in der Lage, diesem Antrag zu entsprechen, weil eben kein Kandidat zur Verfügung stand. Sobald wir in der Lage sind, die Stelle besetzen zu können, wird es jedenfalls geschehen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Der Herr Abg. Kräuter hat davon gesprochen, daß ein zu häufiger Wechsel in den Lehrkräften stattfinde. Das ist leider richtig und bewirkt in der Tat mannigfache Störungen des Unterrichts, aber es läßt sich eben bei einem so großen Lehrkörper nicht vermeiden. Da und dort erkrankt ein Lehrer und dadurch werden Versetzungen und Aushilfen notwendig, oder es wird ein Lehrer zum Militär eingezogen usw. Es läßt sich dann die vollständige Durchführung des Lehr- und Stundenplanes oft nur dadurch ermöglichen, daß größere Verschiebungen und Vertretungen stattfinden, und daß zumal an den größeren Schulen die Anforderungen an die noch zur Verfügung stehenden Lehrer gesteigert werden, was allerdings zuweilen eine Ueberanstrengung der Lehrkräfte zur Folge hat, die auch wir bedauern. Selbstverständlich bemühen wir uns, soweit es in unseren Kräften steht, derartiger Ueberanstrengung der Gewerbelehrer vorzubeugen und, soweit wir nicht selbst durch Zuweisung von Lehrkräften abhelfen können, auf Beiziehung von Hilfskräften aus anderen Schulen hinzuwirken, doch ist dieser Weg nicht überall gangbar. Man kann übrigens die Zahl der Gewerbelehrer, die fehlen, nicht, wie dies zuweilen geschieht, aus der Zahl der zu erteilenden Ueberstunden allein berechnen.

Seitens des Herrn Berichterstatters Neuhaus ist der Antrag gestellt worden, es möchte eine scharfe Kontrolle der Privathandelsschulen durch den Handelsschulinspektor stattfinden. Es ist der gleiche Wunsch auch im letzten Landtag schon seitens des Herrn Abg. Dr. Heimburger vorgetragen worden. Wir haben infolge jener Anregung festgestellt, wieviele derartige Anstalten überhaupt bei uns in Baden bestehen, und es hat sich dabei ergeben, daß eigentliche Privat-Handelsschulen nicht so zahlreich sind, als man vielleicht annehmen könnte. Wenn man der Sache auf den Grund geht, stellt es sich in vielen Fällen heraus, daß die Anstalten so wenig Schüler zählen, daß von eigentlichen Handelsschulen überhaupt keine Rede sein kann. Die Privathandelsanstalten werden einer regelmäßigen Untersuchung durch den Handelsschulinspektor unterzogen; diese Untersuchung vermag allerdings den Kern der Sache, das unreelle Gebahren mancher Unternehmen nicht zu treffen, weil die Mittel, die die Gesetzgebung bietet, dazu nicht ausreichen. Ich will damit übrigens nicht sagen, daß unter diesen Handelsschulen nicht auch ein Prozentsatz von solchen ist, die reell und zuverlässig sind.

Der Herr Abg. Wiedemann hat als wünschenswert erklärt, daß Schülerkarten auch für den Besuch gewerblicher und kaufmännischer Schulen ausgegeben würden, wobei der Preis dem nur an einzelnen Wochentagen bestehenden Benützungsbedürfnis zu entsprechen hätte. Eine derartige Anregung ist schon im Jahre 1905 vom Gewerbeschulrat in Konstanz gegeben worden. Es wurden damals Erhebungen über die Verhältnisse in verschiedenen Teilen des Landes veranstaltet, wobei es sich als recht wünschenswert herausgestellt hat, wenn man eine Ermäßigung der Fahrpreise für den Besuch der Gewerbe- und Handelsschüler erreichen könnte. Es wurde in Verhandlungen mit der Großh. Generaldirektion hierüber eingetreten, dieselbe war aber damals wegen der Personentarifreform nicht in der Lage, eine Entscheidung zu geben. Es wird Veranlassung genommen werden, auf die Sache neuerdings wieder zurückzukommen.

Der Herr Abg. Wiedemann hat weiter ausgeführt, das Landesgewerbeamt habe im vorigen Jahr einen Ausbildungskurs in Mannheim abhalten wollen, es hätten sich 12 Lehrer gemeldet, die nach Mannheim einberufen worden seien und auch gekommen seien, sie seien aber von dort wieder heimgeschickt worden. Der Herr Abg. Wiedemann hat noch hinzugesetzt, er wisse allerdings nicht, ob das zutrifft. Die Sache verhielt sich folgendermaßen: Im letzten Spätjahr sollte ein Ausbildungskurs für Handelslehrer in Mannheim stattfinden, zu dem etwa 20 Lehrer bestimmt waren. Der Großh. Oberschulrat war darum ersucht worden, dieselben davon zu verständigen, daß sie sich für die Teilnahme bereit halten sollten. Es stellte sich aber heraus, daß unsere Mittel nicht mehr ausreichten, um die Kosten des Kurses zu bestreiten, und daß auch das Großh. Ministerium, an welches wir uns gewendet hatten, nicht mehr in der Lage war, Mittel für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen. Wir haben deshalb den Kurs absagen müssen und haben dies den Teilnehmern alsbald mitgeteilt. Diese Mitteilung ist auch bei denselben noch rechtzeitig eingetroffen, nur in einem Fall war der Lehrer schon abgereist, als die Mitteilung ankam. Er hat allerdings die Reise nach Mannheim vergebens gemacht, seine Reisekosten sind ihm aber ersetzt worden.

Ich komme zum Schlusse Von verschiedenen Rednern des Hauses ist ihrer Ueberzeugung Ausdruck gegeben worden, daß es im Handwerke vorwärts gehe, und ich freue mich, daß dieser Fortschritt auch in meinen eigenen Wahrnehmungen eine Bestätigung findet. An dieser guten Wendung der Dinge gebührt der Handwerkergesetzgebung des Jahres 1897 der Hauptverdienst. Man darf nun allerdings nicht glauben, daß der Handwerkerstand geschlossen die Fortschritte, die jenes Gesetz gebracht hat, anerkennt. Das ist keineswegs der Fall. Mag man aber auch in Handwerkerkreisen zum Teil noch mit gemischten Gefühlen die neue Gestaltung der Dinge betrachten, einen großen Vorteil hat die Handwerkergesetzgebung nach Meinung aller verständigen Handwerksmeister unzweifelhaft gehabt: Sie hat den Handwerkerstand aufgerüttelt aus der Interessenlosigkeit und Gleichgültigkeit, in welche er lange Zeit versunken war, und sie hat ihn genötigt, Stellung zu nehmen zu den neuen Fragen, die an das Handwerk herantreten.

Es ist ein großes Verdienst der Handwerkskammern, daß es ihnen gelungen ist, in das Chaos der Verhältnisse, das sie bei ihrer Einsetzung vorfanden, Ordnung zu bringen, die Gemüter zu versöhnen und Interesse für die Handwerksangelegenheiten wachzurufen. Ihre Sekretäre sind jahraus jahrein unermüdlich bestrebt, durch Vorträge die Handwerker aufzuklären, und die letzteren finden mit ihren Anliegen bei den Handwerkskammern stets bereitwilliges Gehör und tunliche Unterstützung.

Wenn wir uns nun fragen, was für unseren Handwerkerstand in erster Reihe nottut, so müssen wir sagen: Zusammenschluß und Bildung, Bildung in theoretischer und praktischer Beziehung, insbesondere aber auch kaufmännische Bildung, denn leider fehlt es dem Handwerker in vielen Fällen hauptsächlich an den Kenntnissen des Kaufmannes.

Auf dem Gebiete des Zusammenschlusses im Handwerk haben die Handwerkskammern sich ebenfalls große Verdienste erworben und viel zustande gebracht. Es ist ja auch hier schon festgestellt worden, wie stark die Innungen, Genossenschaften und Fachvereinigungen seit vier oder fünf Jahren zugenommen haben, und wir sind auf dem besten Wege, darin noch weitere Fortschritte zu machen. Es wäre ja aber auch zu verwundern, wenn die Handwerker nicht endlich doch zu einem Zusammenschlusse gelangen sollten, sehen sie doch, wie der Zusammenschluß auf anderer Seite immer reger und für sie gefährlicher wird, beim Großunternehmertum und bei der Arbeiterschaft. Der Handwerkerstand steht zwischen beiden,

und es ist für ihn eine gebieterische Notwendigkeit, daß auch er endlich auf die Seite wirft, was seinem Zusammenschluß da und dort noch im Wege steht.

Die Ausbildung des Handwerkerstandes in theoretischer und zum Teil auch in praktischer Hinsicht ist in erster Reihe die Aufgabe des Staates, der bei seinen Bestrebungen von den Gemeinden und Handwerkern unterstützt wird. Die Bereitwilligkeit der Gemeinden, mit der sie für gewerblichen und kaufmännischen Unterricht sorgen und Opfer bringen, verdient besondere Anerkennung, wie ja auch der vortrefflichen Leistungen der Lehrerschaft verdientermaßen mit voller Anerkennung gedacht worden ist.

Die Besserung der Verhältnisse im Handwerkerstand schließt nicht aus, daß man nicht bei den Männern, die sich den Zusammenschluß und die Aufklärung des Handwerkers angelegen sein lassen, oft eine aufrichtige Erbitterung oder eine tiefe Mutlosigkeit antrifft, die in der Befürchtung wurzelt, es sei und bleibe erfolglos, gegen die in weiten Kreisen noch vorhandene Verdrossenheit, Unzugänglichkeit und Unlust anzukämpfen. Aber man darf doch auch nicht vergessen, daß die Wirksamkeit der Handwerkskammern und überhaupt die ganze Tätigkeit, die das Gesetz vom Jahre 1897 wachgerufen hat, noch neuen Datums ist. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß das Handwerk viele Jahrzehnte lang sich in völlig apathischem Zustande befunden hat, daß in jener Zeit es sich völlig selbst überlassen war und von außen her fast nichts zu seiner Hebung und Förderung geschah, so kann man nicht erwarten, daß durch Einrichtungen, die jetzt im siebten Jahre ihre Tätigkeit ausüben, alles in kurzer Zeit wieder gut gemacht werden kann. Aber es freut mich immer wieder, wenn ich Handwerkerversammlungen anwohne, wahrzunehmen, daß doch im Handwerk eine große Anzahl von aufrechten und braven Männern sind, die das Herz auf dem rechten Fleck haben und die sich durch alle Enttäuschungen nicht entmutigen lassen, immer wieder den Hebel anzusetzen zur Hebung ihres Standes. Ein besonderes Verdienst erwerben sich durch diese Bestrebungen die gewerblichen Vereine und an ihrer Spitze der Landesverband der badischen Gewerbe- und Handwerkervereinigungen, dessen Präsidenten ja aus berufenerem Munde schon mit vollster Anerkennung gedacht worden ist, und dem auch ich die größte Dankbarkeit und Anerkennung zolle. Solange wir noch so tatkräftige Leute haben, die den guten Glauben an die Handwerkssache nicht verlieren, solange dürfen wir mit Zuversicht in die Zukunft der Handwerkersache blicken! (Beifall.)

Abg. Dr. Zehnter (Zentr.): Nur zwei Worte der Abwehr! Von sozialdemokratischer Seite ist dem Herrn Abg. Belzer ein schwerer Vorwurf daraus gemacht worden, daß er hier einen oder zwei Fälle von Terrorismus, der von den freien oder sozialdemokratischen Gewerkschaften gegen christliche Gewerkschaften ausgegangen sein soll, vorgebracht hat, die sich nach den Behauptungen, die von jener Seite aufgestellt worden sind, nicht bewahrheitet haben sollen. Ich bin nicht in der Lage, den Streit zu entscheiden, inwieweit der Tatbestand der Fälle, die hier seitens des Herrn Abg. Belzer vorgetragen worden sind, und denen von der anderen Seite widersprochen worden ist, wahr oder nicht wahr ist. Aber das ist eine Tatsache, daß jedermann, der sich auf fremde Mitteilungen verlassen muß, der Gefahr ausgesetzt ist, daß ihm auch einmal eine unrichtige Tatsache vorgebracht wird, und daß er in die Lage versetzt wird, hinterher erklären zu müssen, daß diese Tatsache, die er als wahr in gutem Glauben angenommen hat, nicht richtig sei; gegen diese Gefahr ist auch die Sozialdemokratie nicht gefeit. Man könnte da eine ganze Reihe von Beispielen dafür anführen. Ich will aber nur ein einziges herausnehmen, ich will nur den bekannten Tuckerbrief nennen, den der Herr Abgeordnete Bebel im Reichstage produziert hat, und den er durch Jahre hindurch als ein echtes Aktenstück verteidigt hat, während sich hinterher herausgestellt hat, daß er gar nicht existiert. Ich will nur darauf hinweisen, daß der Herr Abg. Kolb selbst vorhin zugegeben hat, daß es bei ihm vorgekommen sein könne, daß er in einem einzigen Monat 11 oder 12 Berichtigungen von angeblichen Tatsachen in sein Blatt hat aufnehmen müssen. Hier aber beim „Volksfreund“ handelt es sich nicht um Mitteilungen, die von der „Lügenfabrik“ von München-Gladbach stammen — wie die Herren hier sich immer auszudrücken belieben —, sondern hier handelt es sich überall um Mitteilungen von sozialdemokratischen Mustermenschen (Heiterkeit), und, wenn eine derartige Erscheinung zutage tritt, daß man 11 oder 12 mal im Monate berichtigen muß, wenn so hervorragende Korrespondenten in Frage stehen, dann darf man sich nicht darüber wundern, wenn einmal eine Tatsache sich als unrichtig erweist, die nicht von so hervorragenden Leuten stammt.

Im übrigen kann auch ich dem Abg. Belzer nur das gleiche sagen, was der Herr Minister ihm bereits gesagt hat: Ich anerkenne auch meinerseits und bin ihm dankbar dafür, daß er mit Mut, mit Klarheit und mit Entschiedenheit für die Interessen der christlich-nationalen Arbeiterschaft im Gegensatz zur sozialdemokratischen Arbeiterschaft hier eingetreten ist. (Beifall im Zentrum.)

Es war aber interessant, hier bei dieser Gelegenheit ein ganz eklatantes Beispiel von jenem Terrorismus zu erleben, von dem der Herr Fabrikinspektor gesprochen hat, nämlich von dem Terrorismus, der dann ausgeübt wird, wenn eine Organisation sich gegenüber einer anderen, schwächeren, als die stärkere fühlt. Da der Herr Abg. Belzer sich veranlaßt gesehen hat, den Standpunkt der christlich-nationalen Arbeiterschaft, die die schwächere Organisation hat, zu vertreten, so ist sofort unter dem lauten Beifall der anderen eine ganze Schar von sozialdemokratischen Abgeordneten über den einzigen Herrn Belzer hergefallen und hat ihn förmlich moralisch totzuschlagen versucht (Zurufe der Abgg. Kolb und Geck). Das ist ein Beweis dafür, wie es draußen in der Praxis zugehen muß, wenn eine kleine Schar von christlich-nationalen Arbeitern einer großen Schar von sozialdemokratischen Arbeitern gegenübersteht. Ich kann dem Herrn Belzer nur sagen: Er mag auch fernerhin die Interessen der christlich-nationalen Arbeiterschaft vertreten und verteidigen, ebenso mutig, ebenso klar und ebenso geschickt, wie er es jetzt getan hat, er wird dafür den Dank immer finden (Abg. Geck: Aber mit der Wahrheit!).

Sodann möchte ich mit einem Worte auch eine Behauptung zurückweisen, die ich schon oft zurückgewiesen habe, die Behauptuag, als ob die Zentrumspartei nicht willens sei, die Interessen der Arbeiterschaft auch wirklich zu vertreten, als ob sie dazu gar nicht in der Lage wäre, und als ob die Interessen der Arbeiterschaft sich nur dann in guten Händen befänden, wenn sie in den Händen der sozialdemokratischen Partei liegen. Ich, und nicht bloß ich allein, habe schon oft darauf hingewiesen, daß doch nicht die sozialdemokratische Partei es gewesen ist, die die moderne Arbeitergesetzgebung geschaffen hat; bei der Arbeitergesetzgebung — mag sie nun das Gebiet des Arbeiterschutzes, mag sie das Kapitel der Arbeiterversicherung oder das Kapitel der Sicherung der Rechtsstellung der Arbeiter betreffen — sind die bürgerlichen Parteien in allen Beziehungen mit wirklich positiven Maßregeln vorgegangen und vor allen

Dingen war daran das Zentrum in ganz hervorragender Weise beteiligt. Die Sozialdemokratie hat sich negativ verhalten. Die bürgerlichen Parteien sind im Interesse der Arbeiterschaft schon vorgegangen zu einer Zeit, als die Sozialdemokratie sich lediglich darauf verlegt hat, Klassenkämpfe zu betreiben, die Kluft zwischen Arbeiterschaft und Arbeitgeberschaft aufzureißen, zu einer Zeit, wo die Sozialdemokratie lediglich dem Intransigentismus verfallen war, der Putscherei zugestrebt hat und von einer positiven Gegenwartsarbeit, von einer Verbesserung der Lage der Arbeiter noch gar nichts hat wissen wollen. Die bürgerlichen Parteien haben die Arbeiterinteressen schon gewahrt zu einer Zeit, als die Sozialdemokratie den Parlamentarismus zu nichts anderem benützt hat und nach ihrer eigenen Erklärung zu gar nichts anderem hat benützen wollen, als dazu, um Agitation zum Fenster hinaus zu betreiben. Die bürgerlichen Parteien und die Zentrumspartei haben die Arbeiterinteressen schon gewahrt in Zeiten, wo die sozialdemokratische Partei das noch als mit den Interessen des Klassenkampfes im Widerspruch stehend, als etwas diesen Klassenkampf und die Aufreizung dazu Hemmendes abgelehnt, wo die Sozialdemokratie es auch noch abgelehnt hat, in der Gemeindepolitik positiv mitzuwirken.

Es ist also durchaus zurückzuweisen, wenn der Herr Abg. Kolb die Beschuldigung erhoben hat, daß das Zentrum die Arbeiterinteressen nicht zu wahren willig und nicht zu wahren imstande sei. Es wäre auch eine vollständig unverständliche Sache, wenn eine so große Masse von intelligenten Arbeitern, wie sie in Rheinland-Westfalen insbesondere vorhanden ist, fortgesetzt treu an der Zentrumsfahne festhalten sollte, wenn die Behauptung der Sozialdemokratie wahr wäre, daß die Zentrumspartei die Arbeiterinteressen nicht zu wahren gewillt sei und sie nicht wahre.

Das Zentrum hat aber nicht bloß die materiellen Interessen der Arbeiterschaft vertreten, sondern das Zentrum hat auch die idealen Interessen der Arbeiterschaft hochzuhalten versucht. Das Zentrum hat immer darauf gehalten, daß die religiösen Interessen, daß die religiösen Ideale noch etwas gelten, und es hat immer darauf gehalten, daß auch die nationalen und monarchischen Interessen, die national-monarchischen Ideale hochgehalten werden. Ich bin der Meinung: Derjenige, der der Menschheit auch Ideale erhält, der wirkt viel nützlicher wie Derjenige, der lediglich dafür sorgt, daß die Menschheit Brot zu essen hat; denn der Mensch lebt nicht allein vom Brot sondern auch von anderen Dingen, und die Weltgeschichte beweist, daß die größten Werke dadurch vollbracht worden sind, daß man Idealen nachgeeifert hat. Die Sozialdemokratie ist von dem Bestreben geleitet, den Menschen diese ihre Ideale zu rauben (Unruhe bei den Sozialdemokraten und Demokraten). Sie will den Menschen bloß als ein höher organisiertes Tier behandeln (Unruhe bei den Sozialdemokraten — Zwischenrufe). Das lehnt die Zentrumspartei allerdings ab, und gerade dadurch, daß die Zentrumspartei sich in ihrer Fürsorge für die Arbeiter nicht bloß auf die materielle Seite beschränkt, sondern auch die Ideale pflegt, sind die Interessen der Arbeiterschaft bei ihr besser gewahrt als bei der Sozialdemokratie. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. **Geck** (Soz.): Sie werden begreifen, daß ich ein Recht dazu hätte, u. daß mit mir meine Fraktion das Recht beanspruchen dürfte, den Ausführungen, die wir soeben aus dem Munde des Herrn Abg. Dr. Zehnter gehört haben, neue entgegenzusetzen. Der Herr Abg. Dr. Zehnter hat es für richtig gehalten, in diesem Stadium der Debatte nochmals Fragen anzuschneiden, die auf prinzipieller Basis beruhen und die die Sozialdemokratie wegen ihrer praktischen Betätigung und wegen ihrer prinzipiellen Haltung angreifen. Es sind das Ausführungen gewesen, die nicht zu dem Gegenstande gehörten, der uns heute beschäftigt (Lachen beim Zentrum), und die uns eigentlich Veranlassung geben müßten, dem Herrn Abg. Dr. Zehnter in derselben Breite zu antworten. Wir wollen das nicht und wir tun das nicht, weil wir glauben, es dem Hause schuldig zu sein, jetzt dafür zu sorgen, daß die uns vorliegende Materie zu Ende geführt wird; wir behalten uns aber vor, die Ausführungen des Herrn Dr. Zehnter zu widerlegen. Seine Ausführungen und die Informationen dazu beruhen ebenfalls auf denjenigen Akten, die wir bereits in der letzten Debatte hinreichend als München-Gladbacher Inkunabeln und Splitterrichtereien gekennzeichnet haben (Zustimmung von seiten der Sozialdemokraten — Widerspruch und Lachen beim Zentrum; Abg. Dr. Zehnter: Der rote Besen aus dem Reichstage!)

Wenn der Herr Abg. Dr. Zehnter aber behauptet hat, die sozialdemokratische Fraktion dieses Hauses hätte sich unritterlich verhalten, indem sie mehrere Vertreter in mehreren Reden über den einzigen Abgeordneten Belzer habe herfallen lassen und ihn gewissenmaßen in den Boden hinuntergestampft habe, so möchte ich doch feststellen, und der Herr Präsident wird meine Angabe bestätigen, daß die Wortmeldungen meiner Fraktion bereits vorlagen, ehe der Herr Abg. Belzer auch nur das Wort ergriffen hat. Ich stelle auch fest, daß von meinen Fraktionskollegen, die außer mir gesprochen haben, die Aeußerung des Herrn Abg. Belzer nur in kurzen Worten berührt worden ist; ich stelle anderseits auch fest, daß aus dem Kreise der Zentrumspartei nicht nur der Herr Abg. Belzer sondern auch andere Mitglieder der Fraktion in der Lage gewesen sind, gegen uns zu polemisieren. Das zur Steuer der Wahrheit! Die Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Zehnter werden bei einem andern Anlaß noch Gelegenheit geben, sie ebenfalls noch genügend zurückzuweisen (Beifall bei den Sozialdemokraten).

Abg. **Süßkind** (Soz.): Ich möchte bloß Eines noch zurückweisen, damit es nicht unberichtigt in die Außenwelt dringt. Der Herr Abg. Zehnter hat erklärt, die Sozialdemokratie hätte sich geweigert, sich bei der Gemeindepolitik zu beteiligen zu einer Zeit, als die Zentrumspartei schon längst für soziale Forderungen eingetreten sei. Ich konstatiere hiermit vor dem Hause, daß zum erstenmal im Jahre 1878 in Mannheim sozialdemokratische Vertreter in die Stadtverwaltung gewählt worden sind und sich seit dieser Zeit beständig an sozialen Fragen beteiligen. Ich frage Sie, wo die soziale Gesetzgebung vor dem Jahre 1878 im Reichstage und in Deutschland gepflegt worden ist? (Lachen im Zentrum).

Die allgemeine Beratung wird geschlossen.

Auf das Schlußwort zu den Interpellationen der Abgg. Geck und Genossen, die Errichtung von Arbeitskammern betreffend, der Abgg. Banschbach und Genossen, die Kohlennot betreffend, und der Abgg. Geck u. Genossen, die Milderung der Notlage der Arbeitslosen betreffend, wird verzichtet.

Desgleichen verzichtet der Berichterstatter Abg. **Neuhaus** (Zentr.) auf das Schlußwort.

Zu persönlichen Bemerkungen erhalten das Wort:

Abg. Belzer (Zentr.): Sie werden gestatten, daß ich noch kurz in einer persönlichen Bemerkung auf die Ausführungen des Herrn Kollegen Kolb zurückkomme. Er

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

hat gesagt, er wäre nicht veranlaßt gewesen zu sprechen, wenn ich nicht eine provozierende Rede gehalten hätte, Wenn ich hätte provozieren wollen, so hätte ich noch anderes Material zur Hand gehabt; dann wäre ich überhaupt noch auf ein Thema zu sprechen gekommen, das noch nicht behandelt worden ist, nämlich den Sozialistenkongreß in Stuttgart. Aber ich habe, gerade weil ich nicht provizieren wollte, dieses Thema nicht angeschnitten.

Der Herr Abg. Kolb hat mir dann vorgeworfen, ich hätte aus Lügenbroschüren hier vorgetragen. Auf das, was ich aus Broschüren mitgeteilt habe, hat der Herr Abg. Geck nur in zwei Fällen geantwortet, und ich war so frei, dem Herrn Abg. Kolb eben dieses Material zu übergeben, damit er sehen kann, daß ich nicht unobjektiv gegenüber der Sozialdemokratie sein will (Hört, hört! im Zentrum).

Wenn er mir die Befähigung absprechen will, hier im Hause über diese Angelegenheiten zu sprechen, so glaube ich, daß er nicht das Recht dazu hat, und er scheint mir auch die allerungeeignetste Person dazu zu sein, denn er spricht selbst über alle möglichen Angelegenheiten. Warum soll es mir denn nicht gestattet sein, hier über diese Angelegenheiten zu sprechen?

Ich möchte ihn noch fragen, warum er sich so aufregt? (Der Präsident ersucht den Redner, sich im Rahmen einer persönlichen Bemerkung zu halten.) Meine Absicht in dieser Sache war die, eine Aussprache herbeizuführen, damit auch von jener Seite (zu den Sozialdemokraten) diese Fälle verurteilt werden sollen. Ich habe weiter das Wort ergriffen, um mich gegenüber den Behauptungen des Herrn Abg. Kolb, der sagt, ich wäre erst seit 14 Tagen organisiert, zu rechtfertigen. Ich muß ihm entgegenhalten, daß ich schon jahrelang in der Arbeiterbewegung tätig bin.

Abg. Kolb (Soz.): Ich mache nur deshalb eine persönliche Bemerkung, weil ich aus Erfahrung weiß, wie die Zentrumspresse manche Dinge ausschlachtet. Ich will deshalb feststellen, daß ich dem Herrn Abg. Belzer nicht die Befähigung, über Arbeiterangelegenheiten zu sprechen, abgesprochen habe. Ich habe ihm lediglich die Qualifikation abgesprochen, über Gewerkschaftsangelegenheiten in der Weise zu urteilen, wie er es getan hat, weil er gar keine Erfahrung hat und gar nicht gewerkschaftlich organisiert war.

Hierauf wird abgebrochen.

Schluß der Sitzung 1 Uhr 25 Minuten.

---

* **Karlsruhe**, 28. März. 56. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Montag den 30. März 1908, nachmittags 4 Uhr:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

1. Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums des Innern für die Jahre 1908 und 1909, Ausgabe Titel VIII: Gewerbeaufsicht, Ausgabe Titel XIV — Einnahme Titel V: Landesstatistik. Ausgabe Titel XV — Einnahme Titel VI: Gewerbe — Drucksache Nr. 12 a — Berichterstatter: Abg. Neuhaus

und damit in Verbindung, und zwar:

bei Beratung von Titel VIII

Besprechung der Interpellation der Abgg. Geck u. Gen., die Errichtung von Arbeitskammern betr. — Drucksache Nr. 57. —

bei Beratung von Titel XV

1. Besprechung der Interpellation der Abgg. Banschbach und Gen., die Kohlennot betr. — Drucksache Nr. 21. —
2. Besprechung der Interpellation der Abgg. Geck u. Gen., die Milderung der Notlage der Arbeitslosen betr. — Drucksache Nr. 58 — (Fortsetzung).

2. Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget desselben Ministeriums und zwar Ausgabe Titel XVII, XVIII, XIX sowie Einnahme Titel VIII, IX (Wasser- und Straßenbau; Bergwesen; Geologische Landesaufnahme) samt einschlägigen Petitionen — Drucksache Nr. 12 d — Berichterstatter: Abg. Hergt.

---

* **Karlsruhe**, 30. März. 11. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Freitag den 3. April 1908, vormittags 1/2 10 Uhr:

1. Bekanntgabe neuer Einläufe.

2. Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget Großh. Ministeriums des Innern, Ausgabe Titel XI und XII und Einnahme Titel III (Milde Fonds, sowie Heil- und Pflegeanstalten.) B.-Nr. 233. Berichterstatter Prinz Alfred zu Löwenstein.

3. Beratung der mündlichen Berichte der Petitionskommission

a. über die Bitte des Zentralverbands christlicher Bauhandwerker u. Bauhilfsarbeiter Deutschlands, Bezirk Baden, um Besserung der Lage der Karlsruher Maurer und Bauhilfsarbeiter durch Schutz gegen die Konkurrenz ausländischer Arbeiter; Berichterstatter: Freiherr von la Roche;

b. über die Bitte des Bureaudieners a. D. Sautner von Langenbrücken um gnadenweise Erhöhung seiner Unterstützungsrente; Berichterstatter: Freiherr von la Roche;

c. über die Bitte des Gastwirteverbandes „Die Zusammenlegung der Kirchweihen betr."; Berichterstatter: Prälat D. Oehler.

Verantwortlich für den Bericht über die Verhandlungen der Zweiten Kammer: Dr. Otto Walli.
Druck und Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei. Beide in Karlsruhe.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg